permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 24/25 / JÄNNER/FEBRUAR 1979 / PREIS: S 7.-

Veranstaltung

WOHIN GEHT CHINA?

DIE LETZTE ENTWICKLUNG IN CHINA UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE AUSSENPOLITIK - INSBESONDERE IN INDOCHINA

ZEIT: 14. MÄRZ 1979, 19.3o UHR
ORT: PORRHAUS, TREITLSTRASSE 3
1o4o WIEN, SAAL 63

INHALT

Khomeini vor seiner Stunde der Wahrheit

Khomeini kommt. Khomeini verschiebt seine Rückkehr in den Iran... Diese Meldungen wechselten sich tagelang ab. Die bürgerlichen Presseorgane, die eher offen dem nun im 'Urlaub' weilenden Bluthund nachtrauern, frohlockten und es erschienen bereits die ersten Karikaturen , die den zaudernden Khomeini zum Inhalt hatten. Doch letzte Woche war es dann soweit. Mit Khomeinis Rückkehr in den Iran hat die iranische Revolution einen neuerlichen Höhepunkt erreicht. Die standhafte Ablehnung Khomeinis das Regime Bakhtiar anzuerkennen, sollte indes nicht täuschen. Relativ offen werden bereits Verhandlungen geführt und es ist durchaus denkbar, daß Bakhtiar geht und ein Politiker an seine Stelle tritt, der zwar den 'Segen' Khomeinis hat, letztlich aber inhaltlich nichts anderes vertritt als Bakhtiar Wie auch immer. Der Schlüssel der iranischen Revolution liegt allein bei den kämpfenden Massen, die unabhängig und gegen Bakhtiar und Khomeini ihre Interessen durchsetzen müssen!

Fortsetzung auf Seite 3

Indochina: Die bittere Frucht des Stalinismus!

Der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha, schließlich die Installierung eines neuen Regimes in Kambodscha, die ohne Zweifel mit militärischer Unterstützung Vietnams durchgeführt wurde, stellen eine bittere Lehre für alle Revolutionäre dar. Dennoch aber gilt es die Grundlagen dieses Konfliktes zu erfassen, der ein neues Schandkapitel in der Geschichte des Stalinismus darstellt.

Fortsetzung auf Seite 1o

BRD: Niederlage der Metallarbeiter

SEITE 16



INTERNATIONALE NACHRICHTEN

Polen

Philippe Ries - Journalist der 'Informations Ouvrières' (eine Zeitung der sich auf den Trotzkismus berufenden französischen Organisation OCI) - wurde am 6. Dezember während eines beruflichen Aufenthaltes in Polen verhaftet. Er hatte Vertreter von unabhängigen, freien Gewerkschaften, wie es sie z.B in Gdansk und Kattowice gibt, besucht und sich auch mit Oppositionellen u.a. des KOR ("Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung") getroffen. Dies war für die polnischen Behörden Anlass genug, gegen P. Ries vorzugehen.
Seine Inhaftierung wurde von diesen verschieden **begründet**. Zuerst lautete die Anklage auf Spionage, dann wurde sie umgeändert auf "öffentliche Beleidigungen an der Republik Polen und der Verbreitung untersagter Druckschriften". P. Ries mußte 18 Tage in Haft verbringen und wurde dann am 24. Dezember des Landes verwiesen.

Frankreich

Die französischen Metallarbeiter sind bereits seit Jahren von Betriebsschließungen und Massenentlassungen betroffen. Die Krise der französischen Stahlindustrie soll auf ihre Kosten bereinigt werden. Bereits am 12. Jänner hatten die Gewerkschaften in Lothringen - dem Zentrum der franz. Stahl-(verarbeitenden) Industrie - einen Generalstreik durchgeführt. An der zentralen Demonstration in Metz nahmen 50.000 Personen, hauptsächlich Arbeiter teil. Die Gewerbetreibenden hatten als Zeichen ihrer Solidarität ab 14.00 Uhr ihre Läden geschlossen. "Nein zu den Entlassungen", "Longwy wird leben" - das waren einige Parolen, die von den Demonstranten verbreitet wurden.
Die Arbeiter von Longwy haben nun ein weiteres, diesmal militantes Signal zum Kampf gesetzt. Die Belegschaft des Betriebes Longwy Usinor sperrte als Protest gegen vorgesehene Entlassungen 3 leitende Angestellte ins Büro des Betriebskomitees ein. In der Nacht vom 29. auf den 30. Jänner intervenierte die Polizei. Ungefähr 40 Polizisten drangen gewaltsam in den Betrieb ein und befreiten den Direktor und die zwei Angestellten. Acht Polizisten wurden dabei verletzt - einer davon schwer.

Die Arbeiter von Longwy nahmen diese Herausforderung an. Am darauffolgenden Tag organisierten **sie** eine Demonstration, an der sich 5.000 Menschen beteiligten. Als die Gewerkschaftsfunktionäre die Demonstration **auflösen wollten, fanden** sie nur wenig Gehör. Mehr als 400 Demonstranten versuchten das **Polizeikommisariat** zu stürmen. Sie zerstörten mehrere Polizeifahrzeuge und beschädigten das Gebäude. Die Polizei setzte Tränengas gegen die Demonstranten ein. Bereits einige Tage vorher hatten die Arbeiter von Longwy 18 Waggons, mit Eisenerz beladen, auf das Betriebsgleis entleert. Die Arbeiter verschiedener Betriebe Lothringens haben im Zuge der Vorfälle von Longwy ebenfalls den Kampf aufgenommen. Autobahnen und Eisenbahnen wurden blockiert. 26 Waggons mit 1.500 Tonnen mauretanischem Eisenerz wurden von den Arbeitern von Jarny auf die Schienen geleert. Aber besonders die Ereignisse von Longwy, die Auseinandersetzungen mit der Polizei haben Beachtung, Echo und Ärger hervorgerufen. Die KP-Gewerkschaft CGT spricht von "Berufsrevoluzzern und äußeren Elementen", die die Kämpfe verursacht haben sollen. Dem gegenüber berichtet **'Le Monde' von** "Erwachsenen und Familienvätern", die sich nicht mit den "klassischen Protestdemonstrationen" zufrieden gegeben haben.
Für den 16. Februar haben die Metallgewerkschaften von CGT, CFTC, CFDT, CGC und der FO zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Unterdessen **appelliert die französische** Regierung an die Gewerkschaften zur "Zusammenarbeit".

***

Vom 25. - 28. Jänner fand der 3. Kongreß der LCR ("Revolutionäre Kommunistische Liga" - franz. Sektion **des Vereinigten** Sekretariats) im Vorort St. Gratien von Paris statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Fragen der Arbeitereinheitsfront, der Massenarbeit, der Gewerkschaftsarbeit. Ebenso die Themen der Aktionseinheit mit den Organisationen der extremen Linken, des Parteiaufbaues und der Politik der LCR **in Hinsicht** auf die OCI. Der Kongreß wurde durch eine "gewisse Krise" der Organisation "geprägt". In der Vorbereitungsdiskussion zum Kongreß bildeten sich fünf Tendenzen heraus, die auf dem Kongreß selbst 5 Thesenvorschläge zur Diskussion und zur Abstimmung vorlegten.

Von den Anwesenden 370 Delegierten stimmten 142 für die bisherige Mehrheitstendenz T4. Die Tendenz (T) 3 bekam 141 Stimmen. Die T1 erhielt 66, die T2 dreizehn und die T5 acht Stimmen. Die bisherige Leitung, die eine "Annäherung" zwischen den beiden stärksten Tendenzen feststellte, legte Thesen vor, die von "zahlreichen Mitgliedern" als "Rechtswende", verbunden mit "sektiererischen und opportunistischen Gefahren" eingeschätzt wurden. Während die Tendenzen 1,2 und 5 alternative Vorschläge vorlegten, bewegten sich die Anträge der T3 im Rahmen der Leitungsthesen.
Ihren äußeren Niederschlag findet die Krise der LCR besonders in der Einstellung von 'rouge' als Tageszeitung und deren **Umstellung** auf einen wöchentlichen Erscheinungstermin. Seit dem 2. Februar erscheint deshalb 'rouge' wieder als Wochenzeitung. Die Gründe für diesen Rückschlag sind einerseits in den sinkenden Verkaufszahlen (in den letzten Monaten weniger als 10.000 verkaufte Zeitungen!) andererseits in der katastrophalen finanziellen Situation der LCR zu sehen. So bedarf sie, um finanziell zu gesunden, mehr als 1,2 Millionen Franc (ca. 4 Mio. Schilling). Allerdings hat das Zentralkomitee vor dem Kongreß festgelegt, 'rouge' unter zwei Bedingungen **Anfang** 1980 wieder als Tageszeitung herauszugeben: a) wenn sich die finanzielle Lage "radikal" bessert und b) "wenn es die Situation der Organisation erlaubt". In diesem Falle soll dann ein Kongreß über die Umstellung entscheiden.

Iran

Die Tudeh-Partei - die KP-Irans - hat sich voll hinter **Khomeini** gestellt - oder angesichts ihrer miesen Lage besser ausgedrückt - verschanzt. Sie hat in einem am 21.Jänner 1979 verteilten **Kommuniqué** "die Initiative des Ayatollah **Khomeini** zur Gründung des Rates der islamischen Revolution unterstützt". Sie erklärte ihren Schritt dadurch, daß "das politische Programm des Ayatollah **Khomeini** mit jenem der Tudeh-Partei in der aktuellen Etappe für den Fortschritt der iranischen Gesellschaft zusammenfällt". Sie begrüßt eine "neutrale und blockfreie Republik". Und um ja keine Zweifel aufkommen zu lassen, erklärt Noureddine Kianouri, der Generalsekretär der Tudeh-Partei, in der "Newsweek", daß seine Unterstützung für **Khomeini** nicht "eine zeitweise Taktik sondern eine ernstgemeinte und klare Position" sei. **Zu guter letzt** behauptete er auch noch, daß es "keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und dem sozialen Gehalt des Islams" gäbe.

USA

Joseph Hansen ist am 18. Jänner 1979 im Alter von 68 Jahren in New York gestorben. 1934 trat er der Communist League of America, der trotzkistischen Organisation in den USA, bei. Sechs Jahre später, 1940, wurde er ins Zentralkomitee der SWP gewählt. Er blieb bis an sein Lebensende führendes Mitglied der SWP und nahm in den Nachfolgeorganisationen der IV.Internationale einen bedeutenden Platz ein . (Einen ausführlichen Nachruf werden wir in der nächsten Ausgabe der 'permanente revolution' bringen).

Peru

Vor dem Hintergrund der sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung aufgrund des Austeritätsprogramms der Regierung (Preissteigerungen bei Brot 33%, Milch 35%, **Benzin 20%**, neuerliche Abwertung des Sol, Abbau der Sozialleistungen), sah sich die Gewerkschaftsführung durch den Druck der Massen gezwungen, einen dreitätigen Generalstreik vom 9. bis zum 11. Jänner auszurufen. Zu ihren Forderungen gehörten Lohnerhöhungen um 10.000 Soles (ca. 7oo öS), die Wiederaufnahme entlassener Gewerkschafter ein Ende der Stillegungen von Betrieben sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor sowie Anerkennung demokratischer Rechte.

Die regierende Militärjunta in Peru reagierte darauf, indem sie am 6. Jänner den Notstand ausrief. Das bedeutete u.a. das Verbot öffentlicher Versammlungen sowie außerordentliche Vollmachten für die Polizei. Gleichzeitig ließ sie allein am 6.Jänner 12o Gewerkschafter verhaften. Der Einsatz von Polizei und Militär, die mit Panzern gegen Streikende vorgingen und nicht zuletzt die Abwiegelungstaktik der stalinistisch dominierten Führung der stärksten Gewerkschaft CGTP brachte den Streik allerdings schon nach zwei Tage zum Erliegen. (Zur Lage in Peru siehe 'permanente revolution' 22/Nov. 78 "Peru nach den Wahlen")

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Iran...

Unter Ausschluss der iranischen Öffentlichkeit trat am 16.1. diesen Jahres Schah Reza Pahlewi um 9.45 Uhr MEZ seine - aller widersprüchlichen offiziellen wie inoffiziellen Stellungnahmen zum Trotz - bereits seit langem geplante Auslandsreise an. Mit der Sicherheit eines "Privatvermögens" in der geschätzten Höhe von 2 Mrd. US-Dollar und der ihm auch in der Zukunft gewissen tatkräftigen Unterstützung der Carter-Administration traf er noch am selben Tag in Assuan ein, um mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat "die Lage im Nahen Osten im allgemeinen und die Lage im Iran im besonderen" zu erörtern. Wenn für die bürgerliche Presse vor allem von Bedeutung war, dass es dem Schah in seiner über 30jährigen, zugegebenermassen oft unglücklichen Herrschaft nicht gelungen war, "den Iran bis zum Ende dieses Jahrhunderts vor die Tore der fünf grossen Weltzivilisationen zu führen", dass der "Kaiser, der als Fremder sein Reich verlässt", in einer Kassette iranische Erde mit sich nahm, ist für uns der Beginn der wohl nie mehr zu Ende gehenden "Urlaubsreise" des Schah, Ausdruck von zwei für die aktuelle politische Entwicklung und die Perspektiven der Revolution wichtigen Faktoren: Zum einen zeigte sich die Unmöglichkeit des Schah-Regimes mit Hilfe der Militärregierung unter dem berüchtigten schahristischen Bluthund General Gholem Reza Azhari trotz Anwendung aller ihm zur Verfügung stehenden Register staatlicher Repression, den Kampf der iranischen Massen gegen das Schah-Regime zu brechen. Zum anderen scheiterten alle Versuche des Schah-Regimes, in eigener Verantwortung eine Zivilregierung unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister der Regierung Mossadegeh Gholam Hossein Sadeghi zu Stande zu bringen, um so mit taktischen Zugeständnissen die bürgerliche wie die religiöse Opposition zu spalten und den ungebrochenen Willen zum Sturz des Schah-Regimes des iranischen Volkes zumindest zu bremsen.

Dies führte schliesslich zur Zivilregierung unter S. Bakthiar, der im Gegensatz zu Sadeghi auch in den letzten Jahren seinen Widerstand gegen das Schah-Regime durch seine Mitgliedschaft im Präsidium der Nationalen Front und in Stellungnahmen in der Öffentlichkeit gezeigt hat.

DIE EREIGNISSE IM TRAUERMONAT MOHARRAM

Bereits zu Beginn des Dezember 1978, in den der shiitische Trauermonat Moharram fällt, spitzte sich die Situation für das Schah-Regime in dramatischer Weise zu. Durch die fortgesetzten Streiks, Ausstände und Demonstrationen wurde die gesamte iranische Wirtschaft stillgelegt. Durch die militärische Besetzung der wichtigsten Erdölförderstätten Ende November 1978, durch den Beschluss der Regierung, alle Streikenden, die bis zum 15. 12. nicht ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, zu entlassen und durch den Einsatz von Arbeitern aus Kuweit und Bahrein, die zum Streikbruch gezwungen worden waren, erreichte die Erdölförderung wieder mehr als die Hälfte der üblichen Normalproduktion. Dies reichte zwar für die zeitweilige Versorgung des Iran mit Benzin und Heizöl etc., nicht jedoch für die Wiederaufnahme der Erdölexporte, der wichtigsten Geld- und Machtquelle des Schah-Regimes, aus. Ende Dezember kommt es jedoch vor allem durch das verstärkte Entstehen von Komitees der Arbeiter und Angestellten in den Erdölraffinerien zum Erliegen der Versorgung des Landes. Obwohl sie ständig von der Militärregierung Azhari bedroht und von den Führern der religiösen wie bürgerlichen Opposition aufgefordert werden, die Arbeit wieder aufzunehmen, setzten sie ihren Streik mit zunehmend besser organisierten Methoden - wie z. B. mit Bummelstreiks - fort. Den verstärkten Bemühungen des Schah-Regimes, mit Hilfe bewusster Verknappung der Erdölprodukte wie Benzin und Heizöl, der Rationierung von lebenswichtigen Grundnahrungsmitteln die Bevölkerung zu spalten, tritt die iranische Arbeiterklasse mit fortgesetzten Streiks der Eisenbahn- und Transportarbeiter, des Flughafenpersonals, der Hafenarbeiter, der Lehrer und Universitätsprofessoren, der Ärzte, die sich weigern, Soldaten zu behandeln, dem Zeitungsstreik und unzähligen Ausständen in den anderen Bereichen der iranischen Wirtschaft entgegen. Im Vordergrund ihrer Forderungen stehen nicht mehr ökonomische Interessen, sondern der bedingungslose Sturz des Schah-Regimes. Zu Beginn des religiösen Trauermonats Moharram fanden in allen Städten Irans trotz Verbot durch die Militärregierung, trotz Androhung und massivem Einsatz von Polizei und Militäreinheiten riesige Demonstrationen statt, die ihren Höhepunkt am 10. und 11. 12 (Aschura-Tag), den beiden wichtigsten Feiertagen dieses Monats finden. Der in seinem Pariser Exil lebende Khomeini rief zusammen mit K. Sandjabi, einem Führer der Nationalen Front, der einige Tage zuvor aus seiner Haft entlassen worden war, und den anderen Führern der religiösen und bürgerlichen Opposition dazu auf, die Demonstrationen anlässlich dieser beiden Tage zur Volksabstimmung gegen das Schah-Regime werden zu lassen. Zu diesem Zweck sollten die Demonstrationen friedlich und ruhig, sogar ohne Sprechchöre durchgeführt werden. Als dies am zweiten Tag, dem 11. 12., in Teheran durch die unzählige Zahl von Teilnehmern an der Demonstration - die Angaben gehen bis zu 6 Millionen Menschen - nicht mehr gewährleistet werden konnte, versuchten die anwesenden Führer der Nationalen Front vergeblich, die Demonstration aufzulösen. Wenn in Teheran die Demonstration insofern friedlich verlief, lieferte das Militär in den anderen Städten der Bevölkerung blutige Provokationen und Strassenschlachten, denen hunderte von Menschen zum Opfer fielen. Insgesamt sollen sich an den Demonstrationen dieser beiden Tage 15 Millionen Menschen beteiligt haben. Während dieser Demonstrationen und auch Tage danach versuchte das Schah-Regime mit Hilfe von Polizei und Militär, "spontane" Demonstrationen von Jubelpersern durchzuführen. Wo dies nicht gelang, zwangen Soldaten, wie z. B. am 13. 12. in Meshed Autofahrer, ihre Khomeini-Bilder von den Windschutzscheiben zu entfernen und statt dessen Schah-Bilder zu befestigen, und Passanten, in Pro-Schah-Rufe auszubrechen. Alle diejenigen, die dazu nicht bereit waren, wurden entweder schwer verletzt oder aber gar getötet. Die Aktionen der Militärs richteten sich aber auch noch Tage danach gegen die Bevölkerung: Geschäfte, wo Khomeini-Bilder in den Auslagen hingen, wurden verwüstet und Krankenhäusern entweder der Strom abgeschaltet, oder sie wurden überfallen. Bei den tagelangen Protestdemonstrationen gegen diese Provokationen, die an Grösse



Die Nationale Front, die sich gegen die Regierung Bakthiar stellte - ohne grundsätzlich eine andere politische Linie als dieser zu vertreten - konnte sich bis jetzt kaum als Alternative zu der religiösen Perspektivlosigkeit Khomeinis anbieten. Im Bild einer der führenden Politiker der Nationalen Front - Sandschabi

und Militanz immer mehr gewannen, wurden hunderte von Menschen ermordet, in Meshed allein am 31. 12. nach Angaben religiöser Führer 700 Demonstranten.

Alle diese Demonstrationen standen wesentlich unter dem Einfluss der religiösen Opposition gegen das Schah-Regime und im geringeren unter dem der Nationalen Front. Nur sehr vereinzelt waren bis auf die Städte Amol und Babol im Norden Irans, in denen die Demonstrationen von den Volksfedayin dominiert gewesen sein sollen, linke und sozialistische Parolen und Transparente vertreten. In einer "17-Punkte-Erklärung des Komitees zur Durchführung des Demonstrationsmarsches bei den religiösen Tagen Tasua und Ashura (10. und 11. Dezember) 1978 in Teheran" wird festgestellt und gefordert: "Der grosse Imam Ajatollah Khomeini ist der Führer der Muslims. Seine Forderungen sind Forderungen der gesamten iranischen Nation... Sturz des Schahs und Abschaffung aller mit seiner Machtausübung verbundenen Einrichtungen, Sturz des kaiserlich-diktatorischen Regimes und Beendigung aller Merkmale und Einflüsse der kolonialistischen ausländischen Mächte und deren Verwurzelung mit dem Regime und den absolutistischen inländischen Ausführungsorganen. Übergabe der Macht an das Volk und Verwirklichung der Rechte und Kontinuität der unabhängigen Macht des kämpfenden islamischen Volkes Irans.

Errichtung einer gerechten islamischen Regierung auf der Grundlage der Volksbefragung. Schutz und Erhaltung der Unabhängigkeit sowie der territorialen Integrität des Landes. Sicherung der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheiten unter Berücksichtigung der islamischen Massstäbe und Regeln.

Beseitigung der Wurzeln der Ausbeutung und kolonialistischer Unterdrückung und Abhängigkeit von östlichem und westlichem Imperialismus sowie von Fremdherrschaft in jeder Form. Umwandlung der Ausbeuterbeziehung zur normalen, auf Basis der gleichberechtigten zwischenstaatlichen Beziehung mit allen Staaten der Welt, die keine Ausbeutung und Verletzung der international üblichen Völkerrechte beabsichtigen.

Sicherung der wirklichen Freiheiten, der menschlichen Würde, der Ehre, der Identität und der Freizügigkeit der Frau, die ihr der Islam gewährt hat...
Verwirklichung der gesellschaftlichen Rechte der Arbeiter und Bauern und Sicherung des Nutzens der durch sie geschaffenen Werte und Produkte und deren volle Beteiligung am Konsum...

Die Propaganda des Regimes über den internationalen kommunistischen Einfluss in der islamischen und nationalen Bewegung ist grundlos,und die Zuflucht der herrschenden Ordnung in Sabotage und Brandstiftung zur Beschmutzung und Verunglimpfung der Kämpfe der iranischen Muslims wird unser wachsames Volk, dessen fortschrittlicher gerechter Antrieb aus dem Koran, dem Islam und seiner Vaterlandsliebe gespeist wird, nicht aufhalten können..."

Obwohl die Führer der religiösen wie der bürgerlichen Opposition immer wieder versuchen, militante Aktionen der iranischen Massen gegen ausländische Botschaften, Banken und Geschäfte als SAVAK-Provokationen darzustellen, die den Kampf des iranischen Volkes in Verruf bringen sollen, wurden immer wieder Schah-Standbilder umgestürzt, erkannte SAVAK-Leute liquidiert und die Büros der SAVAK, z.B. in Isfahan, gestürmt und verwüstet.

Immer wieder kommt es zu Verbrüderungsaktionen zwischen den Demonstranten und einfachen Soldaten, zu Liquidierungen von Offizieren, die Schiessbefehle erteilten und Sabotageakten an militärischen Einrichtungen.

In dieser, für den Imperialismus und seine iranischen Büttel immer gefährlicher werdenden Situation, verlassen "die Ratten das sinkende Schiff". Berüchtigte und gehasste Funktionäre des Schah-Regimes, wie der General Oveissi setzen sich in das westliche Ausland ab, die Botschaften v.a. der USA, Frankreichs, Grossbritanniens und der BRD fordern ihre Staatsbürger zum Verlassen des Landes auf. Die organisierten Luftbrücken sind jedoch durch den Streik der Teheraner Fluglotsen nur in geringem Mass durchführbar, inner-iranischer Flugverkehr war bereits seit langem zum vollständigen Erliegen gekommen.

Wie gefährlich die politische Situation im Iran für das Schah-Regime auch noch nach den beiden religiösen Feiertagen und wie gross die Bereitschaft des Imperialismus, seine Einflussphäre im Iran mit Hilfe von Militäraktionen zu sichern, war - getreu dem Motto des Schah, das er vor dem schwarzen Freitag, dem 8. September 1978, gegeben hat: "Als ich den Thron bestieg, betrug die Einwohnerzahl des Iran 15 Millionen. Heute sind es 30 Millionen. Ich bin bereit, die ursprüngliche Einwohnerzahl wiederherzustellen, wenn es notwendig sein sollte" - wird deutlich, wenn wir folgendes lesen: "Der Schah hat seine Krone behalten. Es ist aber noch zu früh, um sagen zu können, dass dies ein Zeichen bevorstehender Waffenruhe in dem Konflikt bedeutet. Bisher hat die Armee Disziplin gehalten und dem Schah Treue erwiesen. Es ist auch nicht anzunehmen, dass die Führer der religiösen Opposition auch nach dem Ende des Trauermonats ihre Demonstrationen täglich fortsetzen werden, insbesondere nachdem die Behörde dies verboten und Verstärkung nach Teheran gebracht haben. Aber die gegenwärtige Situation kann nicht lange so bleiben: Jeder weitere Tag ohne ein Abkommen mit den gemässigten Kräften bringt das Land dem Abgrund näher. In einem solchen Fall wird vermutlich die Machtübernahme durch die Armee das geringere Übel sein."

Sicherlich kann der Imperialismus heute keinen Militärputsch wie z.B. 1953 im Iran durchführen, da dies einen Bürgerkrieg zur Folge hätte. Stattdessen nimmt er seine Interessen z.B. mit der Entsendung von ca. '60' militärischen Beratern, die einerseits dem Schah-Regime bei der Verteidigung seiner Bastionen helfen, zum anderen den Abtransport der wichtigsten Militärgüter, die einer nichtfreundlichen Regierung nicht in die Hände fallen sollen, vorbereiten, mit der Teilnahme israelischer Soldaten an der Niederschlagung der Demonstrationen und der Konzentration von Schiffsverbänden, um nötigenfalls in den Persischen Golf zu stossen, wahr. Vor allem fürchtet der US-Imperialismus ein Übergreifen revolutionärer Ereignisse im Iran auf andere nah-östliche Länder, die Entstehung eines Krisenbogens, der von Indien bis Israel über Iran, Saudi-Arabien, Jemen, Türkei und Pakistan reicht und der pro-westliche reaktionäre Regimes ins Wanken bringen oder eine Veränderung ihrer Haltung zum Westen bewirken könnte, um sich vor dem eigenen Sturz zu retten. Klar ist, wenn z.B. die englische Wochenzeitung 'The Economist' von einer Lektion spricht, die der "Westen" zu lernen und zu erteilen hat, dass sich die Interessen der USA in dieser Region auch gegen die Sowjetunion richten: "Iran ist nicht einfach nur ein bedeutender Öllieferant. Es ist auch ein wesentlicher örtlicher Beschützer westlicher Interessen in einer Region gewesen, die annähernd die Hälfte des Öls in der nichtkommunistischen Welt fördert, und entlang dessen nördlicher Flanke Hunderte von Meilen der russischen Südgrenze verlaufen...
Die Lektion, die der Westen über die befreundeten Monarchien Arabiens, des Golfs und im Iran zu lernen hat, ist, dass keine politische Macht, wie genehm sie auch ist, überlebt, wenn sie nicht über den Rückhalt einer örtlichen, breit gestützten politischen Klasse verfügt. Die Lektion, die der Westen erteilen muss, ist, dass, wenn irgendein anderer Aussenstehender sich in der Gegend einmischt, er die USA und deren Verbündete auf der anderen Seite treffen wird."

VERSUCH DER ZIVILREGIERUNG S. SADEGHI

Alle Versuche des Schah-Regimes, in eigener Verantwortung eine Zivilregierung um den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister unter Mossadegh Gholam Hossein Sadeghi, der zwar offiziell der "Nationalen Front" angehörte und einige Zeit nach ihrer Gründung Mitglied des nationalen Präsidiums war, sich aber seit 15 Jahren aus der Politik zurückgezogen hatte, zustande zu bringen, scheiterten. Zu den Chancen und dem aktuellen Zweck dieser Zivilregierung bemerkt die 'Neue Zürcher Zeitung' am 22. 12. treffend: "Dieaufgebrachten Geister der Opposition müssen sich zuerst etwas beruhigen und Übersicht über die Möglichkeit gewinnen, die ihnen ein neues Regime mit Presse- und Organisationsfreiheit böte. Um sie anzulocken, hat Sadighi bereits versichert, er werde in sein Regierungsprogramm schreiben, dass er sofort zurücktreten wolle, falls von Seiten des Hofes oder der Offiziere irgendwelche Versuche gemacht würden, seine Regierung durch Druck zu einem Abweichen von den oben genannten Programmpunkten zu veranlassen. Eine Regierung Sadighi wäre wahrscheinlich der Beginn einer konstruktiven Lösung der iranischen Schwierigkeiten. Letztlich dürfte für ihr Zustandekommen entscheidend sein, ob die Wut der Oppositionellen auf die gegenwärtigen Herren dermassen gross ist, dass sie sich für keine, wenn auch noch so aussichtsreiche Übergangs-

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

Die Entfaltung der iranischen Revolution

Im Folgenden bringen wir Auszüge aus einem Dokument zweier iranischer trotzkistischer Gruppen, die dem "Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale" nahe stehen.

Das Fehlen der Führung

Zur Zeit hat die Massenbewegung im Iran keine erkennbare oder anerkannte Führung. Die hervorragende Stellung der religiösen Führer in der Periode vor dem 8. September war nicht Ausdruck einer vorhandenen Führung, sondern ganz im Gegenteil Ausdruck des Fehlens einer Führung.

(...)

Die Popularität gewisser religiöser Führer ist auf folgendes zurückzuführen:
1) Die Niederlage von1953 und der wiederholte Verrat der Stalinisten und bürgerlichen Nationalisten.
2) Das Fehlen irgendwelcher politischer Parteiführer, die die Unzufriedenheit der Massen artikulieren können.
3) Die Verbannung der meisten prominenten Schiitenführer und damit der Opposition gegen den Schah.
4) Die Legalität der Moscheen, die sie zu Zentren von Massenversammlungen und schahfeindlicher Agitation machten.
5) Die Tatsache, daß die Mullahs der unteren Ränge, wegen ihrer engen Kontakte zu den Bauern und der städtischen Armut, dazu neigten, die Gefühle der Unterdrückten in ihrer eigenen gewundenen religiösen Ideologie wiederzugeben.
6) Die traditionellen Bande zwischen der religiösen Hierarchie und dem Basar.

Neben der religiösen Opposition begannen einige der bürgerlich-nationalistischen Führer, die zu Mossadeghs alter Nationaler Front gehörten, an die Oberfläche zu kommen. Sie verkündeten eine neue Koalition verschiedener Gruppierungen.
Doch wie schon einmal zuvor waren die dominierenden Elemente in der Nationalen Front eher Persönlichkeiten als teilnehmende Parteien.

Auch im sorgsam ausgesuchten Parlament des Schah hat sich eine lautstarke Opposition entwickelt.
Keine dieser Gruppen, eingeschlossen die Nationale Front, hat irgend eine wesentliche Rolle bei der Organisation oder Führung der Bewegung gehabt.
Vielmehr waren die Führer der Nationalen Front gewillt, mit dem Segen der Imperialisten eine Koalitionsregierung zu bilden. Aber Ayatollah Khomeini konnten sie von diesem Schritt nicht überzeugen. Khomeini, der Schiitenführer, der seit 1963 im Exil lebt, hat unerbittlich die Abdankung des Schah gefordert und wird als das oberste Symbol der Opposition gegen den Schah betrachtet. Noch sind sich die Führer der Nationalen Front darin einig, mit Khomeini zu gehen.

Innerhalb der stalinistischen Strömung ist die Tudeh-Partei die stärkste. Die Maoisten sind in einer Krise und im Iran fast nicht existent. Die Unterstützung des Schah durch die chinesische Bürokratie und der vor kurzem erstattete Besuch Huas im Iran haben die ohnehin schon tiefe Krise der iranischen Maoisten verschärft. Die Tudeh-Partei gibt im Iran eine kleine Zeitung('Navid')heraus. Aber ihre Größe und ihr politisches Gewicht sind unbedeutend im Vergleich mit der Periode vor 1953.
Trotzdem versucht die Tudeh-Partei, durch dieses Blatt alle"antidiktatorischen" Kräfte in einer Koalition zu sammeln. In ihren Reihen stechen vor allem die Armeeoffiziere und die Basarhändler hervor. Die revolutionäre Jugend meidet die Tudeh-Partei wegen ihrer früheren Verrätereien, aber auch wegen ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetbürokratie, die bisher ohne Ausnahme den Schah unterstützt hat.

Selbst der politische Apparat des Schahregimes befindet sich in der Krise. Unter den mächtigen Schlägen, die er von der Massenbewegung erhalten hat, kam er ins Wanken und verlor das politische Gleichgewicht. Gegenwärtig ist das Regime im Begriff, einige der zentralen Regierungspolitiker, wie den einstigen 'Langzeit'-Premierminister hoveida und den ehemaligen Savakchef General Nasiri, in Mißkredit zu bringen. Man wirft ihnen Korruption und Unterschlagung vor. Die Rastakhiz-Partei des Schah, die die einzige legale Partei des Iran war und einen enormen Apparat sowie 'Millionen' von Mitgliedern hatte, wurde offiziell aufgelöst.

Die Aufgaben der iranischen Trotzkisten

Mit der weiteren Entwicklung des revolutionären Aufstandes wird das gesamte Übergangsprogramm der IV. Internationale und seine konkrete Anwendung auf die Bedingungen im Iran möglich. Die Vorbereitungsarbeit der iranischen Trotzkisten auf diesem Gebiet hat schon eine politische Basis gelegt für den Aufbau einer starken proletarischen Partei - der Sektion der IV. Internationale im Iran.
Die Tageslosungen des Proletariats wurden sehr bald mit demokratischen und Übergangslosungen verknüpft. In einigen Fällen haben streikende Arbeiter als Eigner der Produktionsmittel gehandelt und Entscheidungen über die Produktionsquoten getroffen. Die streikenden Ölarbeiter zum Beispiel beschlossen, nur so viel Öl zu produzieren, wie der Iran benötigte. Solche Tendenzen in Richtung Arbeiterkontrolle sind begleitet von Forderungen nach Öffnung der Bücher.
Um einen erfolgreichen Kampf zu führen und ihr soziales Gewicht ausspielen zu können, indem sie ihre Stärke und ihre Zahl miteinander verbinden, brauchen die Arbeiter ihre eigene Gewerkschaft. Das Organisieren einer unabhängigen, demokratischen und zentralistischen Gewerkschaft ist die Herausforderung, mit der das Proletariat in den kommenden Wochen und Monaten konfrontiert ist.
Die ökonomischen Tageslosungen des Proletariats sind schon mit politischen Forderungen verknüpft worden, wie der Forderung nach Beendigung des Kriegsrechts und Freiheit für politische Gefangene. Das Proletariat hat sich Demonstrationen angeschlossen mit der Massenlosung des Volkes: "Tod dem Schah", die Ausdruck einer Lösung für die verspäteten Aufgaben der Revolution ist, und zugleich die Frage der Staatsmacht aufwirft. Während die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum damit beschäftigt sind, ihre Lösungen vorzubringen, wird das Proletariat die Lösung seiner Klasse im Interesse der Mehrheit darlegen.
In Kontrast zu den Intrigen der Bourgeoisie und der Imperialisten, tritt die proletarische Politik für die demokratischen Forderungen der Massen ein. Das schließt die Forderung nach einer frei gewählten konstituierenden Versammlung ein, die die Regierungsform festsetzt, die das mörderische Schahregime ersetzen soll. Die Forderung nach einer Konstituante muß verbunden sein mit dem Sturz der Monarchie, der Aufhebung der imperialistischen Herrschaft, der Befreiung der Bauern, der Festsetzung des Rechtes der Minderheiten auf Selbstbestimmung und der Befreiung der Frauen. Keine bürgerliche Regierung wird jemals gewillt sein oder dazu in der Lage sein, derartig elementare demokratische Aufgaben durchzuführen, trotz der demagogischen Phrasen emporkommender bürgerlicher Politiker.

"Für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!"

Im Gegensatz zu einem bürgerlichen Regime fordert die proletarische Politik die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernrepublik. Nur unter einem solchen Regime wird es den Massen möglich sein, aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen, die ihnen vom Schah und den Imperialisten aufgezwungen worden war, und einen sozialistischen Umsturz durchzuführen.
Das rasche Tempo der revolutionären Entwicklung kann zur Schaffung höherer Klassenkampforgane führen - wie zum Beispiel Aktionskomitees, sowjetartige Körperschaften oder Andjoman (Versammlungen, die während der konstitutionellen Revolution Anfang dieses Jahrhunderts entstanden sind).
Tendenzen zur Selbstherrschaft haben sich schon in Städten wie Amol, Samandjai, Täbriz gezeigt, wo die Bewohner eine zeitlang die Kontrolle über diese Städte übernommen hatten. In Amol und Samandjai gab es Ansätze von Volksmilizen. Die Tradition der vergangenen zwei Revolutionen im Iran kann eine exemplarische Rolle beim Wiederaufbau revolutionärer Organe der Doppelherrschaft und ihrer bewaffneten Organe spielen.
Zur Zeit ist die Losung der konstituierenden Versammlung die zentrale Achse der revolutionären Agitation und Propaganda. Andere konkrete Tagesfragen, wie das Ende der Militärregierung und die Freiheit für die politischen Gefangenen, können gemeinsam mit der Losung der Konstituante aufgestellt werden. Die Propaganda und Agitation um diese Losung wird es möglich machen, das gesamte Übergangsprogramm für die sozialistische Revolution darzulegen.

1. Nov. 1978
(Übersetzung aus 'Intercontinental Press' vom 20. Nov. 1978)

FORTSETZUNG VON SEITE 4

lösung gewinnen lassen, oder ob die Vernunft sich doch noch durchsetzen vermag."

Dass sich diese "Vernunftlösung" nicht hat durchsetzen können, lag vor allem an dem unbändigem Widerstand der iranischen Massen gegen das Schah-Regime und die Militärregierung Azhari, dem sich die Führer der Nationalen Front ebenso wie die der religiösen Opposition beugen mussten, um nicht ihren Einfluss und damit die Möglichkeit eines Kompromisses mit dem Schah-Regime - wie er z.B. im Programm der Nationalen Front in der Anerkennung einer konstitutionellen Monarchie angelegt ist - zu verlieren. Am 30. 12. gibt schliesslich Sadighi angesichts der sich immer mehr verschärfenden Situation auf den Strassen, der "Uneinsichtigkeit" der Militärs gegenüber einer Zivilregierung, die die Machtbefugnisse von Polizei, Geheimdienst, Militär einschränken will und der mangelnden Bereitschaft führender Politiker, ob innerhalb oder ausserhalb der Nationalen Front, in sein Kabinett einzutreten, seinen Regierungsbildungsauftrag zurück.

FALLS ABER JEMAND DIE FRANZÖSISCHE BOTSCHAFT ANZÜNDET, WIRD DIE ARMEE DIE VERTEIDIGEN (S.BAKTHIAR)

Bereits zu Beginn des Dezember 1978 werden innerhalb der Carter-Administration vor allem von seiten des ehemaligen stellvertretenden Aussenministers Ball Pläne laut, die eine Beruhigung der politischen Situation mit Hilfe einer Abdankung des Schah,"um einer zivilen Regierung im Iran an die Macht zu verhelfen", erreichen wollen. Obwohl diese Vorstellung noch bis vor kurzem von offiziellen Stellen der amerikanischen Regierung abgelehnt wurden ("Präsident Carter beharrt auf dem Standpunkt, dass der Schah weiter voll geschützt werden müsse"), deuten jedoch die Verlautbarungen offizieller Stellen in Teheran bereits Mitte Dezember darauf hin, dass die "Lösung der iranischen Krise - die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung" mit eben diesem Kompromiss erreicht werden soll. Unmittelbar nach der grossen Demonstration soll eine "Gruppe iranischer Politiker" die Bildung eines Kronrates, der nicht dem vom Schah bisher eingesetzten entspricht, vorgeschlagen haben. Die Mitglieder des Kronrates, acht iranische Persönlichkeiten und zwei Militärs, sollen alle bisher dem Schah zustehenden Macht- und Herrschaftsfunktionen innehaben, die Zivilregierung darstellen und für den kommenden Juni Wahlen vorbereiten.

Die zivile Regierung des dem sozialdemokratischen Flügel der Nationalen Front und der Iranpartei angehörenden S. Bakhtiars, die am 6. 1. d.J. ihre Amtszeit antrat, entspricht zwar nicht in allem den Wünschen der westlichen imperialistischen Staaten, findet aber doch im Wesentlichen Zustimmung der Regierungen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD. Gerade die bedingungslose Unterstützung, die vor allem die USA dem Schah gewährleistet hat, war ein wichtiges Hemmnis für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen imperialistischen Ländern wie Grossbritannien, Frankreichs und der BRD, zu der sich die religiöse Opposition - siehe unter anderem die Äusserungen Khomeinis in den letzten Wochen - und andererseits die 'Nationale Front' bereit erklärt haben. Die wichtigste Bedingung ist mit der faktischen Abdankung des Schah, nach der Anerkennung S. Bakhtiars durch die beiden Häuser des iranischen Parlaments, erfüllt worden.

Am 4. 1., kurz vor seinem Regierungsantritt, benennt die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' die Interessen, die der Imperialismus mit dem Kabinett Bakhtiar verbindet, unter dem Titel "Ein mutiger Perser" recht genau: "...Er hat sich für die Bildung einer neuen Regierung zur Verfügung gestellt, ohne die Abdankung des Schah zu verlangen, und er soll auch bereit sein, die guten Beziehungen Irans zum Westen aufrechtzuerhalten. Ein gemässigtes Kabinett unter Bakhtiar, das Persien von der Alleinherrschaft des Schahs schrittweise zur Staatsform der konstitutionellen Monarchie hinführen könnte, wäre für die Perser wohl die denkbar beste Lösung..." In seiner Antrittsrede forderte er das iranische Volk auf, ihm "eine vernünftige Frist zu geben, um das Land zu retten". Nachdem die Wirtschaft in den vergangenen Jahren von einer "korrupten Herrschaft zum Nutzen einiger weniger missbraucht" wurde, wolle er alle in der Verfassung garantierten Rechte einhalten und den Islam und alle anderen religiösen Gemeinschaften schützen. Im Vorhinein warnte er jedoch die im Iran stark vertretenen nationalen Minderheiten vor jeglichem Kampf für nationale Selbständigkeit. Was wir von seinen Erklärungen, das herrschende Kriegsrecht abzubauen, die Pressezensur aufzuheben, den Geheimdienst SAVAK zu "reorganisieren" (!) und die politischen Gefangenen freizulassen, halten sollen, wird deutlich, wenn die Zahl der politischen Gefangenen auf nicht mehr als 200 Personen beziffert wird (!), wenn alle, die während der Unruhen "wegen Mordes, Brandstiftung und anderer schwerer Verbrechen" festgenommen worden sind, vor Gericht gestellt werden, wenn der neue Innenminister der General Abbas Karim Gharabaghi ist und zum Kriegsminister wieder ein hoher General des Schah-Regimes ernannt worden ist.

DIE STELLUNG DER RELIGIÖSEN OPPOSITION UND DER NATIONALEN FRONT ZUM KABINETT BAKTHIAR

Die zwiespältige Haltung gerade der Nationalen Front gegenüber den Versuchen Sadeghis, eine zivile Regierung zu bilden, wie das Kabinett S. Bakhtiars, ist vor allem dem Druck der iranischen Massen, die den bedingungslosen Sturz des Schah-Regimes und die Beendigung jeglicher ausländischer Einmischung in den Iran fordern, geschuldet. Sehr offen hat der Führer der Nationalen Front K. Sandjabi diese Haltung beim Namen genannt, als er davon sprach, dass sich die Nationale Front nur deshalb nicht von der Anerkennung der konstitutionellen Monarchie zu sprechen traut, da dies bei den iranischen Massen nicht populär ist. Gerade angesichts der Massendemonstrationen, die noch am selben Tag des Amtsantrittes S. Bakhtiars stattfanden und bis heute fortgesetzt werden, musste die Nationale Front ihren Sprecher ausschliessen und sich von seiner Regierung distanzieren. Angesichts des Einflusses der religiösen Opposition und ihres herausragenden Führers A. Khomeini bleibt der Nationalen Front nichts anderes übrig, als A. Khomeini als "den einzigen Führer, den wir jetzt haben" anzuerkennen.

Aber auch die religiöse Opposition ist heute weit davon entfernt, vollständig mit dem Imperialismus zu brechen. Dies wird vor allem daran deutlich, dass A. Khomeini - obwohl er immer wieder zu General- und Steuerstreiks aufruft - von den Erdölarbeitern die Aufnahme der Arbeit fordert. Dies in einer Situation, in der das Schah-Regime und die imperialistischen Agenturen dies für die Sicherung der eigenen Versorgung mit Benzin etc. benutzen können, und so das Leid der iranischen Massen unnötig verlängert wird. Immer wieder werden die militanten Aktionen der iranischen Massen verteufelt und als Provokationen ausländischer und SAVAK-Agenten dargestellt, die den Kampf gegen das Schah-Regime diskreditieren wollen. Gerade in letzter Zeit sieht er immer mehr Chancen, mit den westlichen imperialistischen Ländern zusammen zu arbeiten, wenn diese bereit sind, den Schah fallen zu lassen.

Da der Regierung Bakhtiar das Verdienst der "eleganten" Lösung der Abdankung des Schah auf dem Wege der "Urlaubsreise" zukommt, werden die Versuche um einen Kompromiss mit "liberalen" Teilen des Schah-Regimes, der Nationalen Front und der religiösen Opposition über die zivile Übergangsregierung Bakhtiar nicht mehr lange auf sich warten

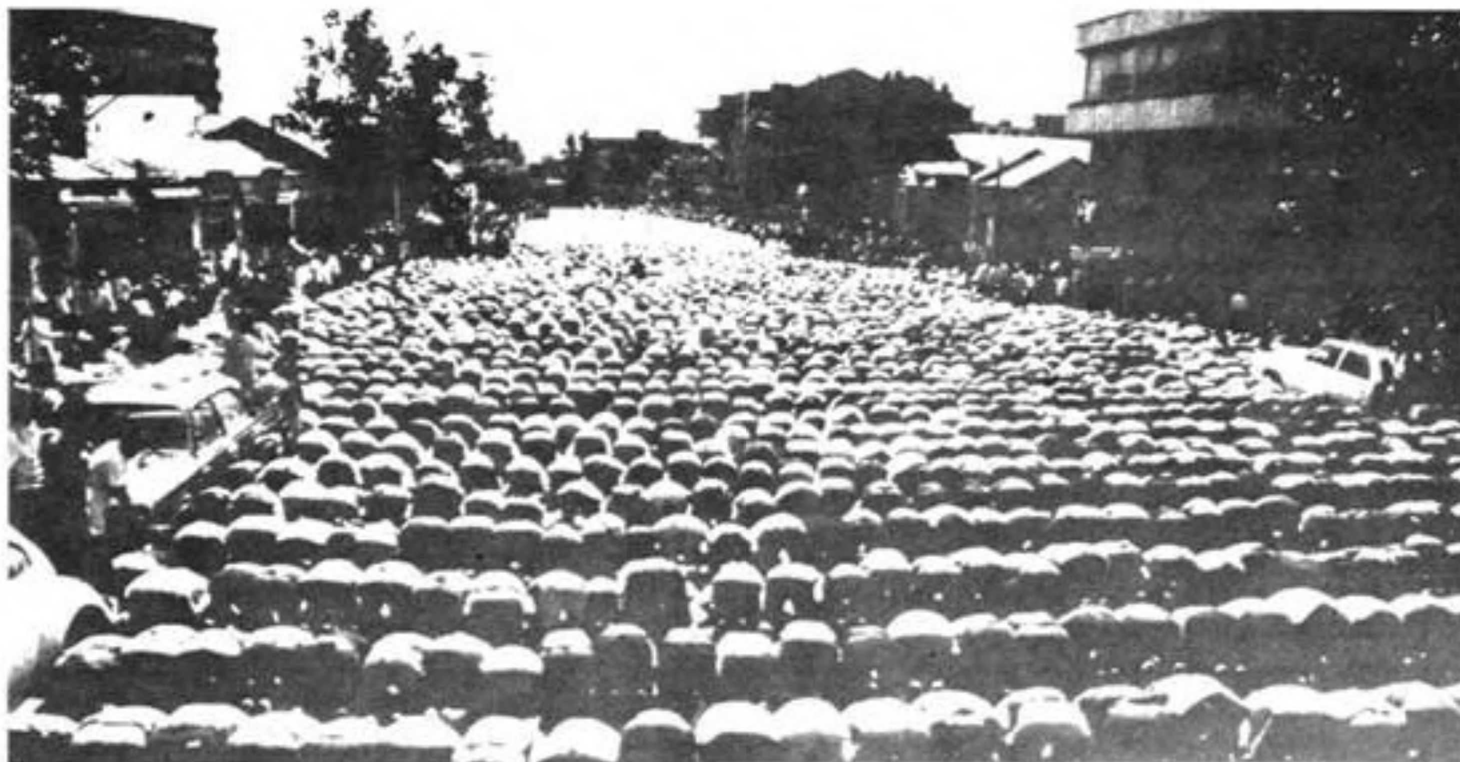
lassen. So wurde bereits am 20.1.1979 durch internationale Agenturen bekannt, dass Gespräche zwischen Unterhändlern A. Khomeinis, der Nationalen Front, der Regierung Bakhtiars und hohen Generälen zur Schaffung einer "Nationalen Plattform" stattgefunden haben. (ORF, 20.1.1979) Aber selbst wenn dieser Kompromiss nicht zustande kommt und Bakhtiar weichen muss, käme seiner Regierung das "Verdienst" zu, den Einstieg in die DEMOBILISIERUNG der iranischen Massen und der Findung der bürgerlichen Lösung der Krise des Iran, geliefert zu haben.

20. JÄNNER 1979

Eine Revolution die auf halbem Wege stehen bleibt ist verloren!

Am 16. Jänner, dem Tag,an dem dieser Artikel geschrieben wurde, verliess der Schah das Land. Die iranische Revolution näherte sich den Augenblicken ihrer Entscheidung. Seit Monaten sind wir Zeugen der grossartigsten Massenkämpfe der letzten Jahrzehnte, die ein noch vor nicht allzu langer Zeit so stabil scheinendes Regime zur völligen Handlungsunfähigkeit verurteilten. Aber diese Kämpfe und die Unfähigkeit des Regimes,ihrer mit den Mitteln der staatlichen Unterdrückung Herr zu werden, werfen die Fragen der Perspektiven und die der neuen Gesellschaftsordnung des Landes nicht erst heute in den Mittelpunkt. Dies ist wohl unumstritten die entscheidende Frage. Nicht erst die Kämpfe der iranischen Massen haben bewiesen, dass ein waffenstarrendes, vom Imperialismus mit allen Mitteln unterstütztes Regime sich schliesslich,gegenüber der Explosion des Hasses der jahrzehntelang Getretenen und Gefolterten,als unfähig erweist, "Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten. Doch die Geschichte hat ebenso bewiesen, dass diese Dynamik des Hasses nicht endlos wirksam ist. Ohne die Perspektive einer neuen Gesellschaftsordnung, ohne einer organisierenden Kraft, die der Sehnsucht der Menschen nach einem Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung eine politische Stossrichtung gibt, können diese Massen zwar jedes Unterdrückerregime an die Wand drücken, nie aber ihre eigene gesellschaftliche Organisation auf den Trümmern des Alten und Zerstörten errichten.

Anders als etwa im Falle der portugiesischen Revolution, sind die genauen Informationen über die iranische Revolution eher spärlich. Dies ist natürlich der geographischen Lage geschuldet, doch konnte dieses Faktum nicht zuletzt durch den politischen Zustand der iranischen Opposition im Exil wirksam werden, die es in den letzten Jahren versäumte, umfassend über die Perspektiven der kommenden Revolution zu diskutieren. Um es mit einem historischen Beispiel zu verdeutlichen: Wir finden unter diesen politischen Kräften zwar Menschewiki und Sozialrevolutionäre, kaum aber Bolschewiki - bestenfalls als Einzelindividuen. Nicht zuletzt sehen wir am politischen Zustand der iranischen Opposition die katastrophalen Auswirkungen des Stalinismus, der in allen seinen Spielarten furchtbare Auswirkungen in den Köpfen dieser Genossen hatte und alle positiven Erfahrungen und Ergebnisse des Bolschewismus verdrängte, verstümmelte und zerstörte. Doch fehlende und unvollständige Informationen befreien uns nicht von der Aufgabe, eine Einschätzung der iranischen Revolution zu treffen und zu versuchen, ihre Dynamik und Stossrichtung aufzuzeigen.



Betende Moslems in Teheran - das spezifische an der iranischen Revolution ist der dominierende Einfluß der schiitischen Auslegung des Korans. Revolutionäre Politik wird in der iranischen Revolution nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt einen Zugang zu den religiös beeinflußten Massen zu gewinnen und sie in der gemeinsam Aktion von der Perspektivlosigkeit der religiösen Führer überzeugt

DER FAKTOR DER RELIGION

Wenngleich es selbstredend wichtig ist, den Propagandalügen der kapitalistischen Presseorgane entgegenzutreten, die mit dem Hinweis auf die wesentliche Beteiligung religiöser Führer an den Kämpfen, der gesamten Bewegung einen 'fortschrittsfeindlichen' Charakter andichten wollen, ist dennoch bei den meisten linken Publikationen eine Überkorrektur dieser Propaganda zu verzeichnen. Unbestritten ist, dass die Grundlage der Revolution im sozialen und politischen Bereich liegen, dass die Moscheen in der Diktatur oft der einzige Ort waren, an dem relativ frei auch politisch diskutiert werden konnte und dass die schiitische Auslegung des Islam eine 'gerechte Gesellschaft' zur Grundlage hat, d.h. die Geistlichen konnten allein dadurch eine doch ziemlich dominierende Rolle in den Kämpfen erlangen, weil sie an den brennendsten sozialen und politischen Problemender Massen ansetzten. Nichtsdestoweniger vertreten sie das Weltbild einer islamischen Gesellschaft mit all seinen reaktionären Formen, welches dem utopischen Ideal einer islamischen Republik entspricht. Anders ausgedrückt: Der religiöse Faktor in der islamischen Revolution war zwar in der Lage, an den Problemen der Massen anzusetzen, er kann aber keine gesellschaftliche Alternative bieten und wird bei einer notwendigerweise sich verschärfenden Klassenpolarisierung auch in den Tageskämpfen zum Hindernis und gegenüber einer,im eigenen Namen und mit eigenen Zielen auftretenden,Arbeiterklasse zum konterrevolutionären Faktor werden.

Einige Berichte von den Kämpfen der vergangenen Monate weisen auf bereits stattgefundene Konfrontationen zwischen religiösen und linken Kräften hin und viele Berichte weisen auf die starke Verbreitung linker Schriften hin. In den letzten Monaten war die Einheit in der Aktion zwischen jenen Kräften, die den schiitischen Fahnen und Khomeini folgten und jenen möglich und notwendig, die sich auf die Arbeiterklasse berufen. Diese Einheit in der Aktion war möglich und notwendig, weil der soziale und politische Inhalt der Forderungen der schiitischen Geistlichen im wesentlichen unterstützt werden musste. Sturz des Schah-Regimes - Freiheit für alle politischen Gefangenen - Auflösung der SAVAK usw. waren Forderungen, an denen es anzusetzen galt,um im gemeinsamen Kampf der Massen die Perspektiven einer neuen, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verankern. Einheit in der Aktion konnte aber zu keinem Zeitpunkt bedeuten, die Kritik an Khomeini und den schiitischen Geistlichen zu verschweigen.

Die Kritik an der idealistisch/reaktionären Gedankenwelt der schiitischen Geistlichen, deren Perspektivlosigkeit - durch die führende Rolle dieser Kräfte - zu einer tödlichen Gefahr für die Revolution werden kann auf der einen Seite und die Unterstützung und Teilnahme an den von ihnen geführten und getragenen Kämpfen für positive Sofortforderungen auf der anderen Seite - allein die konkrete Ausformung

dieser Linie konnte in den vergangenen Monaten den Erfordernissen der iranischen Revolution gerecht werden. Wie schon gesagt, ist bei weiten Teilen der Linken ein ziemliches Unverständnis gegenüber dem religiösen Faktor zu sehen, der in dieser konzentrierten Form ein politisches Phänomen ist, wie es in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war. Wird zu Recht der positive Aspekt an den Aktionen der schiitischen Geistlichen betont, wird andererseits der gesellschaftliche Aspekt grob unterschätzt bzw. negiert. So wird etwa aus der Tatsache, dass in den Kämpfen und Demonstrationen die Frauen wieder den Schleier anlegten, der Schluss gezogen, dass dies die Besinnung auf die eigene Tradition ausdrückt (nicht ernst zu nehmende 'Erklärungen' rechtfertigen dies mit der Möglichkeit, Waffen unter dem Schleier zu verstecken...). Natürlich steckt in dieser Erklärung eine Teilwahrheit. Der Hass der Massen richtet sich nicht deswegen gegen Niederlassungen imperialistischer Konzerne und gegen Symbole 'westlicher Lebensart', weil dies alles einfach nur 'Gottlosigkeit' verkörpert, sondern weil die Massen diese Einrichtungen als Symbole der Ausbeutung und Unterdrückung begriffen (deshalb allein konnten die schiitischen Geistlichen an diesem Begreifen und Handeln ansetzen).



Immer mehr Angehörige des Militärs stellen sich auf die Seite des Volkes, verweigern die Befehle ihrer Offiziere. Eine der vordringlichsten Aufgaben der Revolution ist es, die desertierenden Soldaten zu Soldatenräten zusammenzufassen, die sich organisiert den Offizieren entgegenstellen.

Doch kommt in dieser Erklärung auch ein Unverständnis von den Aufgaben und Zielen der iranischen Revolution zum Ausdruck. Die Lösung der ökonomischen und politischen Probleme des Landes ist durch eine 'Besinnung' auf die 'eigene Tradition' nicht zu erreichen. Soziale und politische Fragen können nicht durch die Schaffung eines quasi 'vorimperialistischen' Zustandes (von dem ausgehend dann die befreite und unabhängige Nation vorwärts schreitet) gelöst werden. Der Imperialismus hat die wirtschaftlichen und politischen Strukturen des Landes weitgehend zerstört. Und diese Strukturen sind auch nicht mehr wiederherzustellen. Diese Illusion der Massen (nicht zufällig gehören die Händler der Basare von Teheran zu den entschlossendsten Teilen des Widerstandes) wurde durch den Ruf Khomeinis nach einer 'islamischen Republik' noch genährt. Diese Republik mit all den reaktionär-religiösen Erscheinungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Frauen, Justiz, Unterdrückung der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, usw.), wäre nur eine kurze Zwischenepisode zu einer neuerlichen Militärdiktatur. Zerstörte wirtschaftliche und politische Strukturen eines vom Imperialismus unterdrückten Landes können nicht wiederhergestellt werden, sondern allein die Schaffung neuer gesellschaftlicher Strukturen kann die nationale Unabhängigkeit und Entwicklung einleiten und sichern.

Allein das konkrete Angehen der Frage, welche Massnahmen den, in den Kämpfen zum Ausdruck kommenden, Hoffnungen der Massen entsprechen können und welche sozialen Kräfte sie durchführen können und weiter, welche Staatsmacht den Weg vorwärts sichern kann, zeigt schonungslos die Perspektivlosigkeit der religiösen Konzepte auf. Eine Perspektivlosigkeit, die schnell zu einer reaktionären Waffe werden wird.

WELCHE MASSNAHMEN, WELCHES ZIEL?

In den Kämpfen gegen das Schah-Regime kommt der Wille der Massen, die nationale Unabhängigkeit zu erreichen, zum Ausdruck - das SAVAK-Regime wird richtig als Statthalter des Imperialismus begriffen. Aber nationale Unabhängigkeit ist ohne eine weitere Abschliessung des nationalen Marktes gegenüber dem Imperialismus unmöglich. Ein Regime, welches die 'Freiheit' des Handels und des Kapitalverkehrs nicht unter staatliche Kontrolle stellt, welches das Eindringen imperialistischen Kapitals nicht verhindert, wird früher oder später den politischen Preis für dieses Versäumnis bezahlen müssen. Es sind also die Gesetze des imperialistischen Weltmarktes, die die Illusionen der 'neutralen und unabhängigen islamischen Republik' zerstören. Allein das staatliche Aussenhandelsmonopol kann ein Eindringen imperialistischen Kapitals verhindern. Aber dieses Aussenhandelsmonopol ist ohne einen gesamtgesellschaftlichen Plan wirkungslos. Einen Plan also, der von den Bedürfnissen und Interessen der Massen ausgeht und die planmässige Einsetzung und Entwicklung aller ökonomischen Ressourcen des Landes zum Ziele hat - anders ausgedrückt: den kapitalistischen Interessen diametral entgegengesetzt ist. Ohne dieses weitgehende Abschliessen vom imperialistischen Weltmarkt und ohne gesamtgesellschaftlichen Plan wird das Land früher oder später wieder neokolonialisiert werden, d.h. der ökonomischen Entwicklung werden politische Fakten folgen, die im Iran allein die Fratze einer Militärdiktatur tragen können.

Können die schwachen bürgerlichen Kräfte die oben beschriebenen Massnahmen durchführen? Allein die Tatsache, dass sich im Iran nie eine einigermassen verankerte nationale Bourgeoisie herausgebildet hat, die im Konkurrenzverhältnis zum Imperialismus steht, dass 'bürgerliche Opposition' in diesem Land also auf vor allem kleinbürgerliche Bewegungen und Personen beschränkt ist, zeigt die Absurdität der Fragestellung auf. Aber abgesehen davon: Auch wenn eine nationale Bourgeoisie im Konkurrenzverhältnis zum Imperialismus politische Bewegungen unterstützt, die ihr eine gewisse ökonomische Lösung und Unabhängigkeit vom Imperialismus versprechen, wird allein das Auftreten der Arbeiterklasse - als soziale Kraft, die ökonomischen Plan entscheidend bestimmt, kontrolliert und durchsetzt - die nationale Bourgeoisie wieder an den Imperialismus binden, da Aussenhandelsmonopol, gesamtgesellschaftlicher Plan, Arbeiterkontrolle über die Produktion usw. ihre Profiterwartungen trifft. Der gesamtgesellschaftliche Plan, der den Interessen der Massen entspricht, kann auch allein von ihnen selbst durchgeführt und kontrolliert werden. Genau hier liegt die Kernfrage der iranischen Revolution!

Reformistische 'Theoretiker' aller Couleurs sprechen nun wieder von der 'demokratischen Etappe' der Revolution (diese Leute weigern sich, historische Erfahrungen zu ziehen und es wäre auch unsinnig, dies von ihnen zu erwarten). Aber sie sprechen nicht davon, welche ökonomischen Strukturen die nationale Unabhängigkeit dieser 'neuen Demokratie' sichern können.

Den oben beschriebenen wirtschaftlichen Massnahmen muss folgerichtig ein politisches Regime entsprechen. Die Bildung von Arbeiterkomitees, von Organen der Selbstverwaltung in den Städten und Dörfern (allein durch diese Organe können Aussenhandelsmonopol und gesamtgesellschaftlicher Plan tatsächlich gesichert und durchgeführt werden) muss auf der politischen/staatlichen Ebene zum Ausdruck kommen.



Das Gebäude der amerikanischen Botschaft in Teheran, zur [illegible] 'Treffpunkt' der aufständischen Massen...

Der Reformismus - angeblich 'realistisch' - erweist sich auch gegenüber und in der iranischen Revolution als völlig unfähig, die einfachsten Probleme der Massen zu lösen, weil jedes dieser Probleme zu ein und derselben Lösung weist: Arbeiter- und Bauernregierung, Diktatur des Proletariats gestützt auf die städtischen und ländlichen Massen!

"Aber dies entspricht nicht dem Bewusstsein der Massen" antworten einige dieser Leute, und die dümmsten von ihnen werden auf die 'notwendige Zwischenetappe' verweisen. Wie immer sind ihnen die Massen mit ihren Aktionen weit voraus. Berichte über den konkreten Verlauf der Kämpfe (so ungenügend und unbefriedigend sie auch sind), weisen auf das spontane Entstehen von Organen der Massen und die Bildung von Keimformen von Arbeiterräten hin, die bereits bewusst in die Produktion eingriffen, d.h. die Massen selbst, ohne die Ratschläge der reformistischen Dummköpfe haben bereits die Richtung zu einer neuen Gesellschaftsordnung beschritten. Mehr und mehr Soldaten weigern sich, auf die Massen zu schiessen und desertieren. Ganze Einheiten verweigern die Befehle der Offiziere. Kurz - alles geht in die Richtung einer Doppelherrschaft. Aber wenn die Räteansätze nicht national koordiniert werden, wenn die desertierten Soldaten nicht zu Soldatenräten zusammengeschlossen werden, die den Offizieren bewaffnet gegenübertreten, anders ausgedrückt: Wenn aus alledem, was sich seit Monaten im Iran spontan und elementar hier und dort bildet, nicht der konzentrierte Wille und die koordinierte Aktion für eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird, droht die Revolution zu degenerieren. Wieder zeigt die Realität des Klassenkampfes den Reformisten, was Notwendigkeit ist. Doch diese Menschen lernen nie aus den Kämpfen der Massen, sondern allein aus - schlechten - Büchern!

ZUSAMMENFASSEND

Im Verlauf der Kämpfe im Iran sind alle Bedingungen für die Errichtung eines Regimes der Diktatur des Proletariats entstanden. Nationale Unabhängigkeit und wirtschaftliche Weiterentwicklung sind allein vom Proletariat, gestützt auf die städtischen und ländlichen Massen, zu sichern. Jeder ökonomischen Massnahme in dieser Richtung muss die politische Form der proletarischen Diktatur entsprechen.

Die nationale Koordinierung aller entstandenen Organe und Komitees, die Durchführung eines nationalen Kongresses aller dieser Organe und Komitees, die Ausarbeitung eines gesamtgesellschaftlichen Planes, der sofort in Angriff genommen wird, die aktive Leitung der Wirtschaft und die Ausübung der staatlichen Funktionen durch diese Organe und Komitees, sowie die Aufstellung bewaffneter Einheiten, sind heute die Hauptaufgaben der iranischen Revolution. Auf der Regierungsebene hat all dies den Namen: Arbeiter- und Bauernregierung.

Jeder Tag der iranischen Revolution verlangt nach einer Verwirklichung dieser Massnahmen und jeder weitere Tag wird die Perspektivlosigkeit Khomeinis aufzeigen, der bald schon zu einem Faktor der Stabilisierung und Demontage der Errungenschaften der Massen werden könnte. Die iranische Revolution tritt aus dem Stadium gegen ein korruptes und verbrecherisches Regime in das Stadium ihrer Entscheidung. Jeder weitere Tag wird eine Polarisierung zwischen den oppositionellen Kräften vorantreiben und jeder weitere Tag wird noch eindringlicher die Bildung einer bolschewistischen Partei fordern, die als Führung und Bestandteil der kämpfenden Massen, die Schritte zum Sieg koordiniert, das einzulegende Tempo einschätzt und das Aufbrechen der Massen zu einem Schlag gegen den Imperialismus formt.

16. Jänner 1979

Türkische Faschisten wittern Morgenluft

"Die Angreifer überfielen uns zu Hause. Sie richteten ihre Waffen auf uns. Wir haben sie um Erbarmen angefleht. Doch nachdem sie 16.000 Lira und die Schmuckstücke meiner Frau und meiner Schwiegertochter genommen hatten, eröffneten sie das Feuer auf uns. Ich wurde verletzt, meine Frau und mein Kind starben. Dann gingen sie raus, weil sie dachten, ich wäre auch tot." (aus 'Vorwärts', 11.1.79) So berichtet ein Augenzeuge. In Berichten wird von bis zu 600 Toten gesprochen. Ort der Ereignisse: Kahramanmaras.

WAS IST PASSIERT?

Mitte Dezember 1978 fand ein Trauerzug statt, der zwei von Faschisten ermordeten Lehrern (Mitglieder der in Kahramanmaras besonders starken marxistisch-leninistischen "Arbeiter- und Bauernpartei") das letzte Geleit gab. Insofern war der Trauerzug eine antifaschistische Demonstration. Der Zug wurde von Anhängern der MHP (faschistische Partei von Türkes) bewaffnet angegriffen. Gleichzeitig drangen die Faschisten in die Arbeiterviertel der Stadt ein, mordeten, plünderten und brandschatzten auf brutalste Weise und mit modernsten Waffen. "In Yeni-Mahalla, einem Neubaugebiet, wurden Mädchen entführt, vergewaltigt und dann erschossen - der rechte Mob war nicht aufzuhalten. Kinder, Frauen und alte Menschen blieben blutüberströmt vor den Türen ihrer Wohnungen liegen, wenn die rechten Killer sich ausgetobt hatten. Manchmal wurden getöteten Frauen die Brüste abgeschnitten, überall in den Strassen der Stadt liegen auf den Strassen Tote ohne Nasen, ohne Ohren, ohne Genitalien. Mehrere Kinder wurden von den Fanatikern zu Tode gefoltert, weil ihre Väter Mitglieder in einer linken Organisation waren." ('Frankfurter Rundschau' 28.12.1978)

"Gegen elf Uhr marschierten rund 1.000 Rechre, darunter 200 schwer bewaffnete 'Graue Wölfe', auf das neue Rathaus zu, in dem sich der Innenminister, Abgeordnete der CHP und der AP und Hunderte von schutzsuchenden Bürgern versammelt hat-

FORTSETZUNG AUF SEITE 13

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Indochina...

"Vietnam - Laos - Kambodscha: Ein Kampf!", so lautete eine der zentralen Parolen auf den Vietnamdemonstrationen Ende der 60er-Jahre. Damit wurde die Einheit im antiimperialistischen Befreiungskampf der indochinesischen Völker betont. Heute stehen wir in dieser Hinsicht vor einem Scherbenhaufen. Ein vom Imperialismus befreites Land besetzt ein anderes "befreites" Land mit militärischen Mitteln. So vorsichtig wir in unserer Bewertung sein müssen, solange wir hauptsächlich auf Informationen aus der bürgerlichen Presse angewiesen sind, die vietnamesische Invasion lässt sich nicht leugnen, auch wenn es etwa der 'Kommunistische Bund' (BRD) nicht wahrhaben will. Der Ministerpräsident Vietnams hat in einer Botschaft an den thailändischen Ministerpräsidenten versichert (oder besser: "gestanden"), dass sich die vietnamesischen Soldaten nicht der thailändischen Grenze nähern würden - dies war das erste Eingeständnis der vietnamesischen Invasion.

Fest steht aber auch, dass die Berichte über den Terror des Pol Pot-Regimes nicht nur Greuelmärchen der bürgerlichen Presse sind (wie wir es noch vorsichtig in unserem Kambodscha-Artikel in der 'permanenten revolution' Nr. 13/14 annahmen). Selbst die engsten Freunde des Pol Pot-Regimes gestehen inzwischen "Übergriffe" und "Irrtümer" zu.
Der heuchlerische Charakter der Berichterstattung der bürgerlichen Presse wird aber deutlich, wenn man sich erinnert, wie sie schwieg, als die US-Intervention in Kambodscha 1970 100.000 Tote kostete.

Die Linke führte vor Jahren einen Kampf zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Indochina - in dieser Phase wurde die westdeutsche Linke ganz entscheidend geformt. Es reicht nicht zum Konflikt Stellung zu nehmen, die Linke muss selbstkritisch ihre eigenen Vietnam-Positionen der Vergangenheit überprüfen.

Die Sektionen des "Vereinigten Sekretariates der IV. Internationale" (in der BRD die GIM) demonstrierten damals unter Ho-Chi-Minh-Rufen, die eigene vietnamesische Sektion schamhaft verschweigend und wütend gegen die 'Dogmatiker' und 'Sektierer' schimpfend, die das Regime in Nordvietnam und den Vietcong als stalinistisch einschätzten. Wie schrieb doch der noch heute als Indochinaexperte geltende Theoretiker der "IV. Internationale" Pierre Rousset 1973: "... Die vietnamesische Führung als Ganzes hat sich die wesentlichen Schlussfolgerungen der permanenten Revolution für koloniale und halbkoloniale Länder angeeignet." (P. Rousset, 'Le parti communiste vietnamien', Paris 1973, S. 98)

Wir, bzw. unsere Vorläuferorganisation, schrieben 1972: "Aber auch dann, wenn entgegen allen Vorsätzen der FNL- und der DRV-Führung in Südvietnam ein Arbeiterstaat entstehen sollte, werden wir keine Veranlassung haben, von einem endgültigen Sieg des Sozialismus in Vietnam zu sprechen. In der inneren wie äusseren(!) Politik wird die Führung dieses Staates auch weiterhin Verratspolitik betreiben - es wird sich hiebei um einen von vornherein bürokratisch deformierten Arbeiterstaat handeln..." ('spartacus' Extra, Vietnam-Sondernummer, Nov. 1972, S. 13). Die gegenwärtigen Ereignisse zeigen - leider - wie recht wir hatten.

DER GEBURTSFEHLER

Im Kampf gegen den Imperialismus gehörte und gehört den Völkern Indochinas unsere uneingeschränkte Solidarität. Aber die Machtergreifung der indochinesischen Befreiungsbewegungen (Pathet Lao, Rote Khmer, FNL) vollzog sich nicht auf der Grundlage der revolutionären Mobilisierung der Arbeiter und Bauern. Arbeiter- und Bauernräte als Organe der Machtausübung und den Kommunestaat hat es in Indochina nicht gegeben. Der Kampf gegen den Imperialismus bzw. seine morschen Marionettenregimes verengte sich weitgehend auf den militärischen Kampf für die Massen statt durch die Massen. Dies hat eine lange Tradition.

Eine erfolgreiche Schaukelpolitik zwischen Franzosen, Chinesen (Kuomintang) und den USA machte die Vietminh zu einer international anerkannten Kraft. Ihr gelang es zunächst, nach Ausschaltung der französischen Kolonialverwaltung in Indochina (durch die Japaner) am 8. März 1945 und nach der Kapitulation der Japaner am 10. August desselben Jahres, in das so entstandene Machtvakuum vorzudringen und schliesslich die Regierung zu übernehmen. Als 1945 die Arbeiter von Saigon sich in räteähnlichen Volkskomitees organisieren, kann der Innenminister Nguyen Van Tao mit Zustimmung der Vietminh verkünden: "Diejenigen, die die Bauern dazu antreiben, sich des Grundbesitzes zu bemächtigen, werden schwer und unerbittlich bestraft werden" und "...diejenigen, die das Volk zur Bewaffnung anhalten, werden wie Saboteure und feindliche Provokateure der nationalen Unabhängigkeit betrachtet. Unsere demokratischen Freiheiten werden uns gewährt und garantiert von den demokratischen Alliierten." (zitiert nach 'Roter Anfang', Nr. 5, S. 36)



Die Vietminh-Organisation in Südvietnam hatte seit 1954 die Weisung, nichts gegen das Genfer Abkommen (das die Teilung des Landes sanktionierte) zu unternehmen und zwar trotz der gewaltsamen Refeudalisierung und Oppositionsjagd durch die Regierung Diem im Süden. So kam es seit 1958 zu Widerstandsaktionen und Aufständen der Bauernschaft, ohne dass der Vietminh bzw. die nordvietnamesische Regierung auch nur einen Finger rührte. Der Kampf gegen den Imperialismus musste 'Onkel Ho' geradezu aufgezwungen werden. Die Befreiungsbewegung FNL genoss schliesslich sicherlich die Sympathie der Mehrheit der Bevölkerung Südvietnams und umfasste auch die kämpferischsten Elemente. Nichts desto trotz waren die Arbeiter und Bauern im wesentlichen Zuschauer des Befreiungskrieges. Am Schluss des Vietnamkrieges spielte die FNL nur noch die Rolle einer militärischen Hilfstruppe in einem konventionellen Krieg zwischen dem deformierten Arbeiterstaat Nordvietnam und den USA.

Auch aussenpolitisch hatte die Führung (Nord)Vietnams alles andere als einen proletarisch-internationalistischen Standpunkt. Statt offener Appelle an die proletarische Weltöffentlichkeit praktizierte Ho Chi Minh bürgerliche Diplomatie, Geheimabsprachen und Paktiererei mit dem Imperialismus - so lange es ging. 1946, beim ersten Zusammentreffen mit dem französischen Ministerpräsidenten Bidault, verkündete Ho: "Paris trug nicht wenig dazu bei, es Vietnam und Frankreich zu erlauben, sich brüderlich im Rahmen dieser Union zu assoziieren ... Wir verdanken es Paris, dass Vietnam heute auf dem Weg der Unabhängigkeit ist." Und am 11.9.1946: "Es gibt keine wirkliche Zwietracht und Meinungsverschiedenheit. Unsere Differenzen sind solcherart, wie man sie im Schosse jeder Familie findet." Währenddessen brachten sich in Vietnam diese "Familienmitglieder" gegenseitig um. Am 23. November bombardierten die imperialistischen "Familienmitglieder" z.B. Haiphong - Ergebnis: 6 000 Tote! Statt das Genfer Abkommen von 1954 als vom Imperialismus (mit Zustimmung Moskaus und Pekings) aufgezwungenen Kompromiss anzuprangern, verteidigte man dieses Erpresserdokument in der Öffentlichkeit. Die ausgehandelte "Waffenstillstandslinie" sanktionierte faktisch die Teilung Vietnams. Die Liste liesse sich ohne weiteres fortsetzen.

Ein Befreiungskampf aber, der aussenpolitisch statt des proletarischen Internationalismus bürgerliche Diplomatenmanöver praktiziert und "national" nicht auf umfassender Selbsttätigkeit und Selbstregierung (Räte- oder Kommunestaat) beruht, kann nur eine stalinistische Fehlgeburt hervorbringen, die Herrschaft einer besonderen 'Befreierkaste' installieren. Die Zerschlagung der politischen und ökonomischen Grundlagen des Imperialismus hat in Vietnam, Laos und Kambodscha nur zur Errichtung bürokratisch-defomierter Arbeiterstaaten geführt.

DAS POL POT-REGIME UND SEIN STURZ

Die Art der Machtergreifung (d.h. das Volk zu befreien statt Selbstbefreiung des Volkes) zieht nach sich, das Volk zu regieren. Dies aber schliesst zumin-

dest potentiell die Aufrichtung eines Terrorregimes über das Volk ein. In einer solchen Situation befanden sich die "Roten Khmer" bei ihrer Machtübernahme am 17. April 1975. Sollten die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewältigt werden, blieb - bei Fehlen einer direkten Massendemokratie - nur die "Erziehungsdiktatur". Das Ausmass der Schwierigkeiten, die totale Zerstörung von Landwirtschaft und Industrie und die bittere Armut bestimmten das Ausmass des Terrors. Wo viel oder fast alles fehlte, musste umso mehr aus der Bekerung herausgepresst werden. Eine ökonomische Umwälzung mittels Terror war die Folge. Das ist an sicn nichts Neues. Auch in der UdSSR wurde der erste Fünfjahresplan und die Kollektivierung der Landwirtschaft von einer Terrorwelle begleitet. Der Mechanismus war in Kambodscha ähnlich. An sich positive Wirtschaftsmassnahmen verlieren im Rahmen stalinistischer Planung nicht nur an ökonomischer Effizienz, sondern die Terrormethoden sind zugleich Ausdruck und Bedrohung des Systems selbst.

Die Planung setzt sich nicht über bewusste Selbstverwaltung der Produzenten durch, sondern widersprüchlich, d.h. Planung etabliert sich durch Terror und Anarchie. Je schmäler die materiellen Ressourcen des Landes sind, um so eher löst sich dieser Widerspruch zugunsten eines 'irrationalen' Terrors. Die Wirtschaftsmassnahmen der 'Roten Khmer' waren innerhalb dieses Systems durchaus sinnvoll und zunächst erfolgreich. Die durch die alte parasitäre Bordell- und Dienstleistungsbourgeoisie aufgeblähten Städte (insbesondere Pnom Penh) mussten 'entvölkert' werden, d.h. auf eine produktive und für das Land tragbare Grösse und Funktion reduziert werden. Die Bevölkerung wurde zwangsweise aufs Land umgesiedelt, um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Die Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen brachten auch das gewünschte Ergebnis, die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln wurde verbessert. 1978 konnte erstmals Reis sogar exportiert werden. Der Import von Luxusgütern wurde unterbunden und der Aufbau einer Leichtindustrie begonnen. Hier begannen aber auch die Schwierigkeiten. Der vollständige Abschluss vom Weltmarkt setzte der Industrialisierung Grenzen. Fachleute, Bewässerungsingenieure, bestimmte landwirtschaftliche Maschinen usw. fehlten. Statt den Weltmarkt bewusst in die Planung einzubeziehen, d.h. über den Reisexport Mittel für den Aufbau einer Leichtindustrie und Hebung der Produktivität in der Landwirtschaft zu gewinnen, wollte man alles "aus eigener Kraft" aufbauen. Die Folge war ein verstärkter ökonomischer und politischer Druck auf die Bevölkerung, die sich durch Passivität und/oder durch Flucht zunehmend wehrte - die Schraube des Terrors war in Gang gesetzt, die soziale Basis des Pol Pot-Regimes wurde immer schmäler. Gegen diesen Kurs bildete sich eine Opposition im Apparat des Pol Pot-Regimes. Die Bevölkerung Kambodschas - bisher weitgehend apathisch und atomisiert - ist bestenfalls interessierter Zuschauer.

Die Opposition, organisiert in der "Vereinigten Nationalen Front zur Rettung



Propagandafoto des neuen Kambodscha-Regimes. Ob es noch aus den Archiven' des Pol Pot-Regimes stammt und einfach die Bildunterschrift ausgetauscht wurde, ist nicht bekannt, doch wäre nicht weiter verwunderlich

Kambodschas" (KNUFNS) knüpfte genau an die unter Pol Pot entstandenen Probleme an, ohne den stalinistischen Rahmen zu überschreiten. Im 11-Punkte-Programm der KNUFNS werden u.a. gefordert: Wahlen zur Nationalversammlung, Wiedereinführung von Geldwirtschaft und Marktmechanismen im Rahmen einer Planung, Bildung von Massenorganisationen der KNUFNS, Respektierung der Menschenrechte, Blockfreiheit(!), friedliche Koexistenz(!), Beendigung der Grenzstreitigkeiten und das Recht, in die Heimatdörfer zurückzukehren. Das Verständnis von Demokratie der KNUFNS wird deutlich, wenn von "Reorganisierung (!) der Volksdemokratischen Macht auf allen Ebenen ..." gesprochen wird. Was hier re(!)organisiert werden soll, sind die alten Strukturen der 'Roten Khmer'. Räteorgane hat es ja in Kambodscha nie gegeben - und können folglich auch nicht reorganisiert werden.

Trotzdem zeigt das Programm den Versuch, sich in der Bevölkerung eine Basis zu verschaffen. Das Pol Pot-Regime hat dies auch erkannt und in letzter Minute versucht, seinen Kurs zu ändern.

Die Führer der KNUFNS sind alte stalinistische Haudegen der 'Roten Khmer': So Phin ist ehemaliger Vizepräsident und ehemaliges ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei Kambodschas, und Heng Samrin war bis zum April 1977 hoher Funktionär in den Ostprovinzen Kambodschas und Divisionskommandeur. Die etwa 20 000 bis 25 000 Anhänger der KNUFNS sind zumeist ehemalige 'Rote Khmer'.

Schon im April 1977 und nochmals Anfang 1978 versuchten So Phin und Samrin in den Grenzprovinzen einen Aufstand - ebenfalls mit vietnamesischer Unterstützung, der jedoch niedergeschlagen wurde. Die Funktionäre und ein Teil ihrer Anhänger flüchteten nach Vietnam.

Hat der Widerstand gegen Pol Pot auch eine reale Basis im Lande selbst, so steht doch fest, dass der erfolgreiche Blitzkrieg gegen Pol Pot in der Hauptsache eine vietnamesische Invasion darstellt. Die Soldaten der KNUFNS hatten besonders in den ersten Tagen vor allem die Aufgabe, hinter der Front Säuberungen durchzuführen und eine neue Verwaltungsstruktur aufzubauen. Inzwischen werden sie allerdings zunehmend in die Kampfhandlungen einbezogen.

Der schnelle Zusammenbruch des Pol Pot-Regimes lässt sich also auf militärische Unterlegenheit und innere Schwäche zurückführen.

Die neuen Machthaber sind folglich mit dem Odium behaftet, vietnamesische Marionetten zu sein. Die Frage ist, ob die angelegten Momente nationaler Unterdrückung sich verstärken und damit Pol Pot (wieder) die notwendige Basis in der Bevölkerung verschafft wird, um einen Guerillakrieg führen zu können.

Abgesehen davon, dass Vietnam keinen Grund hat, als nationaler Befreier aufzutreten (es unterdrückt selbst nationale Minderheiten, bes. laotische) der Konflikt Vietnam auch wirtschaftlich zurück. Die Militärmaschine verschlingt Unsummen, die Truppen können nicht, wie normalerweise, für produktive Arbeiten eingesetzt werden. Qualifizierte Arbeitskräfte der chinesischen Minderheit verlassen das Land, Flüchtlinge aus den Grenzprovinzen (700 000) mussten untergebracht werden, das 'Gesundschrumpfungsprogramm' der Städte stagniert, die Wirtschaftshilfe der Chinesen wurde eingestellt, die Japaner halten zugesagte Kredite zurück. Schliesslich mussten die Ziele des Fünfjahresplanes drastisch reduziert werden.

BÜRGERLICHE AUSSENPOLITIK UND PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS

Grenzkonflikte zwischen deformierten Arbeiterstaaten sind nichts Aussergewöhnliches - sie gingen im Falle China-UdSSR schon bis zur bewaffneten Konfrontation. Letztlich sind diese Konflikte Ausdruck einer nationalbornierten Politik aller Beteiligten. Generell kann es nur zwei Methoden der Aussenpolitik geben, proletarische und bürgerliche. Proletarische Aussenpolitik ist Politik für, mit



Angehörige der Roten Khmer werden von den Truppen des 'realsozialistischen' Vietnam abgeführt.

und durch das internationale Proletariat, d.h. alle Fragen werden vor der proletarischen Weltöffentlichkeit entschieden. Das Konzept der "friedlichen Koexistenz", d.h. die illusionäre und reaktionäre Konzeption des Klassenfriedens und der "Sozialpartnerschaft" auf internationaler Ebene wird daher abgelehnt. Zweckbündnisse, Kompromisse, Rückzugsgefechte, Stillhalteabkommen mit dem Imperialismus etc. werden auch als solche öffentlich gekennzeichnet. Kurz, der Arbeiterstaat stellt sich in den Dienst der internationalen Arbeiterbewegung zur Ausbreitung der Revolution (und nicht umgekehrt). Die bürgerliche Methodik der Stalinisten, bzw. der deformierten Arbeiterstaaten verzichtet weitgehend auf ideologische und organisatorische Mobilisierung des internationalen Proletariats, ordnet sich das Proletariat unter, statt sich dem internationalen Proletariat unterzuordnen, dieses ist bestenfalls Hilfstruppe für die Sicherung des eigenen Staates. Die Illusion des internationalen Klassenfriedens (friedliche Koexistenz) wird verbreitet und was an Mitteln zur Durchsetzung der Koexistenzpolitik übrig bleibt, stammt aus dem Arsenal bürgerlicher Politik: Diplomatie, Geheimabsprachen, Diplomatensprache, Paktsysteme im Sinne traditioneller Grossmachtpolitik: bürgerlich-diplomatische Betrugsmanöver sind das Kennzeichen. Klarheit über diese Zusammenhänge hätten jeden schon vor Jahren in die Lage versetzt, die gegenwärtige Situation vorauszusehen. Wir schrieben schon im April 1973 (d.h. vor sechs Jahren) zum Pariser Vietnamabkommen: "Wenn die chinesische Führung dennoch von einem 'brillanten Sieg' spricht und - trotz der offen zu Tage tretenden Ungereimtheiten des Pariser Abkommens - die DRV und die FNL zur strikten Durchführung der darin enthaltenen Bestimmungen auffordert, können hier weniger schlechte Informationen als Begründung herhalten, sondern vielmehr müssen wir sehen, dass die VR China eben so wie die UdSSR versucht, auf Kosten der vietnamesischen Revolution ihre eigene Machtposition zu stärken.

Während die UdSSR mehr oder minder offen auf ein wiedervereinigtes Vietnam drängt, das dann ganz Indochina (unter Führung der DRV) (= Demokratische Republik Vietnam, die Red.) in einen asiatischen Sicherheitspakt nach Moskauer Vorstellung integrieren soll - als Front, zumindest aber als Puffer gegen die VR China, unterstützen die Chinesen hingegen die Selbständigkeit von vier, zumindest drei indochinesischen Staaten. Die VR China zieht es vor, lieber vier 'balkanisierte' Staaten in Indochina zu haben als ein Indochina, in dem die Hanoier Führung den Ton angibt und die UdSSR mit ins Spiel bringt. So sollen nach chinesischer Vorstellung Vietnam, Laos und Kambodscha gleichberechtigt sein, und die VR China ist bereit, als Schutzmacht die Souveränität jedes einzelnen zu garantieren." ('Spartacus', KJO 37, April 73, S. 22)

Beide, die UdSSR und die VR-China, versuchten schon im Vietnamkrieg, sich durch "Dosierung" der Waffenlieferung Einfluss zu verschaffen. Im Konflikt miteinander denken und handeln die Sowjetunion und die VR China in Kategorien traditioneller Grossmachtpolitik, wie "Einflusszonen", Sicherheitspakte etc. und paktieren z.T. mit dem Imperialismus gegeneinander und über die Köpfe nationaler Befreiungsbewegungen hinweg. 1954 beim Genfer Indochinaabkommen übten beide Druck auf Vietnam aus, um die Teilung des Landes zu akzeptieren.

Wie ehrlich die jeweiligen Anschuldigungen sind, sieht man z.B. daran, dass die VR China im Konflikt mit Vietnam dieses wegen seiner Politik gegenüber der chinesischen Minderheit angreift, aber gleichzeitig zur Vertreibung der 500.000 Chinesen aus Kambodscha unter Pol Pot schweigt.

Statt den notorischen Reaktionär Prinz Sihanouk, dessen Regime, gestützt auf Korruption, Repression, Folter und Antikommunismus, 1970 gestürzt wurde, unverzüglich an körperliche Arbeit zu gewöhnen, wird der Prinz als nationaler Freiheitsheld gefeiert.

Auch die Stellung der UdSSR ist im gegenwärtigen Konflikt alles andere als von revolutionärer Lauterkeit geprägt. Es ist kein Wunder, dass sich Sihanouk und die "Roten Khmer" nach Peking orientieren, unterstützte doch die UdSSR das korrupte imperialistische Marionettenregime Lon Nol bis zu seinem Sturz!

Geopolitisch sind Vietnam, Laos und Kambodscha durchaus als Einheit zu betrachten, darauf beruhte auch der regionale und zeitliche Zusammenhang im antiimperialistischen Befreiungskampf. Aber die Chance, im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf eine revolutionäre Einheit Indochinas herauszubilden, wurde von den kleinbürgerlich-stalinistischen Befreiungsbewegungen vertan. Ho Chi Minhs Vorstellungen einer indochinesischen Föderation wurden schon immer mit der Vormachtstellung Vietnams verbunden, dementsprechend wurde z.B. auf die Pathet-Lao-Bewegung im Vietnamkrieg Druck ausgeübt und Schlüsselpositionen in der Pathet-Lao mit eigenen Gefolgsleuten besetzt... Umgekehrt haben die "Roten Khmer" "provietnamesische Elemente" herausgesäubert. Insbesondere nationale Minderheiten (Bergvölker, Chinesen und jeweils die laotische, kambodschanische und vietnamesische Minderheit) werden auf allen Seiten unterdrückt und dazu benutzt, gegeneinander Machtpolitik zu betreiben.

Dem Imperialismus, dem in Indochina so aufs Haupt geschlagen wurde, dass er für einige Zeit im gesamten ost-asiatischen Raum in die Defensive geriet, gewähren die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nicht mehr nur eine Atempause, sondern geben ihm Gelegenheit, die Differenzen zwischen den deformierten Arbeiterstaaten aktiv zu vertiefen, um damit langfristig seine Offensivkraft in diesem Raum zurückzugewinnen.

Statt "Laos-Kambodscha-Vietnam: Ein Kampf!" müssen wir heute, 10 Jahre später, feststellen: Laos-Kambodscha-Vietnam: Ein Scherbenhaufen!

Revolutionäre Marxisten müssen die vietnamesische Invasion strikt ablehnen - die Vietnamesen müssen Kambodscha umgehend verlassen. Alle Regimes in Indochina sind bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten und beruhen mehr oder minder auf Unterdrückung der Werktätigen.

Das Ausmass dieser Unterdrückung (etwa unter Pol Pot) mag unterschiedlich sein, macht aber keinen qualitativen Unterschied im Klassencharakter dieser Staaten aus. Revolutionäre Marxisten können ihre eigenen Aufgaben - die politische Revolution zum Sturz des Stalinismus - nicht an irgendeine (nationale) stalinistische Fraktion delegieren.

Die vietnamesische Invasion ist ein Verbrechen am proletarischen Internationalismus und beinhaltet Momente nationaler Unterdrückung - aber wir weigern uns, zwischen Pol Pot, Heng Samrin oder Vietnam zu wählen. Erst der Sturz der herrschenden Bürokratien in Laos, Vietnam und Kambodscha kann den Weg freimachen für eine Respektierung der Rechte nationaler Minderheiten, für Arbeiterdemokratie und die freiwillige Vereinigung zur indochinesischen Räterepublik.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

TÜRKEI...

ten. Bis auf 30 Meter konnten sich die mordgierigen Horden dem Rathaus nähern, unter ihnen auffallend viele Jugendliche, die Jandarmas hielten sie nicht auf. Erst auf ausdrücklichen Befehl des Innenministers feuerten die Jandarmas schliesslich in die Menge. Bei einem zweiten Angriff auf das Rathaus, wenige Stunden später, wurden die Menschenmassen sogar von der Luftwaffe bombardiert. Gegen Mittag des 24. Dezember gab es nur wenige Geschäfte, die nicht gesprengt, verbrannt oder verwüstet waren - ausschliesslich solche, auf deren Scheiben das Zeichen der MHP prangte." (Frankfurter Rundschau' 28.12.1978)
Schon seit dem Antritt der Regierung Ecevit (sozialdemokratisch) haben die faschistischen Organisationen MHP und "Graue Wölfe" ihren Terror gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen verstärkt. Laut bürgerlicher Presse gehen 80% der politischen Morde auf ihr Konto.

Aus den letzten Wahlen ging die sozialdemokratische Partei als die stärkste hervor, verfügte aber nicht über eine absolute Mehrheit im Parlament. Kurzfristig gelang es den konservativen Parteien, unter Führung von Demirel nochmals eine Regierung zu stellen. Doch mussten sie bald das Feld räumen, denn die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien waren zu gross. Die Bourgeoisie war sich nur in dem Punkt einig, Mittel und Wege zu finden, die Arbeiterklasse entscheidend zu schwächen. Nachdem Ecevit die Regierung übernahm, erwarteten natürlich die Arbeiter auch die Verwirklichung seiner Reformversprechen. Die Kämpfe um soziale Verbesserungen steigerten sich sofort.
Immerhin geht es um einiges: Im ersten Halbjahr 1978 erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um 42,5%, die Arbeitslosigkeit beträgt in den Städten 15-20%, auf dem Lande bis zu 45%. Viele Türken mussten in den letzten Jahren emigrieren, um Arbeit in der BRD oder einem anderen Land Westeuropas zu finden.
Die Türkei ist vollständig abhängig von den USA und Westeuropa. Die Kredite des Internationalen Währungsfonds sind mit Auflagen gekoppelt, die eine weitere Auspressung der armen Bevölkerung des Landes vorsehen, wie z.B. die Anhebung der Preise von Konsumgütern.

DIE GEWERKSCHAFTEN UND ECEVIT

Der Regierung Ecevit ist es bisher gelungen, die beiden grössten Gewerkschaften (Türk-Is als gelbe Gewerkschaft und DISK als Gewerkschaft, in der der grösste Teil der Arbeiter organisiert ist und in der Sozialdemokraten und Stalinisten den stärksten Einfluss haben) an die staatliche Kette zu legen. So verpflichtete sich die Gewerkschaftsbürokratie in einem Sozialpakt mit der Regierung, 1978 keine Lohnerhöhungen zu verlangen.
Um diese Stillhaltepolitik vor allem in der DISK durchzusetzen, musste die sozialdemokratische und moskau-stalinistische Bürokratie der Radikalisierung der Arbeiter entgegenwirken. Die spontanen Kampfaktionen (Streiks und Demonstrationen) waren unter anderem ein Resultat einer sich herausbildenden Linken unter den Arbeitern. Dementsprechend versucht die Gewerkschaftsbürokratie die Linke mit allen Mitteln zu isolieren: Sie schreckt nicht einmal davor zurück, die Linken auf Massendemonstrationen mit Hilfe von Polizei und Armee entfernen zu lassen. Polizei und Armee sind total durchsetzt von Faschisten der MHP! Erinnern wir uns an den 1. Mai 1977 in Istanbul, wo bewaffnete Faschistenbanden ein Blutbad unter den 300.000 Demonstranten anrichteten - 38 Tote. Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, dass der faschistische Terror auch vor sozialdemokratischen und stalinistischen Bürokraten nicht haltmachen wird. Sie rufen die Mörderbande gegen die Linke und machen selbst einen Schritt vorwärts - ins Massengrab. Ecevit und die CHP kann sich heute noch auf die Mehrheit der türkischen Arbeiterklasse stützen. Je grösser seine Kapitulation vor den imperialistischen Interessen wird, je mehr die Arbeiterklasse Niederlagen einstecken muss, umso mehr kleinbürgerliches Wählerpotential wird die CHP an die Türkes-Faschisten verlieren, und die Arbeiterklasse wird sich resigniert abwenden.



Am 1. Mai 1977 richteten die türkischen Faschisten unter den linken Demonstranten ein Blutbad an

DAS KRIEGSRECHT

Nach den blutigen Vorfällen in Kahramanmaras erfüllte Ecevit eine alte Forderung der Faschisten. Er verhängte das Kriegsrecht über 13 Provinzen, darunter die grossen Städte Istanbul und Ankara. Die Regierung Ecevit hat faktisch die Regierungsgewalt freiwillig an die von Faschisten durchsetzte Armee abgegeben. Selbst die bürgerliche Presse (z.B. die 'Frankfurter Rundschau') muss heute zugeben, dass das faschistische Massaker in Kahramanmaras von der MHP-Zentrale unter Leitung von Armeeoffizieren geplant und durchgeführt wurde. Die Offiziere trugen unter ihrer Verkleidung Uniformen mit hohen Rangabzeichen. Sie hatten Urlaub (!) und tauchten in Kahramanmaras auf!
Das Kriegsrecht erlaubt es der Armee, alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen und Verbände aufzulösen, Personen willkürlich zu verhaften und vor Kriegsgerichte zu stellen. Die Armee hat von diesen Vollmachten schon reichlich Gebrauch gemacht, indem sie sich vor allem auf die proletarischen Organisationen 'spezialisiert' hat.
Das Kriegsrecht in der Türkei ist eine alte Forderung der MHP/Graue Wölfe (Faschisten). Entspricht diese Situation doch genau ihren Umsturzplänen. Das türkische Innenministerium selbst berichtet darüber: "Er will mit Hilfe von Kommandoausbildungslagern und Jugendverbänden den Sturz der Regierung erreichen, um an die Macht zu kommen. Nach der Machtergreifung wollen sie die nationalsozialistische Ideologie mit verschiedenen Unterdrückungsmassnahmen durchsetzen."
Diese mehr als plumpe, naive Formulierung verschweigt so nebenbei, dass es Türkes gelungen ist, in der Armee und Polizei mehr und mehr an Einfluss zu gewinnen. Sie verschweigt ebenso, dass die Faschisten sich religiöse Gegensätze zunutze machen, indem sie versuchen, die Sunniten (islamische Hauptrichtung in der Türkei, ca. 75% der Bevölkerung) gegen die Schiiten (ca. 25% der Bevölkerung) aufzuhetzen. Dass dies bisher schon durch Erfolg gekrönt war, zeigt das Beispiel Kahramanmaras überdeutlich.

Da das Schiitentum auch heute noch als Religion der Armen gilt, hat diese religiöse Strömung vor allem Ecevit unterstützt. Dadurch ist es den Faschisten möglich, religiösen Fanatismus vor allem im Kleinbürgertum in politischen Terror umzumünzen.

Durch die Verhängung des Kriegsrechtes hat die Regierung die Bewegungsfreiheit der Faschisten stark erweitert, bei gleichzeitiger Lähmung der Arbeiterbewegung. Dass Ecevit dabei selbst seinen Sturz vorbereitet, ist im Grunde nur deshalb eine Katastrophe, weil damit eine weitgehende Zerstörung der Arbeiterbewegung verbunden ist.

Wie sehr auch die SPD gefangen bleibt, imperialistische Interessen des BRD-Kapitals in der Türkei zu verteidigen, zeigt ihre Rechtfertigung der Kriegsrecht-Politik von Ecevit: "Bisher hat Ecevit allen Anfechtungen zum Trotz die politische Macht in der Hand behalten - trotz Kriegsrechts. Und es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass er - ein überzeugter Demokrat - den Militärs die Freiheit liesse, um die linke Opposition zu vernichten. Ecevit war auf dem Weg - zu langsam zweifellos -,das türkische Volk in eine hoffnungsvolle Zukunft zu bringen. Sein zaghaftes und teilweise ängstliches Handeln gegenüber den türkischen Faschisten hat ihm viel Sympathie innerhalb des türkischen Volkes gekostet. Diese Scharte muss er wettmachen, auch wenn ihn dabei die Militärs unterstützen." ('Vorwärts', 11.1.1979)

Vor kurzem hat Ecevit selbst noch gewarnt, "dass die Forderungen des türkischen Faschistenführers A. Türkes nach dem Kriegsrecht nur das eine Ziel haben: eine Diktatur in der Türkei zu errichten". ('Vorwärts', 11.1.1979)

Die SPD hat nichts gelernt und will offensichtlich auch nichts lernen aus der eigenen Vergangenheit. Sah sie vor 1933 der Notverordnungspolitik tatenlos zu, um dann selbst in den KZs zu landen, so unterstützt sie heute das Kriegsrecht in der Türkei, um später verschämt feststellen zu können, dass eine faschistische Diktatur die "Menschenrechte" verletzt. Hauptsache,die deutschen Monopole können ungefährdet in der Türkei investieren!

WORIN BESTEHT DIE LÖSUNG?

Der Gefahr einer faschistischen Machtergreifung kann nur mit der Einheitsfront der Arbeiterklasse begegnet werden. Gegen das Kriegsrecht und den faschistischen Terror gilt es die proletarischen Organisationen, Büros, Zeitungen etc. gemeinsam, trotz politischer Differenzen zu verteidigen. Dies kann nur geschehen durch bewaffnete Arbeiterverbände - durch eine Miliz. Die Einheitsfront darf aber nicht an eine Einschränkung oder gar an ein Verbot revolutionärer Propaganda und Agitation gebunden sein. In dieser Situation haben Revolutionäre die Aufgabe und die Möglichkeit,den Arbeitern aufzuzeigen, dass ihre reformistischen Führer mehr Angst haben vor bewaffneten Arbeitern als vor Faschisten.

In diesem Erfahrungsprozess muss ein System von Losungen aufgestellt werden, das am realen Bewusstsein des Proletariats anknüpft und gleichzeitig zeigt, dass deren Verwirklichung nur möglich ist, indem man den Weg zur sozialistischen Revolution konsequent beschreitet.

- Aufbau von Arbeitermilizen, Bewaffnung des Proletariats, die Regierung Ecevit muss die Waffenkammern öffnen
- Einheitsfront gegen Faschismus, Militär und Polizei zur Verteidigung der Arbeiterorganisationen
- Aufbau von Betriebskomitees, die die Kontrolle der Arbeiter über die Wirtschaft einleiten
- Entschädigungslose Enteignung aller imperialistischen Konzerne und Banken, Enteignung der türkischen Bourgeoisie, die mit dem Imperialismus zusammenarbeitet, Enteignung des Grossgrundbesitzes und Aufteilung des Landes unter die Bauern
- Nationalisierung des Grund und Bodens
- Bruch aller Verträge mit dem Imperialismus, die auf der Ausplünderung der Türkei beruhen
- Austritt aus der NATO

Ecevit und die CHP wird nichts von alledem verwirklichen. Die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auf der Grundlage eines revolutionären Programms und durch die Politik der Einheitsfront muss heute das Ziel der türkischen Linken sein.

POLITISCHE AUFGABEN IN DER BRD

Die hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei zwang grosse Teile des ruinierten Kleinbürgertums und des Proletariats,nach Westeuropa zu emigrieren, um überhaupt weiterexistieren zu können. Die imperialistischen Staaten nützen diese Situation, indem sie die Emigranten zu unmenschlichen Bedingungen arbeiten und leben lassen. Die Situation der ausländischen Arbeiter(innen) in der BRD ist hinlänglich bekannt und durch Verträge mit dem türkischen Staat abgesichert. Sie können jederzeit wieder abgeschoben werden.

Darüberhinaus dulden die westdeutschen Behörden den permanenten Terror türkischer und deutscher Faschisten gegen die türkischen Arbeiter. Am 6. Januar 1979 wurden wieder einmal 2 Türken in Frankfurt zusammengestochen, weil sie keine Flugblätter der "Grauen Wölfe" nehmen wollten. Der Faschist Türkes und seine MHP erhielten in Frankfurt, wie auch in anderen Städten, öffentliche Räume für Veranstaltungen. Die Polizei verteidigt sie gegen die Demonstrationen der Linken, so geschehen am 1.11.1978 in Frankfurt, als 4.000 Antifaschisten auf der Strasse waren.

Diese offene Unterstützung von türkischen Faschisten in der BRD - auch durch sozialdemokratische "Stadtväter" - wird ergänzt durch eine beispiellose Rassistenhetze der bürgerlichen Gazetten. Auch die Gewerkschaftsbürokratie spricht von der Notwendigkeit, Ausländer "abzubauen", sprich abzuschieben.

Als Internationalisten liegt es in unserer politischen Verantwortung, die türkischen Faschisten kompromisslos zu bekämpfen und ihr politisches Auftreten zu verhindern. Gleichfalls ist es unsere Aufgabe, den Rassismus vor allem in der Arbeiterklasse auszurotten, die besonders scharfe Ausbeutung der Ausländer zu denunzieren, um eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft und Wohnbezirk aufzubauen. Die politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Strömungen auch innerhalb der türkischen Arbeiter ist nicht davon zu trennen.

****

KURZ KOMMENTIERT

****

Der „brave Bürger" Rossa...

Die 'Roten Brigaden' haben einen Bürger erschossen, der - so konnte man es lesen - "seiner Pflicht" nachgekommen war. KPI-Gewerkschaftsfunktionär Rossa fiel unter den Kugeln, für die die 'Roten Brigaden' die Verantwortung übernommen haben. Berlinguer und seine Parteiführung sprachen der Regierung Andreotti die Fähigkeit ab, den "Terrorismus" zu bekämpfen, forderten eine ***weitere*** *Aufrüstung von Polizei und Staatsapparat und führten einen zweistündigen "Generalstreik" durch! Nein, sie veranlaßten die Arbeiterklasse nicht gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und Faschismus zu streiken, sondern für den 'Staat', für 'Demokratie', gegen 'Terrorismus'...*

Auch wenn wir die Erschießung von Rossa, d.h. das politische Verständnis, welches hinter dem bloßen Akt des Schießens steht, ablehnen, muß doch die Frage nach den Ursachen dieser Handlung gestellt werden. Rossa lieferte einen Arbeiter der Polizei aus, der im Betrieb Flugblätter der 'Roten Brigaden' verteilt hatte, d.h. der KPI-Funktionär war Erfüllungsgehilfe des bürgerlichen Staates geworden. ***Die Ursachen für diese Handlung*** *der 'Roten Brigaden' (die trotz ihres spektakulären Auftretens doch nur ihre politische Hilflosigkeit demonstrierten) liegen so allein bei der Politik der KPI-Führung, die Partei und Gewerkschaft in den Dienst des Staates gestellt hat, die aus den Gewerkschaften ein Instrument zur Aufrechterhaltung von 'Ruhe und Ordnung' gemacht hat!*

Rossa wurde ein Opfer des 'historischen Kompromisses', die Verantwortung für seinen Tod liegt allein bei Berlinguer & Co., die das Proletariat systematisch dem bürgerlichen Staat und den Kapitalisten unterwerfen und die aus Gewerkschaftsfunktionären Handlanger der Polizei machen! Wäre Rossa Kommunist gewesen, er hätte mit dem Arbeiter diskutiert und versucht, ihn politisch zu überzeugen! So aber war er ein bloßer Erfüllungsgehilfe Berlinguers bei der Auslieferung des Proletariats an den kapitalistischen Staat!

Trotzdem! *Es gilt Wege und Methoden zu finden und anzuwenden, um die KPI-Führung politisch zu isolieren, um den Arbeitern die Einsicht zu vermitteln, daß Berlinguer & Co. nicht die Klasseninteressen des Proletariats vertreten, sondern die der Bourgeoisie. Das ist der einzige Weg. Die Kugeln der 'Roten Brigaden' helfen da kein Stück weiter.*

Bericht über ein Gespräch mit einem bolivianischen Genossen

Mit dem Putsch vom 24.11.1978 hat sich in Bolivien ein neues Militärregime formiert. Punkt der Auseinandersetzung mit dem alten Pereda-Regime war die Funktion des Militärs in Bolivien. Die Gruppe um das neue Regierungsoberhaupt Padilla (movimiento nacional 'Coronel Gualberto Villarroel') forderte, daß das Militär wieder rein militärische Aufgaben zu übernehmen hätte, und sie will bürgerlich-parlamentarische Wahlen mit Zivilpolitikern für Juli 1979 vorbereiten.

Viele Menschen, vor allem auch innerhalb der Linken, begrüßen die jetzige Regierung als progressiv und sehen in ihren Erklärungen sogar eine revolutionäre Öffnung (ungefähr analog zu Portugals MFA). Man muß vor solchen euphorischen Eskapaden aber eindringlich warnen. Die Padilla-Regierung ist ein Fortschritt, aber nur relativ gegenüber der vorherigen Militärdiktatur unter Banzer und Pereda, denn politisch ist sie instabil und hat kein eindeutiges Programm. Sie hat sich unter dem Druck des Aufschwungs der Massenbewegung in Bolivien gebildet und nach links geöffnet.

Die Massenbewegung hat ihren Ausgang genommen mit dem Hungerstreik der sechs Frauen von Bergarbeitern im Dezember/Januar 1978. Dieser Hungerstreik hatte die Wirkung eines Lauffeuers und hat eine Massenbewegung als Protest gegen Unterdrückung und Ausbeutung deblockiert. Teile des Militärs sahen nun keine andere Wahl, als den dadurch entstandenen Druck dahingehend zu ventilieren, daß sie ihre eigene Unzufriedenheit mit den bolivianischen Verhältnissen mit dem Aufbegehren der Massen gegen die Regierung verbanden, selbst die Macht übernahmen und die bürgerlich-demokratischen Freiheiten in großem Umfang wiederherstellten (zur damaligen Unterdrückung in Bolivien vgl. SPARTACUS 40). Die neuen Machthaber stellen nur eine kleinbürgerliche Fraktion innerhalb des bürgerlichen Herrschaftsapparats dar. Sie ist eine inhomogene Gruppe, größtenteils bestehend aus Nationalisten (kleinbürgerliche Partei). Die 'Linken', in erster Linie unter den jungen Offizieren, die auch aus Arbeiterfamilien stammen, sind in der Minderzahl.

In dem momentanen allgemeinen Taumel ist es schwer, die politische Übersicht über die Massenbewegung zu bewahren. Es kristallisiert sich aber heraus, daß in der gegenwärtigen Situation Parteien mit einem derzeit am besten funktionierenden Apparat starken Zulauf erhalten. Wir meinen hier besonders den MIR (Movimiento Izquierda Revolucionario). Der MIR hat interessanterweise seinen Parteiapparat dank einer kräftigen Kapitalspritze von seiten der SPD und der PSE sehr rasch wiederaufpäppeln können, während andere, in der Banzer- und Pereda-Zeit verfolgte und verbotene Organisationen sehr große Schwierigkeiten hatten und haben, auf die neue Wende in Bolivien zu reagieren und ihren Apparat und ihre Schlagkraft zu reorganisieren. Große Teile der Kader befanden sich im Exil. So ergaben sich auch Umgruppierungen. Die Guevaristen z.B. sind inzwischen vom Erdboden verschwunden. 90 % der Mitglieder sind von der Kreml-orientierten KP aufgesogen worden.

Der MIR aber konnte sich in Bolivien selbst auf die veränderte Lage am effektivsten vorbereiten und konnte sogar schon vor der Generalamnestie für politische Gefangene und Exilierte in die Öffentlichkeit treten (und dies danach umso massiver!), wozu ihm wiederum das Geld aus dem sozialdemokratischen Hilfsfond für konterrevolutionäre Umtriebe verhalf. Denn in Bolivien kann in die Medien nur gelangen, wer dafür bezahlt. Und der MIR leckte schließlich auch die Hand, die ihn da fütterte. Nicht nur, daß er einen offiziellen Vertreter zur Konferenz der Sozialistischen Internationale nach Lissabon schickte. Nein, auch in seiner konkreten Politik in Bolivien zeigte er ein neues Gesicht. Bereits unter Banzer begrüßten seine Sprecher ohne Vorbehalte dessen angebliche Absicht, demokratische Wahlen abzuhalten. Gleichermaßen opportunistisch versuchten sie, sich den Militärs anzunähern. Sie nutzten andererseits jedoch geschickt die Fehlplanung in Richtung auf infrastrukturellen Ausbau aus und kritisierten die Vernachlässigung der Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen, ohne jedoch eigene detaillierte Pläne vorzulegen. Ihre Forderungen waren rein ökonomischer Natur und leiteten keine politischen Schritte ab. Der MIR in Bolivien ist heute eine reformistische Organisation!

Durch ihre massive Propaganda der Tat ist es ihnen allerdings gelungen, besonders unter den Studenten, Schülern und Lehrern Anklang zu finden. (Die kleinbürgerliche Intelligenz ist quantitativ größer als die Arbeiterschaft in Bolivien!) Dadurch hat auch das Wahlbündnis UDP (Union Democratica Popular), in dem der MIR agiert, an Stärke zugenommen. Bei den Arbeitern jedoch, die ein traditionelles Mißtrauen gegen unkonkrete Versprechungen hegen, hat der MIR kaum an Boden gewonnen.

Mittlerweile rüstet sich die bolivianische Arbeiterklasse aber ebenfalls. Im Mai 1978 fand der Bergarbeiter (wichtigster proletarischer Erwerbszweig)-Kongreß statt. Auf dem Kongreß wurde beschlossen, die für Juli 78 anberaumten Wahlen zu boykottieren. Daraufhin zog auch J. Lechin, der ursprünglich im Namen des Gewerkschaftsbundes COB (Central Obreras Boliviana) kandidieren wollte, seine Kandidatur zurück. Der Boykott der Juli-Wahlen wurde dann auch zu einem großen Prozentsatz befolgt (ca. 30 %). Es ist schwierig, genaue Zahlen zu nennen, weil sich bei der Stimmauszählung herausstellte, daß mehr Stimmen abgegeben wurden als wahlberechtigt waren. Ferner wurden auf dem Kongreß nochmals die Thesen des COB von 1971 bestätigt, denen ein sozialistisches Programm zugrunde liegt. Ihr Herzstück bildet die Pulacayo-These, die maßgeblich von bolivianischen Trotzkisten ausgearbeitet wurde. Wesentlich in den Thesen ist auch die sich in schroffem Gegensatz zur Volksfront-Ideologie bewegende Feststellung, daß die Arbeiterklasse primär ein Bündnis mit den Bauern eingehen muß auf dem Weg zur Revolution.

Die Bauern Boliviens haben sich im letzten Monat rapide radikalisiert, und das ist eine überraschende Wende (man denke nur an die damalige Unterstützung der Bauern für Banzer!). Allerdings sind sie politisch kaum faßbar. Die hier fortschrittlichste Tendenz ist die Tupakatari-Bewegung, die sogar Bauernmilizen aufgestellt hat und die auch für die Verbreitung der Parole "Nieder mit der Armee" gesorgt hat.

Über all diesen Anzeichen für einen Aufschwung in eine vorrevolutionäre Phase hinein, darf man die Gefahren nicht außer acht lassen, die der bolivianischen Revolution drohen. Da ist zunächst die Tatsache, daß die neue Regierung nur eine demokratischere Variante des Militärbonapartismus ist und keinesfalls fest im Sattel sitzt. Die diktatorische Spielart davon verkörpert vor allem die Luftwaffe Boliviens, die eigentlich auch die stärkere Fraktion ist. Sie wäre in der Lage, innerhalb der nächsten Monate einen Gegenputsch zu inszenieren.

Zum zweiten vergrößert sich spürbar der imperialistische Druck von außen. So hat die vom US-Kapital majorisierte Weltbank die Fristen für die Rückzahlung der Kredite von Bolivien, angesichts der neuen Lage, plötzlich verkürzt und droht, Bolivien zunächst ökonomisch einzuschnüren.

Trotz Manipulationsversuchen seitens der UDP (besonders der KP Boliviens und vom ehemaligen bürgerlichen Präsidenten Zuazo), ist es der Militärregierung nicht gelungen, das Vertrauen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Für die Arbeiterklasse wird es jetzt darauf ankommen, die eigene Organisierung weiterzutreiben und politisch dahin zu wirken, das Bündnis mit den Bauern herzustellen. Nur so kann den Feinden der bolivianischen Revolution wirksam begegnet werden.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER ARBEITER UND BAUERN IN BOLIVIEN!
KAMPF DER VOLKSFRONTILLUSION!

FORTSETZUNG VON SEITE 1

BRD...

Die Eisen- und Stahlindustriellen in den Tarifbezirken NRW, Osnabrück und Bremen hatten "Nein" gesagt.

Nein - zu dem Versuch der Gewerkschaften, sich einer ruinösen Vernichtung von Arbeitsplätzen entgegenzustellen.

Nein - zu einer menschlicheren Gestaltung von Schichtarbeit, um der Zerstörung von Gesundheit, Freizeit, sozialen Bindungen entgegenzuwirken.

Nein - zu den geforderten Lohnerhöhungen.

Neben dem "Nein" liessen die Kapitalverbände auch Taten folgen, um ihre Vorstellungen mit Nachdruck durchzusetzen. Sie sperrten aus, führten den "tödlichen Krieg gegen die Gewekschaften" (Rosa Luxemburg). In Absprache mit dem BDA (Bund deutscher Arbeitgeberverbände) stellte sich der Verband von Eisen und Stahl von Anfang an knallhart gegen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Dass es ihnen ernst war mit der "Tabu-Grenze" von 40 Stunden, zeigte sich überdeutlich erst letztes Jahr: Die Tarifkommission der Industriellen der Brauindustrie hatte mit der Gewerkschaft einen Tarifvertrag ausgehandelt und gebilligt, in dem die Verkürzung der Arbeitszeit für ältere Arbeiter auf 32 Std. vorgesehen war. Auf Druck des BDA lehnte eine ausserordentliche Mitgliederversammlung der Brauerei-Besitzer den Vorschlag ihrer Tarifkommission jedoch ab.

Von Seiten der IGM wurde argumentiert, dass es in diesem Kampf nicht um ein paar Tage mehr Urlaub auf irgendeiner Ferieninsel geht, sondern um einen Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

"Seit den 60er Jahren sind in der Eisen- und Stahlindustrie der BRD mehr als 140.000 Arbeitsplätze - allein in NRW mehr als 100.000 - wegrationalisiert worden. Das Tempo bei diesen "Freisetzungen" hat sich beschleunigt. Allein in den letzten dreieinhalb Jahren verschwanden 41.000 Arbeitsplätze. Jetzt sind es Monat für Monat tausend...." ('Der Gewerkschafter' 12/78).

Erfahrungen mit solch tiefgreifenden Veränderungen in einem Wirtschaftsbereich macht die Arbeiterbewegung nicht zum ersten Mal. Das "Zechensterben" im Ruhrpott killte ebenfalls Zehntausende von Arbeitsplätzen. Die Kollegen, die in anderen Firmen Arbeit fanden, gehörten dort zu den ersten, die auf die Strasse gesetzt wurden, als die Krise eben diese Firmen erfasste. Über Jahre hinweg bestand das "Konzept" der Gewerkschaftsführung gegen diese Arbeitsplatzvernichtung im Aushandeln von Sozialplänen. Der "Kampf" zwischen Kapital und Arbeit wurde nicht aus den Direktionsetagen der Mitbestimmungsgremien und nicht aus den Betriebsräten hinausverlagert. Durch jeden Sozialplan wurde neben dem Arbeitsplatz auch ein Stück Bewusstsein dem Arbeiter abgekauft. "Dass der Kohlenpott mit seinen vielen Tausenden arbeitsloser Bergleute nicht zum extremistischen Hexenkessel wurde, dass der Strukturwandel ohne die Begleitmusik brennender Direktionsgebäude oder roter Fahnen auf den Schachtanlagen vor sich ging, dürfte wohl kaum auf göttliche Fügung, dafür aber zu einem erklecklichen Teil auf das Ventil der Mitbestimmung zurückzuführen sein." (Egon Lutz, ehemaliges HV-Mitglied der IG Druck und Papier)

Für den Bereich der Stahlindustrie trifft dasselbe zu. Die Verantwortung für die nahezu reibungslose Vernichtung von Arbeitsplätzen, die Verantwortung für die tendenzielle Arbeitsplatz-Verödung ganzer Gebiete, da mit dem Niedergang ausschliesslich monostrukturell geprägter Industrien alternative Beschäftigungsmöglichkeiten vollständig fehlen, trifft die Gewerkschaftsführung. Auf einer Konferenz der IGM in Mülheim(Ruhr) formulierte Rudolf Judith, geschäftsführendes HV-Mitglied der IGM:

"In vielen Fällen haben wir in den Betrieben durch eine ohne Zweifel im grossen und ganzen geschmeidige Personal- und Sozialpolitik die schlimmsten Folgen von den Belegschaften abwenden können. Damit konnten aber die enormen Arbeitsplatzverluste nicht aufgehalten werden..."

Nach 4 Jahren Stahlkrise begann die Gewerkschaftsführung zu handeln. Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitsplatzvernichtung, vor Jahren schon auf dem Gewerkschaftskongress der IG-Bergbau und Energie gefordert (4-Tage-Woche), fand zum ersten Mal Eingang in einen Tarifkampf.

"ALLEINE SIND WIR STARKER"

Jedoch: Nicht etwa eine Reihe von Gewerkschaften, in denen sich die Problematik der Arbeitsplatzvernichtung in vergleichsweisem Umfang stellt (Drupa, HBV), sondern eine einzige Gewerkschaft - und die auch nicht etwa mit ihrer gesamten Organisation, sondern mit einem Teil der Mitglieder - versuchte, durch Nadelstiche die Auseinandersetzung gegen die Stahlkapitalisten zu führen.

'Bewundernswert' die Unverfrorenheit, mit welcher Gewerkschaftsfunktionäre, die für diesen bewusst isoliert gehaltenen Kampf verantwortlich zeichen, dies ihren Mitgliedern gegenüber vertreten. Zu bedauern ist der Bereich gewerkschaftlicher Kader, insbesondere betriebliche Streikleitungen, die gezwungen werden, die sogenannten "vertretbaren Kompromisse" ihren Kollegen/Kolleginnen gegenüber zu vertreten.

Am 22. August war der Beginn der Tarifverhandlungen. In mehreren Verhandlungen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt, sodass für den Zeitraum 18. bis 21. 11. die Urabstimmung angesetzt wird. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder ist bereit, für die gewerkschaftlichen Forderungen zu streiken:

- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden
- Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter um 5%
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40 bzw. 30 DM

(45 Mitglieder der Grossen Tarif-Kommission lehnen 5% als zu niedrig ab).

Nachdem die Urabstimmung gelaufen ist, bieten die 'Arbeitgeber' 3% mehr Lohn und 6 Wochen Urlaub für alle. Letzteres klingt zwar verlockend, lenkt jedoch vom eigentlichen Kampfziel ab. Zudem ist das Durchschnittsalter der Arbeiter in den Stahlwerken etwa 48 Jahre, sodass für sie dieses 'grossartige' Angebot gerade 3 Tage mehr Urlaub gebracht hätte.

Der Streik beginnt am 28. 11. in folgenden Betrieben:

Thyssen-Hamborn-Beekerwerth, Thyssen Hüttenheim, Thyssen Meydrich, Mannesmann Duisburg-Huckingen, Kammrich-Stahlform, Duisburg, Hoesch-Westfalenhütte, Dortmund Friedrich Krupp Hüttenwerke, Düsseldorf Stahlwerke Südwestfalen, Dillenburg Mannesmann Röhrenwerke, Brackwede und wird am 1. 12. mit Aussperrungen beantwortet, und zwar in:

Thyssen Niederrhein, Oberhausen Mannesmann Röhrenwerk, Mühlheim Georgsmarienhütte, (Osnabrück Friedr. Krupp Hüttenwerke, Werdohl u. Hohenlimburg), Friedr. Krupp Stahlwerke Südwestfalen, Niederschelden und Hagen, Hösch Hüttenwerke Phönix, Dortmund.

Obwohl die IGM selbst schreibt, dass die Aussperrungen angekündigt wurden, bevor (!) die endgültigen Tarifforderungen standen, überliess sie bereits in der ersten Phase der Auseinandersetzung das Einbeziehen von einem Grossteil der Kollegen in den Kampf den Kapitalisten, nämlich durch die Aussperrungen.

Obwohl bekannt war, dass ausgesperrt wird, dauerte es vom 1. 12. bis zum 12. 12., bis zahlreiche Grosskundgebungen gegen die Aussperrungen durchgeführt wurden. 145.000 Lohnabhängige nehmen an diesen Kundgebungen teil. Und sie machen die Erfahrung, dass Kollegen und Kolleginnen anderer Branchen bereit sind, sie zu unterstützten.

"Angehörige der Müllabfuhr bekunden ihre Solidarität dadurch, dass sie mit 20 Müllwagen vor einem der von Streikposten besetzten Müheimer Mannesmann-Werke auffuhren.

Für 10 Minuten legte die Belegschaft der Bochum-Gelsenkirchener Strassenbahn-AG die Busse und Bahnen still, ... Fast 3.000 Opel-Arbeiter zogen eineinhalb Stunden lang von ihrem Werk bis vor die Tore von Krupp, um den Kollegen vom 'Stahl' ihre Solidarität zu beweisen...." (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13.12. 1978)

So wenig die vorhandene Bereitschaft anderer Gewerkschaftsmitglieder im Kampf gegen die Aussperrung genutzt wurde, so wenig ist die ausschliessliche Ausrichtung auf die Arbeitsgerichte ein taugliches Mittel im Kampf gegen die Aussperrung. In den gesamten Veröffentlichungen der IGM wird "Kampf der Aussperrung" reduziert auf "Verbot der Aussperrung". Eugen Loderer: "Diese Willkür der Arbeitgeber ist erst durch die Rechtsprechung möglich geworden, deshalb muss sie durch eine andere Rechtsprechung un-

möglich gemacht werden". Selbst wenn einzelne Gerichte die Aussperrung für unzulässig erklären, werden durch den Weg der juristischen Klärung die Betroffenen (sprich Ausgesperrten) der Auseinandersetzung entzogen und die Klärung der Frage zwischen die Jura-Experten der Unternehmerverbände und der Gewerkschaft verlagert. Einzig die Besetzung ausgewählter Betriebe ist dagegen eine geeignete Antwort auf den Aussperrungsterror.

Kurz nach der Aussperrung tönte von Seiten der Unternehmer der Ruf nach einem Schlichter, der in Gestalt des NRW-Arbeitsministers Farthmann auch von beiden Seiten akzeptiert wird.

Dessen erster Vorschlag wird am 17. 12. von der IGM abgelehnt, er tüfftelt jedoch geschickt weiter, sodass es der IGM bald gelingt, von einem "Gesprächsstand" zu schreiben, "der eine nachvollziehbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit" brachte. (Streiknachrichten Nr. 20) Da jedoch, wie die IGM schreibt, die Hälfte der Arbeiter von seinem Vorschlag noch ausgenommen bleibt, wird weiterverhandelt. Erneuter Schlichtungsvorschlag am 30.12.:

- 4% mehr Lohn. Laufzeit 15 Monate.
- 3 Tage mehr Urlaub für alle
- 3,5 zusätzliche Freischichten für alle von Nachtschicht betroffenen Arbeiter
- 2 weitere Freischichten für Arbeiter, die älter als 50 Jahre sind.

Gegen den massiven Protest von etwa 500 Streikenden, einschliesslich der VLK-Leitungen von Mannesmann-Huckingen, Thyssen-Hamborn und Hoesch-Dortmund, tagt die GTK unter Ausschluss der Gewerkschaftsöffentlichkeit und stimmte am 2. 1. 1979 mit 86 gegen 32 Stimmen dafür, dass auf Farthmanns Grundlage Vorstellungen entwickelt werden, die "mehrere arbeitszeitverkürzende Elemente im Rahmen eines Stufenplans bis 1981" vorsehen.

Den "entwickelten" Vorschlag lehnen die Kapitalistenvertreter jedoch ab: Noch zu weitgehend. Der Schlichter greift ein. Wieder zu weitgehend. In der Nacht zum 7. Januar kommt es jedoch zu einer Einigung.
Der Erfolg, wie ihn die 'Streiknachrichten' darstellen, sieht folgendermassen aus:
Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden um 4% bei 15monatiger Dauer des Tarifvertrages erhöht.
Das bedeutet: Für 1979 liegt für Lohnerhöhungen schon mal nichts mehr drin. Zudem erhalten die Auszubildenden nicht 30 - 40 DM, was schon wenig genug war, sondern etwa 20 - 25 DM. Der Vertrauensleutekörper von Mannesmann-Huckingen schreibt in einem Flublatt: "...Denn 4% sind umgerechnet auf's Jahr und netto nur 1,9%...Der Abschluss beinhaltet somit nicht unsere Forderung nach vollem Lohnausgleich..."
Die ausgehandelte Freischichtenregelung gilt nur für diejenigen, die Nachtschicht machen. Ab Jänner 1979 bekommen sie 4 Freischichten, ab 1981 nochmals 2 Freischichten.
Ausserdem gibt's Freischichten für nicht regelmässige Nachtarbeit: Ab 1979 gilt: Für 17 Nachtschichten eine Freischicht. Ab 1981 gilt: Für 11 Nachtschichten eine Freischicht.
Ausserdem erhalten diejenigen, die älter als 45 sind und während der letzten 10 Jahre Nachtschicht geleistet haben, ebenfalls Freischichten.
Alle diejenigen, die 'nur' im Zwei-Schicht-Betrieb arbeiten, gehen leer aus. Arbeiter, die über 50 sind, bekommen ebenfalls ab 1979 zwei und ab 1981 noch zusätzlich eine Freischicht.
Die Urlaubsregelung ergibt sich am besten aus der Tabelle.

Gemessen am ursprünglichen Angebot der Eisen- und Stahlkapitalisten ist dieses Ergebnis sicher bedeutend. Diese Rechnungsart bevorzugt auch die Gewerkschaftsführung, um den 'Erfolg' zu begründen.
Gemessen an den Ansprüchen und Hoffnungen, die in diesen Arbeitskampf gesetzt wurden, ist das Ergebnis enttäuschend.
Bisher war es so, dass Freischichten zwar gebündelt, nicht aber zu einem beliebigen Zeitpunkt genommen werden können. Mit den neuen Freischichtenregelungen wird es nicht anders aussehen. So eine gebündelte Freischichtenperiode kann also noch nicht mal richtig als Urlaub bezeichnet werden. Um der zerstörerischen Wirkung der Schicht auf die psychischen und physischen Fähigkeiten zu begegnen, besonders im kontinuierlich arbeitenden Schichtbetrieb (Konti-Schicht), wäre es notwendig gewesen, für eine komplette 5. Schicht zu kämpfen. Nur so wird der Arbeitsprozess weniger belastend, nur so müssen tatsächlich mehr Arbeiter eingestellt werden. Ganz abgesehen davon, dass ein Manteltarifvertrag, der eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1983 hat, einer jeden Vernichtung von Arbeitsplätzen hinterherlaufen muss. Geht es nach dem Willen der Gewerkschaftsführung, soll für die nächsten Jahre das Thema "Arbeitszeitverkürzung" erst mal wieder aus der Diskussion verschwinden.
Die zweite Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses brachte eine Mehrheit für die Annahme.
Von 154.065 Stimmberechtigten gingen 140.014 an die Wahlurnen. Davon stimmten 76.271 (54%) mit "JA" und 63.082 mit "NEIN"! Enttäuschung über die halbherzige Mobilisierung und daraus resultierend die realistische Einschätzung, dass ohne Ausweitung des Streiks nichts zu machen ist, war sicher ein Grund, für die Annahme zu stimmen. Dies trifft - wie nach Betrieben aufgeschlüsselte Ergebnisse zeigen - insbesondere für jene Arbeiter zu, die während des Streiks nicht zum Zuge kamen. Also: in Betrieben, in denen gestreikt wurde, lag die Ablehnung z.B. bei 90%. Weiterhin hat wahrscheinlich ein nicht zu unterschätzender Teil der älteren Arbeiter, die mit dem Ergebnis etwas besser gefahren sind, zur Annahme bei der Urabstimmung geführt. Dennoch, im Bewusstsein, dass nicht die Stärke des Gegners, sondern das Abwiegeln der eigenen Führung verantwortlich für diese Schlappe ist, wird sich für manchen die Frage der weiteren Migliedschaft in dieser Organisation stellen.
Eine Strategie gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen, die die Ursache der Krise ausser acht lässt, wird nur kurzfristige Erfolge zeitigen. Was nützt die Verkürzung der Arbeitszeit im Ruhrpott und im Saarland den Kollegen/innen, die in Arbeitsamtbezirken mit 9, 10 oder gar 14% Arbeitslosen wohnen, weil hier zentrale Betriebe stillgelegt wurden? Ausserdem kann Verkürzung der Arbeitszeit natürlich noch durch gesteigerte Arbeitsleistung ausgeglichen werden.

So wichtig die Arbeitszeitverkürzung als Element im Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist, so wichtig sind "flankierende Massnahmen": Neueinstellungen müssen durchgesetzt werden, die Kontrolle über den Arbeitsablauf muss errungen werden, die Entscheidung über die Investitionspolitik des Betriebes muss von den Beschäftigten gefällt werden. Gerade auch die Situation der Stahlindustrie macht es notwendig, dass einer chauvinistischen Argumentation zuvorgekommen wird. Durch die hohe Produktivität auf dem Gebiet der Qualitätsstahlerzeugung in Japan gelang es den japanischen Stahlkonzernen, einen bedeutenden Teil des deutschen Marktes auf diesem Gebiet zu erobern.

Durch hohe staatliche Subventionen auf dem Gebiet der Massenstahlerzeugung gelang es italienischen, spanischen und südafrikanischen Konzernen, ebenfalls in der BRD ihren Marktanteil auszuweiten - trotz niedrigerer Produktivität.

Unprofitable deutsche Betriebe werden stillgelegt, andere weiter zentralisiert. So ist geplant, dass die Dillinger Hüttenwerke, die Neunkirchner Eisenwerke und die Stahlwerke Röchling Burbach nur noch aus einem einzigen Hochofen in Dillingen mit flüssigem Roheisen beliefert werden. Die Roheisenproduktion in Burbach und Neunkirchen mit zusammen etwa 3.500 Beschäftigten wird nicht mehr notwendig. Dagegen nur die "Arbeitszeitverkürzung" setzen?

"Der Kampf der Stahlarbeiter muss von Anfang an international geführt werden. Von der Stahlkrise sind die Belegschaften aller stahlproduzierenden Länder in gleicher Weise betroffen. Nicht nur die multinationalen Verflechtungen der Stahlkonzerne machen einen grenzüberschreitenden Kampf notwendig, sondern auch die Möglichkeiten des Kapitals, die Stahlarbeiter des einen Landes gegen die eines anderen Landes auszuspielen, müssen von Anfang an verhindert werden. ... Der Kampf kann nicht nur auf die 35 Std. Woche, gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit konzentriert werden, obwohl diese Forderungen zur Vereinheitlichung des Kampfes von Entlassenen und Belegschaften beiträgt. Die Konzentration des Kampfes muss eindeutig auf die entschädigungslose Enteignung und die Arbeiterkontrolle abzielen." (Spartacus 41/42)

Erklärung der Abkürzungen:

NRW: Nordrhein- Westfalen
BDA: Bund deutscher Arbeitgeberverbände
IGM: Industriegewerkschaft Metall
HV: Hauptvorstand
Drupa: Druck und Papier
HBV: Handel, Banken und Versicherungen
VLK: Vertrauensleutekörper
GTK: Grosse Tarifkommission

(AUS 'SPARTACUS'50)

„Sozialistische Alternative" der GRM

An der Realität vorbei...

In der Dezember-Ausgabe der 'rotfront' meldet sich die GRM mit einer 'Weihnachtsbotschaft' an die Nation. Gewichtig erklärt gleich das 'Politische Büro': "Weder Grün noch Bunt - Für eine sozialistische Alternative", doch muss der etwas skeptische Blick des Wappentieres des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' (ein Maulwurf), das in der entsprechenden Seite der 'rotfront' lässig das Fäustchen ballt, als Relativierung des Textes verstanden werden, handelt es sich doch im Grunde genommen um eine neue Verpackung alter 'rotfront'-Artikel. Anders ausgedrückt: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Tatsächlich fasst die Erklärung des "Politischen Büros" nur vorangegangene Artikel der 'rotfront' inhaltlich zusammen, ja selbst der Begriff der "Sozialistischen Alternative" tauchte schon in der November-Ausgabe des Blattes auf und wird leider auch in dieser Erklärung nicht wesentlich genauer definiert. Da wir die Einschätzung der GRM bezüglich des Ausganges der Volksabstimmung am 5. November schon in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' kritisiert haben, beschränken wir uns hier im wesentlichen auf eine grundsätzliche Kritik an der Erklärung. Da die deutsche Organisation des 'Vereinigten Sekretariats' (GIM) vor kurzem auch für die BRD den Weg der "Sozialistischen Alternative" beschritten hat, nehmen wir Kritikpunkte unserer deutschen Genossen vom Spartacusbund (siehe 'spartacus' 49) auf.

WAS IST DIE "SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE"?

"Die sozialistische Alternative ist nicht ident mit Versuchen, für die Nationalratswahlen eine Linke Liste zu schaffen. Sie resultiert vielmehr aus der Einsicht, dass der RISS in der politischen Landschaft nur dann VERBREITERT werden kann, wenn es links von SP und KP für die einsetzende politische Sensibilisierung einen relevanten politischen und organisatorischen Bezugspol gibt".
"Eine sozialistische Alternative wäre nicht die revolutionäre Partei des Proletariats (vor allem die Frage des Wie zum Sozialismus, der sozialistischen Revolution, kann in ihr nicht hinreichend beantwortet werden), aber ein Schritt in ihre Richtung." ('rotfront', Dezember 1978)

Die "Sozialistische Alternative" soll - nach dem Willen der GRM - auf einer Plattform fussen, die aus allgemeinen propagandistischen Losungen besteht, die im gesamten 'unterhalb' der revolutionären Programmatik angesiedelt sind und denen ohne weiteres jeder 'linke' Sozialdemokrat verbal zustimmen kann. Hier muss also zuerst festgestellt werden, dass die "Sozialistische Alternative" nicht von den Klassenkämpfen abgeleitet wird (nicht abgeleitet werden kann) und konkrete Kampfschritte angibt (also auf konkreten Kampfzielen fusst), sondern ein Produkt der Einschätzung der politischen Situation in Österreich nach der Volksabstimmung durch die GRM ist und eine allgemein-propagandistische Stossrichtung unterschiedlicher politischer Kräfte zum Inhalt hat.

Die "Sozialistische Alternative" soll nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch zum "Bezugspol" werden, woraus zwingend folgt, dass sie organisatorische Strukturen aufweisen muss, die über die einer Aktionseinheit hinausgehen. Um Politik zu machen, die zum "Bezugspol" werden soll, ist ein konkretes, d.h. taktisches Eingehen auf die Entwicklung der politischen Situation unumgänglich. Genau hier liegen die unüberwindlichen Probleme, an denen sich die Erklärung vorbeidrückt, um nebulos von "Notwendigkeiten" und "Alternativen" zu schwärmen! Entweder - allgemeine Propaganda von verschiedenen politischen Kräften, die darüberhinaus selbständig und unabhängig ihre konkreten Antworten geben. Oder - die Sammlung von verschiedenen politischen Kräften, die über allgemeine Propaganda hinausgehende Politik machen, organisatorische Strukturen schaffen, neue Mitglieder gewinnen usw.

Im zweiten Falle allerdings muss diese "Alternative" Mehrheiten finden, um überhaupt in der Lage zu sein, Politik zu machen. Anders ausgedrückt: Da keine Partei (also nicht nach dem demokratischen Zentralismus aufgebaut), würde sich ganz logisch die konkrete Politik dieser angeblichen "Alternative" nach der stärksten teilnehmenden linken Organisation richten... Der ganze Widersinn der Erklärung wird deutlich, wenn man all die phrasenhaften und verschwommenen Inhalte konkret überprüft.

EINE PARTEI UNTERHALB DES EIGENEN PROGRAMMS?

Wir sind uns völlig darüber im Klaren, dass die revolutionäre Partei nicht geraglinig aus unserer Organisation entstehen wird. Abgesehen davon, dass in zugespitzten Klassenkampfsituationen Umgruppierungen innerhalb der Linken möglich sein werden, halten wir es durchaus für möglich (ohne uns allerdings darauf festzulegen), dass es zu sogenannten "Zwischenformen" kommen kann. Doch gilt es, das Verständnis davon präzise festzuhalten. Eine Radikalisierung in der Arbeiterklasse kann zu formulierten Linksentwicklungen innerhalb der Sozialdemokratie führen (wobei wir keineswegs das übliche Motzen einiger Jungbürokraten meinen, sondern eine Entwicklung, deren Grundlagen im Proletariat selbst liegen) und in die Richtung einer 'linken Partei' gehen. Natürlich müssten Revolutionäre in einen solchen Prozess eingreifen und konkrete Antworten und Perspektiven geben - aber auf der Grundlage des revolutionären Programms. Dennoch kann die Schwäche der revolutionären Kräfte zur Bildung einer zentristischen Partei führen, die Ausdruck einer Linksentwicklung der Arbeiterklasse ist (so wie z.B. die Sozialistische Arbeiterpartei gegen Ende der Weimarer Republik). Fest steht für uns heute nur, dass es notwendig wäre, das Potential dieser Partei in den Aufbau der bolschewistischen Partei einzubeziehen. Wie dies geschehen kann, kann nur konkret entschieden werden (z.B. offenes fraktionelles Auftreten innerhalb dieser Partei).

So gilt für die GRM-Erklärung das, was unsere deutschen Genossen über die Erklärung der GIM geschrieben haben: "Als historische Erwartung ist es sicher richtig, dass in der BRD eine revolutionäre Arbeiterpartei mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht geradlinig aus einer der bestehenden linken Organisationen hervorgehen wird, richtig ist auch, dass die Entwicklung einer solchen revolutionären Partei zur Massenpartei nur durch grosse Abspaltungen von der Sozialdemokratie möglich sein wird. Das GIM-Papier soll aber wohl eine aktuelle Perspektive geben, und da fällt auf, dass die GIM die Bildung ihrer sozialistischen Alternative nirgends in konkrete taktische Schritte umsetzen kann (mit Ausnahme punktueller Aktionseinheiten mit linken Sozialdemokraten), letztlich reduziert sich alles auf eine propagandistische Stossrichtung." ('spartacus' 49)

Dennoch gibt es einen konkreten Unterschied zwischen der BRD und Österreich. In der BRD gibt es ein Spektrum von tausenden Linken, die entweder 'freischwebend' und/oder um das 'Sozialistische Büro' gruppiert sind und dessen Ausläufer bis in die SPD reichen. In diesem Spektrum gibt es schon lange Bemühungen, eine '4. linke Partei' zu schaffen, d.h. die GIM-Erklärung kann zumindest für sich beanspruchen, irgendwo der Realität verhaftet zu sein, wenngleich sie opportunistisch und mit einem Rechtsruck darauf reagiert. Anders die GRM. Ihr bleibt die 'Ehre' vorbehalten, auf etwas zu reagieren, was eigentlich in Österreich nicht vorhanden ist...

Als "Spektrum für die Errichtung einer sozialistischen Alternative" gibt sie zum ersten die "politischen Organisationen links von SP und KP" an. Wenn wir von den Maoisten absehen (die unserer Ansicht nach auch nicht links von der KPÖ stehen), bleibt da recht wenig über, vor allem wenn man bedenkt, dass diese Organisationen nicht den geringsten Einfluss in der Arbeiterklasse haben. Das

Ziel der GRM ist es auch letztlich eine relativ grosse Propagandagesellschaft für ein 'besseres Leben' zu gründen, denn ebenso wie die GIM kann sie keine konkreten Kampfschritte angeben. "Sozialistische Alternative ist ein längerfristiges Konzept, um eine Wende hin zum Klassenkampf, zum Kampf um den Sozialismus herbeizuführen." ('rotfront') Wie eine allgemeine Propaganda von einigen linken Organisationen, die noch dazu in letzter Zeit völlig unterschiedliche Einschätzungen der politischen Situation abgegeben haben, dies bewirken soll (denn eine solche Wende herbeizuführen, hat doch die Anwendung der richtigen Taktiken zur Voraussetzung), bleibt ein letztlich unlösbares Rätsel. Ansonsten wendet sich die GRM an "Teile der AKW-Bewegung", an solche der "Frauenbewegung" und an diverse "Initiativen", "Komitees" usw., sowie an "Ränder" der Sozialdemokratie, wobei völlig offengelassen wird, ob diese "Ränder" zu einem Bruch mit der SPÖ getrieben werden sollen, d.h. gemeinsame organisatorische Strukturen mit der Sozialdemokratie werden in der Erklärung nicht explizit ausgeschlossen! Die 'linke' Sozialdemokratie in Österreich ist ausserdem die dümmste weit und breit und hat nach jedem 'Aufmucken' sofort wieder kehrt gemacht, wenn der Parteivorstand gedroht hat. Sie weist nicht einmal jene 'Reife' und 'Entschlossenheit' auf, die auch bei ihrem deutschen Gegenstück auch nicht gerade allzu ausgeprägt ist. Das Spektrum jener "Initiativen" und "Komitees", bzw. AKW- und Frauenbewegung ist ein durch den Rückzug vom Proletariat gekennzeichnetes Feld, wo die 'Besinnung' auf die 'Realpolitik', d.h. letztlich der Rückzug von der Politik überhaupt, das prägende ist. Gerade dieses Spektrum ist nicht im geringsten geeignet, eine Wende zum Klassenkampf" herbeizuführen (individuelle Ausnahmen sind selbstredend möglich).

Das fatale an der GRM-Erklärung ist also, dass sie an der politischen Realität vorbeizielt. Die ganze Erklärung fusst auf einer politischen Methode, die Taktik nicht aus den lebendigen gesellschaftlichen Prozessen hervorgehend formuliert, sondern sie vom Willen eines Konfusions-Politischen Büros ableitet...

DAS GRM-POLITBORO VERHÖHNT DIE MITGLIEDER!

Politisch abstossend wird die Erklärung in jenen Passagen, in denen das "Politische Büro" versucht eine Kritik an "Grünen" und "Bunten" Listen zu formulieren. Monatelang hat die GRM eine Politik betrieben, deren Inhalt die Einheit mit allen politischen Kräften war, die gegen Zwentendorf waren, egal wie rechts und reaktionär diese Kräfte auch immer waren. Ausdrücklich bejahte die GRM in ihren diversen Publikationen die Einheit mit rechten AKW-Gegnern, ihre gesamte Politik vor und zur Volksabstimmung war auf jener Einheit aufgebaut!

Wenn das "Politische Büro" dieser Organisation nun ohne jede politische Begründung und Rechtfertigung einen Schwenk macht (es ist z.B. blanker Hohn, wenn in der Erklärung - und auch an anderen Stellen - der FOJ vorgeworfen wird, sie sei gegen einen linken Block auf den diversen Anti-AKW-Demonstrationen gewesen, weil die GRM 'verschweigen' muss, dass sie selbst auf eine derartige Initiative von unserer Seite negativ reagiert hat), zeigt dies nur das durch und durch unehrliche und abstossende Verständnis von "revolutionärer Politik" auf, welches offensichtlich in dieser Organisation herrscht!

Die Mitglieder der GRM werden - um es drastisch auszudrücken - 'verarscht', wenn ihr "Politisches Büro" etwa feststellt, dass der "Klassenstandpunkt" in der "Umweltfrage" bezogen werden muss. Genau dies hat die GRM monatelang nicht getan und jede Kritik an ihrer Politik als "sektiererisch" abgetan! Aus Schwarz wird Weiss - ganz nach dem Willen des "Politischen Büros"...

Mit der generellen Rechtsentwicklung des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale' ist auch die Einleitung

OPPORTUNISMUS GEGENÜBER DER SOZIALDEMOKRATIE

eines opportunistischen Kurses gegenüber der Sozialdemokratie (in der BRD und in Österreich) verbunden. Deutlich wurde dies bei der politischen Reaktion von GIM und GRM angesichts der Bemühungen, die politischen Gewerkschaftsausschlüsse in die Untersuchungen des Russell-Tribunals aufzunehmen. Beide Organisationen lehnten dies mit Begründungen ab, die auf eine Absicherung der Gewerkschaftsbürokratie hinausliefen!

Vor einiger Zeit 'entdeckte' die GRM die Sozialdemokratie, besser gesagt deren enge Verbindung zur Arbeiterklasse und leitete mit einer abstrakten 'Einheitsfrontorientierung' einen Wechsel ihrer Politik ein. Die strikte Betonung, wonach es sich bei der SPÖ um eine "bürgerliche Arbeiterpartei" handeln würde, genauer gesagt, die Art und Weise, wie dieses Schlagwort - welches an sich natürlich noch nicht allzuviel aussagt - abgesichert und erklärt wird, stellt eine Abdeckung der SPÖ nach links dar. So wird auch in der Erklärung als eines der Momente, die "Grundvoraussetzung" sind, "damit die Kritik auf fruchtbaren Boden fällt", die "präzise Einschätzung der Doppelnatur der Sozialdemokratie als bürgerlicher Arbeiterpartei, die in den Reihen des Proletariats bürgerliche Politik betreibt", genannt.

Schon in der November-Ausgabe der 'rotfront' versuchte ein Genosse der GRM gegen unsere Einschätzung der Sozialdemokratie zu polemisieren. Wir hatten in unserer Antwort auf die niveaulose Polemik diesen Punkt nicht berücksichtigt, weil der 'rotfront'-Autor unsere Stellungnahme offensichtlich nicht einmal gelesen hatte. Es geht uns auch keineswegs darum, einen Streit um Begriffe zu beginnen. Das Problem beginnt da, wo nicht die Funktion der Sozialdemokratie als Instrument zur Durchsetzung bürgerlicher Klasseninteressen (mit allen dazu notwendigen Mitteln) in den Vordergrund gestellt wird, sondern penetrant der angebliche "Doppelcharakter" (unten hui, oben pfui) betont wird. So gesehen, ist es natürlich kein Zufall, dass das Bestehen auf dem Konstrukt der "bürgerlichen Arbeiterpartei" stets mit einer rechtsopportunistischen Praxis gegenüber der Sozialdemokratie verbunden war. Mit dem unsinnigen und theoretisch unhaltbaren Begriff des "Doppelcharakters" wird die SPÖ nach links abgedeckt (hier sei nur vermerkt, dass ultralinke Positionen zur Sozialdemokratie oft und oft die sozialdemokratische Praxis treffend einschätzten, wenngleich sie das Problem des besonderen bürgerlichen Charakters dieser politischen Strömung nicht in den Griff bekamen), während nach rechts alles offengelassen wird. Der "Doppelcharakter" kann den Rechtsopportunismus absichern. Er sichert in der Praxis die "Einheitsfront" mit 'linken' Jungbürokraten, die ja auch dann und wann davon sprechen, dass eben die Führung ausgetauscht werden müsse, dann wäre die SPÖ eine 'feine Arbeiterpartei'...

Im Wesentlichen stellt die Orientierung der GRM den Einstieg zu einer Politik 'unterhalb' des eigenen Programms dar, dem konsequent eine rechtsopportunistische Praxis folgen muss!

Ist es wahr?

Sowohl in der 'Volksstimme', als auch in der 'Arbeiterzeitung' wurden vor einiger Zeit Meldungen gebracht, nach denen der Hauptausschuß der ÜH, bezüglich der kommenden Hochschulwahlen, ein sogenanntes "Fairneßabkommen" beschlossen hätte, dem nur (dies hat sich ja mittlerweile auch geändert) die Maoisten nicht zugestimmt haben. Dieses Abkommen beinhaltet unter anderem, Veranstaltungen anderer Gruppen nicht zu sprengen, Plakate nicht zu überkleben, usw. Außerdem haben die, dieses "Abkommen" unterzeichnenden Gruppen ein Verbot der ANR gefordert und eine Prüfung angesagt, ob diese Forderung an den Staat auch auf den RFS ausgeweitet wird. Zuguterletzt schließlich, wurden noch Meldungen gebracht, wonach der Hauptausschuß (natürlich ohne die Stimmen der Maoisten), das Vorgehen der Maoisten gegen eine KPÖ-Veranstaltung gemeinsam verurteilt hätte. Die Maoisten - so diese Pressemeldungen - seien wie die ANR vorgegangen...

Das Unglaubliche an diesen Meldungen folgert aus der Tatsache, daß auch die GRM im Hauptausschuß der ÜH Vertreter sitzen hat und der Name dieser Organisation explizit in den erwähnten Meldungen gebracht wurde.

Ist es tatsächlich wahr, daß die GRM ein "Fairneßabkommen" mit rechten Gruppierungen abschließt und gemeinsam mit der JES(!) das Verbot der ANR fordert, sowie gemeinsam mit rechten, bürgerlichen Gruppen die Maoisten verurteilt? Es kann sich doch nur um einen Irrtum handeln. Trotzdem fordern wir die GRM auf, in der nächsten Ausgabe der 'rotfront zu diesen Meldungen Stellung zu nehmen!

Stalinismus und Arbeiterdemokratie

Der Charakter der Beziehungen einiger linker Organisationen zueinander hat sich in den letzten Monaten erheblich verändert. Statt politischer Diskussion - bürokratische Manöver. Statt solidarischer Auseinandersetzung - zunehmende Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staatsapparat.

Die Iran-Demonstration im Dezember '78, in der KPÖ/KSV erstmals gemeinsam mit der Polizei gegen GRM, SOAK und gegen uns vorgegangen sind (siehe 'PR' 23), war der Anfang dieser unerfreulichen Entwicklung. Seitdem haben sich die Fronten verschoben. Die Schützengräben verlaufen mittlerweile zwischen dem maoistischen Kommunistischen Bund (KB) und der KPÖ. Arbeiterdemokratie ist für diese beiden Strömungen schon seit jeher ein "trotzkistisches" Fremdwort gewesen. Deswegen sehen sie auch keinen Grund, Differenzen solidarisch untereinander auszutragen. Sie ziehen es vielmehr vor, sich gegenseitig auszuschalten, d.h. dem anderen gar nicht erst die Möglichkeit zu geben, seine Argumente öffentlich zu vertreten.

Hintergrund dieser verschärften Gangart ist der Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha. Während die KPÖ das seinerzeitige Pol Pot-Regime als "steinzeitlich" denunziert, sehen die Maoisten in der vietnamesischen Intervention eine "nackte brutale Aggression der Neuen Zaren und ihrer vietnamesischen Kumpane gegen das Demokratische Kampuchea".

In diesem Zusammenhang haben nun die Maoisten ihren Kampf gegen die angeblich "sozialimperialistische" Sowjetunion verstärkt, der sich auf 'praktischer' Ebene vor allem gegen KPÖ/KSV wendet. Wir wollen hier die KPÖ nicht weiß waschen. Sie hat auf der Iran-Demo gezeigt, daß sie dieselben Methoden wie die Maoisten benützt. Wir wissen, daß sie es sehr gut versteht, die hirnrissigen maoistischen Provokationen dahingehend auszunützen, den KB von vornherein als Bündnispartner von allen gemeinsamen Aktionen, Veranstaltungen etc. auszuschließen (wie auch umgekehrt die Maoisten die KP) und ihn als faschistische Organisation zu denunzieren. Gen. Baier - Bundesvorsitzender des KSV - hat dies in seinem Volksstimme- Artikel "Kurzer Marsch ins rechte Eck" unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Die Maoisten haben aber erwiesen, daß sie der KPÖ ebenbürtige Gegner sind. Am 8. Jänner '79 wurde das Aeroflot--Büro in Wien beschädigt. "Von empörten Antiimperialisten", weiß der KB verschämt zu berichten.
KSV-Gen. Baier ergreift die Chance, die Maoisten noch mehr ins "Eck" zu treiben und setzt den uninformierten Volksstimme-Lesern gleich ein "zerstörtes" Aeroflot-Büro vor.

Einen Tag später, am 9.1.'79, führte die KP-"Gesellschaft Österreich-Vietnam" eine Veranstaltung im 3. Bezirk durch, an der auch ein Vertreter der VR Vietnam teilnahm. Auch in diesem Fall zeigte sich der KB gewappnet. Er organisierte eine Protestkundgebung vor dem Veranstaltungsort, ganz offensichtlich nicht mit dem Ziel eine demokratische Diskussion über die Ereignisse in Kambodscha zu führen, sondern die Veranstaltung zu verhindern. Dabei war den Maoisten jedes Mittel recht, auch die Zusammenarbeit mit den Behörden!!

Der KB versucht dies gar nicht zu verheimlichen, sondern schreit diese beschämende Tatsache (ganz im Gegensatz zum KSV-Vorsitzenden Baier) sogar lauthals in die Öffentlichkeit hinaus: "Die Ortsgruppe (KB-Wien-Anm.d. 'PR') hatte vorher schon die Behörden (!) aufgefordert, die Veranstaltung der heimischen Agenten des SU-Imperialismus zu verbieten. Aber weit gefehlt! Bis zum späten Nachmittag schienen die Herren in der Staatspolizei und im Innenministerium - wohl aus Angst vor der sowjetischen Botschaft - nicht ungeneigt, unsere Protestkundgebung zu verbieten." (Klassenkampf 3/79)

Wir müssen das Wesentliche festhalten! Es ist das erste Mal, daß die Maoisten des KB zusammen mit dem bürgerlichen Staatsapparat gegen eine Organisation der Linken,

Aeroflotbüro angegriffen



Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres fanden die Sozialimperialisten die Auslagenscheiben einer ihrer Niederlassungen in Wien, des Aeroflot-Büros, eingeschlagen. Das erste Mal protestierten auf diese Art demokratisch gesinnte Menschen gegen die von russischen Generälen befehligte und mit russischen Waffen vorgetragene Offensive gegen die Befreiungsbewegung Eritreas. Das zweite Mal nach Beginn der Invasion Kampucheas.
„UdSSR und Vietnam - Raus aus Kampuchea!" stand auf der Wandzeitung, die die „Täter" anbrachten.

der Arbeiterbewegung vorgehen wollten. Nur die leicht durchschaubare Taktik der Behörden, die Linke gegeneinander auszuspielen, hat eine solche Zusammenarbeit verhindert. Damit hat nach dem KSV (Iran-Demo) auch der maoistische KB dem Staat faktisch die Schiedsrichterrolle zuerkannt!

Am 22.Jänner '79 erreichte die Auseinandersetzung zwischen KPÖ und Maoisten einen weiteren und neuen Höhepunkt. Der KSV hatte an diesem Tag eine Veranstaltung auf der Uni Wien zu Vietnam angesetzt. Die Maoisten hatten schon Tage zuvor durch mehrere Flugblätter aufgerufen, "diese Veranstaltung zu nutzen, um dort den Vertreter der Aggressoren direkt zu stellen, ihn anzuklagen und seine Propaganda zu verhinderm (!)".

Ungefähr 6o-7o Maoisten - in einer Kette formiert - kamen dann auch zu dieser Veranstaltung und sperrten den Saal ab. Der KSV, der den Saal nicht rechtzeitig gesichert hatte, hatte das Nachsehen. Unter Rufen wie "Raus mit den Sozialimperialisten", "Kampuchea wird nie - russische Kolonie" wurden die KSV-Genoss(inn)en aus dem Vorraum rausgedrängt. Die Schlägerei (!), die dabei entstand, sah die Maoisten in der Übermacht. Die Veranstaltung war gesprengt! Die anwesenden (ca. 2o) Staatspolizisten beobachteten sorgfältig die Szene. Wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte! Demgemäß wußten sie auch nichts anderes, als die Auflösung der Veranstaltung per Funkgerät an die Einsatzzentrale zu übermitteln. Sie wissen, was sie tun!

Es ist üble, perfide stalinistische Heuchelei, wenn die Maoisten einen Tag nach dem vorläufig letzten Vorfall vom 22.1. dem KSV generell vorwerfen: "JEDE DISKUSSION IST VERBOTEN!". So sehr und so oft dies auf KPÖ/KSV - wir verweisen nur auf deren unzählige Versuche, die Propaganda und Agitation auf Demos, Kundgebungen etc. für jede linke Organisation zu unterbinden - zutrifft, so wenig ist es den Maoisten tatsächlich um eine demokratisch geführte Diskussion gegangen!
Die Weichen für eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen KPÖ/KSV und dem KB sind schon gestellt. Der KSV versichert: "Sie (die Maoisten-Anm.d. 'PR') sind inzwischen zu einer Prügelgarde der Reaktion geworden.", während der KB keinen Zweifel läßt: "Es wird auch in Zukunft Pflicht jedes demokratischen Menschen sein, dafür zu sorgen, daß die Revisionisten nicht ungestört ihre Kriegspropaganda treiben können." (Klassenkampf 5/79) Ob diese Drohungen nun tatsächlich weiter in die Tat umgesetzt werden, bleibt freilich dahingestellt. Denn die Maoisten haben sich in einer totalen Kehrtwende dem 'Fairneß -und Wahlabkommen' von u.a. der rechtsradikalen JES (!), der ÖSU und dem KSV zu den kommenden Hochschulwahlen angeschlossen. Durch ihre Vorgangsweise noch mehr isoliert, fordern die Maoisten kleinlaut nur mehr eine Erweiterung dieses Abkommens. "Nach dem Passus, der das Sprengen von Veranstaltungen untersagt, muß eine gegenseitige Garantie für den freien Zutritt zu diesen Veranstaltungen gegeben werden, um die Meinungsbildung der Studenten zu ermöglichen." Wahrlich eine Zick-Zack-Politik, die die rechtsradikale JES freuen wird.

Neutralität, berechnendes 'Abseitsstehen' sind unangebracht! Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung betreffen die gesamte Linke. Gemeinsame Aktionen werden immer illusorischer. Die Polizei wird von den stalinistischen Kräften unverblümt aufgefordert, gegen andere linke Organisationen einzuschreiten. DIESE Spaltung der Linken trägt wesentlich zur Schwächung der gesamten Linken bei.

Die Iran-Demo, die Schlägerei auf der gesprengten KSV-Veranstaltung, deuten diese Gefahr mehr als nur an. Das Prinzip der Arbeiterdemokratie, das Prinzip der Solidarität erfordert von allen Organisationen, die sich darauf berufen, eindeutig Stellung zu den Auseinandersetzungen zwischen den Stalinisten zu beziehen. Es verlangt u.a. von uns, konkret sowohl für das Recht von KPÖ/KSV aktiv einzutreten, ihre Veranstaltungen ungehindert durchführen zu können, als auch für volle Diskussionsfreiheit auch für die maoistischen Genoss(inn)en auf diesen Veranstaltungen aufzutreten. Es wird unser aller Aufgabe sein, dieser stalinistischen Spalter -und Zersetzungspolitik Einhalt zu gebieten.

AUSWIRKUNG DES HUA-BESUCHES IM IRAN

Diskussion im ‚Klassenkampf'

Der Besuch Huas im Iran war ein derart 'starkes Stück', dass sich die Auseinandersetzungen darüber sogar in den Diskussions- und Leserspalten des 'Klassenkampf' niederschlugen. Die 'Zelle Post Salzburg' fragte in der Redaktion an, ob es nicht so sei, "dass nur der Kampf des Volkes wirklich zu Unabhängigkeit und Demokratie führen kann?" Verwirrt sind die Genoss(inn)en, wen denn nun die Volksrepublik China unterstütze: "...das Schah-Regime oder das Volk?" ('Klassenkampf' Nr. 30/78)
Einem anderen Genossen wiederum genügten die krampfhaften Behauptungen der 'Klassenkampf'-Redaktion keinesfalls, dass "der Besuch...eine Hilfe für das Volk des Iran" war. Er antwortete in der Nr. 32 von 1978: "Ihr behauptet:" Dass der Besuch...eine symbolische Geste zur Unterstützung des Schah-Regimes gegen das Volk gewesen sei, ist völlig aus der Luft gegriffen', doch gerade zu diesem Punkt habt ihr praktisch nichts gesagt.", womit er Recht hat. Wir können überhaupt mit einigen der von diesen kritischen KBÖ-Genossinnen und Genossen vorgebrachten Punkte übereinstimmen. O. Z. aus Salzburg spitzt die Problematik der chinesischen Aussenpolitik korrekt zu (abgesehen selbstverständlich davon, dass wir die 'Sozialimperialismus'-These nicht teilen):" Fortschrittlich ist alles, was gegen die Sozialimperialisten geht, seien es Faschisten, Rassisten, Imperialisten und ihre Knechte usw." Beispiele davon gibt es ja wahrlich genug: in der chinesischen Aussenpolitik selber und in der Politik maoistischer Gruppierungen. Die unselige Kette reicht von der ungeheuerlichen Unterstützung der chilenischen Mordjunta (so sperrte z.B. die chinesische Botschaft in Santiago de Chile zur Zeit des Militärputsches vor den Flüchtenden ihre Tore), über die Hochjubelung von Franz Josef Strauss durch die Pekinger Führung, bis zur Weigerung von 'K-Gruppen' in der BRD, revolutionäre Arbeit in der Bundeswehr zu leisten.
Die 'Lissaboner Konferenz' im Mai 1977 war da einer der markantesten Meilensteine dieses politischen Kurses. "Gegen die Bedrohung durch den russischen Imperialismus" tat sich die maoistische KPD mit rechtsbürgerlichen Politikern, z.B. von der CDU, zusammen. Man sieht, Huas Tischreden in Teheran sind kein Einzelfall!

Zorn erfüllt einen, wenn Hua Kuo Feng dem Mörder-Schah alles Gute zum Geburtstag wünscht und hofft, "dass ihre kaiserliche Hoheit sich guter Gesundheit erfreut.", und wenn derselbe in einer Zeit, in der Tausende, von den Schah-Truppen Erschossene, auf den Strassen zurückbleiben, in Persiens Hauptstadt den "König der Könige" lobpreist. Die Genoss(inn)en haben dabei wohl ähnlich empfunden wie wir. Ihr Verdienst ist es, dabei nicht stehengeblieben zu sein und in Frage gestellt zu haben, "dass der Iran unter dem faschistischen Schah-Regime wirkliche 'Schritte... in Richtung Unabhängigkeit unternehmen' kann", wie es die Führungskader des KBÖ weismachen wollen.

Deren wichtigste Antworten auf die vorgebrachte Kritik verlief entlang der maoistischen 'Dreiweltentheorie', von der auch ganz offensichtlich die kritischen Leserbriefschreiber noch nicht abgerückt sind. Mit dieser 'Lehre' wird jedoch nicht bloss die berechtigte Empörung über Huas Verhalten nieder'theoretisiert', sondern viel tiefgreifender jedwede Bündnispolitik der chinesischen Führungsspitze abgedeckt und gutgeheissen - ganz unabhängig davon, was dies für das internationale Proletariat bedeuten mag.

Wir gehen hingegen davon aus, dass in China eine Staats- und Parteibürokratie an den Machthebeln des Arbeiterstaates sitzt. Die Innen- und Aussenpolitik ordnet sie letztlich immer ihren Macht- und Privilegienbedürfnissen unter; sie sind der 'Motor', der sie mit den reaktionärsten Regimes dieser Welt koalieren lässt.

Die chinesische Bürokratie verteidigt auf ihre Art den 'Sozialismus' in ihrem Lande. Dem internationalen Kapital beweist sie nun schon seit Jahren ihre Zuverlässigkeit, indem sie sich offen auf die Seite blutiger Diktaturen stellt, die Aufrüstung und weitere atomare Bewaffnung der NATO fordert und gegen die Sowjetunion hetzt. Sie will Ruhe und Ordnung an ihren Grenzen, will keine amerikanischen Truppen im Persischen Golf, und nichts wäre ihr unangenehmer als eine siegreiche proletarische Revolution im Iran. Welch ein leuchtendes Vorbild wären revolutionäre Räteorgane der iranischen Massen für das chinesische Proletariat und die Bauernschaft! Alles das würde unmittelbar die vorherrschende Stellung der chinesischen Bürokratie gefährden bzw. in 'Unordnung' bringen. Gerade heute, wo sie im besonderen Masse an 'friedlichen' Verhandlungen mit dem amerikanischen Kapital interessiert ist... Theoretisiert' wird das Ganze dann eben mit der 'Dreiweltentheorie'.

Hier liegt die eklatanteste Schwäche der KBÖ-Kritiker in der Diskussion: nicht den Zusammenhang zwischen der 'Dreiweltentheorie', den Interessen der chinesischen Bürokratie und deren Auswüchsen zu akzeptieren, die jedem revolutionären Verstand ins Gesicht schlagen müssen. All die unlösbaren Widersprüche sind ihnen aufgestossen, wie die Wirklichkeitsferne, den Schah als 'Kämpfer' für die Unabhängigkeit des Iran hochzustilisieren. Indem sie aber das 'theoretische' Gerüst unkritisiert lassen, das zu solchem politischen Widersinn führt, wird ihre Kritik stumpf bleiben müssen. Kritik am Hua-Besuch heisst eben letztlich, Kritik an der maoistischen Bürokratie und ihrer 'Dreiweltentheorie' zu üben!

Denn auf dieser Ebene hat die KBÖ-Redaktion völlig recht: Als Hauptfeinde wurden die beiden 'Hegemonialmächte' gesehen: der russische 'Sozialimperialismus' und die USA. Deren Verhältnis hat sich mit der Annäherung Chinas an die Vereinigten Staaten einigermassen relativiert; der sowjetische 'Imperialismus' wird sich aus maoistischer Sicht noch mehr zur 'agressivsten Supermacht' und Amerika zum Bündnispartner 'entwikkeln'. 'Zweite' Welt (Westeuropa und Japan) und 'Dritte' Welt sind von den 'Neuen Zaren' bedroht und müssten sich gegen sie zusammenschliessen. Schon hier sind die nächsten Konsequenzen angelegt, die von den verschiedenen maoistischen Gruppierungen verschieden stark gezogen werden. Die 'Zweite' Welt gegen die 'Supermächte', bzw. "vor allem" gegen den 'Sozialimperialismus' zu gewinnen und deren Bündnis mit der 'Dritten' Welt anzustreben, beinhaltet jedenfalls die Logik, die westeuropäischen und japanischen Kapitalisten zu stärken und die Kämpfe der Massen in den halbkolonialen und kolonialen Ländern zu bremsen. Diesen Kelch zu Ende zu trinken, ist der KBÖ noch nicht bereit - andere maoistische Gruppen haben dies allerdings bereits getan!

Jetzt wird auch das Verhalten Huas in Teheran 'verständlich' - und das der chinesischen Nachrichtenagentur 'Neues China', die im September 1978 die Kämpfe der iranischen Massen durch den Dreck gezogen hat (siehe 'permanente' Nr. 21). Im Nachhinein zimmerte sich der KBÖ seine 'Theorie' darüber zusammen, die unserer Meinung nach zum einen kaum den Intentionen der Huas und Tengs entspricht und zum anderen einfach die 'Dreiweltentheorie' nicht ernst nimmt: Inkonsequent wie die Beschlüsse der '1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz' des KBÖ, auf der die 'Theorie' von der Eindämmung der Kämpfe in der '3. Welt' noch einmal explizit abgelehnt worden war. Bekanntlich hatten ja vor rund 2Jahren ehemalige Mitglieder des KBÖ dies verlangt.

Dementsprechend ist auch die Stellungnahme des KBÖ zum Hua-Besuch widersprüchlich. Meint er zuerst, dass das Schah-Regime eine "positive Rolle" im Kampf gegen den Imperialismus spielt, entschuldigt er etwas später Huas Ausfälle mit dem Anstand, den ein Staatsbesuch verlange. So recht dürften selbst die KBÖ-Kader vom'revolutionären' Charak-

ter der Hua-Reise in den Iran nicht überzeugt sein. Denn wenn der Schah schon als 'Kämpfer' für die Unabhängigkeit einzuschätzen ist, so ist es nur logisch, ihn zu unterstützen und jene zu verdammen, die ihn dabei stören: die Massen.

Gemäss seines derzeitigen politischen Ausgangspunktes, der bloss einer unter mehreren Positionen im gesamten maoistischen Lager ist, entwickelt nun der 'Kommunistische Bund Österreichs' eine ganz eigenartige 'Dialektik' zwischen dem Regime, den kämpfenden Massen und dem Imperialismus. Beide, Schah und die ausgebeutenden Massen zu unterstützen, krampft dem erfahrenen KBÖ-Kader keineswegs den Magen zusammen, sondern führt ihn zu folgender 'Weisheit': Zweifellos sei dies ein Widerspruch. Doch dürfe man ihn nicht leugnen, ihn nicht 'aus der Welt schaffen', "indem man sich in der sattsam bekannten 'prinzipienfesten' und 'konsequenten' Art und Weise die Revolution so vorstellt, dass sich auf der einen Seite das Weltproletariat (oder noch besser die 'wahren Marxisten-Leninisten') und auf der anderen Seite die ganze übrige Welt aufstellt." Das sei "primitiv". Die Welt sei viel, viel komplizierter. Der nun belehrte 'Klassenkampf'-Leser steht eingeschüchtert da (oder auch nicht, wäre zumindest zu wünschen): wer will denn schon "primitiv" sein? Vergessen habe er die "Widersprüche zwischen dem Schah-Regime und den beiden Supermächten", die man ausnützen müsse... so wie es eben Hua getan hatte.

Nur: der 'Klassenkampf' beweist nirgends, auch nur mit einer Zeile, worin denn die "Widersprüche" bestünden. Zur gegenwärtigen Rolle der sowjetischen Bürokratie wollen wir weiter unten noch etwas anmerken. Und gegen die Tatsache, dass das Schah-Regime vom Scheitel bis zur Sohle ein Büttel, vorwiegend des amerikanischen Imperialismus ist, führt die Redaktion einzig die Behauptung ins Treffen, die iranische Diktatur äussere "gewisse (?) Unabhängigkeitsbestrebungen".

Der KBÖ hebt ab, fliegt los - ins Reich der 'Drei-Welten'. Die Realität ist anders: Die Schah-Diktatur lebt vom Imperialismus, ihre Existenz hängt von ihm ab, sie ist ihm mit Haut und Haar ausgeliefert. Von einem nationalen Befreiungskampf unter Führung der vom Imperialismus abhängigen iranischen Statthalter ist heute weit und breit nichts zu sehen.

Entsprechend ihrer 'Theorie', Regime und kämpfendes Volk unterstützen zu müssen, schreibt die 'Klassenkampf'-Redaktion: "Die Völker der ganzen Welt und alle Marxisten-Leninisten unterstützen den Kampf des iranischen Volkes..." Es ändere sich nichts daran, dass das Schah-Regime "ein faschistisches Unterdrücker- und Ausbeutersystem ist und gestürzt werden muss." ('Klassenkampf' Nr. 30/1978) Aber dennoch spiele es gegen den 'Sowjetimperialismus' eine progressive Rolle, indem es sich für die "Unabhängigkeit des Landes einsetzt" (ebenda). Es entwickle "gewisse Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber den beiden (!!!) Supermächten ... und vor allem (!) ist es ein Hindernis gegen den sowjetischen Expansionismus". Lustig ist es, wenn im gleichen Artikel, nur einige Absätze entfernt, das gerade Gegenteil behauptet wird, wonach der Iran doch der Knecht der USA sei und sich zugleich etwas dem 'Sowjetimperialismus' öffne. Nun gut, eines steht jedenfalls für den KBÖ fest: Schah Reza Pahlewi verkörperte diesen 'Unabhängigkeitskampf' gegen die 'Hegemonialmächte'.

Hier steht alles kopf. Die 'Klassenkampf'-Redaktion versucht, die kritischen Leser zum einen mit der "Unterschätzung der sowjetischen Gefahr" zu schrecken. Das hätten sie nicht verstanden. Wir auch nicht! Und hoffentlich sind O. Z. und die anderen davon ebensowenig erschrocken wie wir. Der sowjetischen Bürokratie heute eine Hauptrolle im iranischen Konflikt zuzuschreiben, geht schlicht und einfach an der Realität vorbei. Der 'Klassenkampf' führt neben nebulosen Einschätzungen des "Niedergangs" des US-Imperialismus, lediglich "starke (?) ökonomische und politische Positionen" an, die die Sowjetunion im Iran angeblich besitzt. Sicherlich gibt es wirtschaftliche Abkommen mit dem Comecon. Sie versetzen die sowjetische Bürokratie jedoch keinesfalls in die Lage, massiven Einfluss auf den Iran auszuüben. Die Tudeh-Partei, das ist die sowjetisch orientierte stalinistische Partei in Persien, verfügt nur über eine verschwindend kleine Basis in den Massen. Die grossen religiösen und bürgerlichen Oppositionsbewegungen haben bislang keinerlei Anstalten gezeigt, sich der sowjetischen Hegemonie zu unterwerfen.

Im Gegenteil! Das ist auch der erste wesentliche Unterschied zu jenen Ländern der '3. Welt', in denen es der Sowjetunion in den letzten Jahren gelungen ist, Fuss zu fassen (Angola, Äthiopien, Afghanistan u.a.).

Es ist der Imperialismus, der im Iran intensive wirtschaftliche, politische und militärische Interessen verfolgt - und die dementsprechenden Positionen noch immer im wesentlichen besitzt! Das Land wurde und wird von ihm systematisch ausgesaugt. Der Grossteil der in Persien produzierten Werte geht in die Industrienationen zurück und die nationale Bourgeoisie ist voll in das imperialistische Ausbeutungssystem integriert. Sie investiert vorwiegend im kapitalistischen Ausland. Der andere grosse Teil des nationalen Mehrwerts wird zur Aufrüstung des Militärs verwendet. Das iranische Regime ist durch und durch von westlichen Waffenlieferungen abhängig. Gerade die strategische Lage im Nahen Osten, die wirtschaftliche und politische Rolle macht den Iran für das internationale Kapital dermassen bedeutend. Eine sowjetische Intervention würde unzweifelhaft unmittelbar die USA auf den Plan rufen, von deren Militärpotential Breschnew und Bürokraten genau wissen, dass es kein 'Papiertiger' ist. Das ist der zweite Differenzpunkt dazu, wenn der KBÖ-Schreiber die immense Gefahr für den Iran konstruiert, die von der Sowjetunion drohe und dies mit den Aktivitäten der 'Kreml-Bourgeoisie' in Angola, Äthiopien oder Afghanistan beweisen will. Wir bitten da schon um mehr Ernsthaftigkeit, wenn es wieder einmal darum geht, davor zu warnen, dass der Iran zur "russischen Neokolonie" werden könnte.

Richtig vermutet die KBÖ-Zelle 'Post-Salzburg', dass es mit dem Unabhängigkeitskampf des Schah-Regimes nicht so weit her sein kann. Die 'Kaderkommunisten' in der Redaktion sehen das anders: "Das Regime müsse sich für die Unabhängigkeit einsetzen, um nicht in der '3. Welt' isoliert zu werden, in noch grösseren Widerspruch zum Volk zu kommen, seinen Sturz zu beschleunigen". ('Klassenkampf', Nr. 30/78) Deswegen hätten Huas Besuch und Tischreden in Teheran eine "positive Bedeutung gehabt".

Man kommt nicht mehr aus dem Staunen - und aus der Wut - heraus. Die Erinnerungen an die Zeit des Hua-Skandals in der Hauptstadt des Iran sind ja noch frisch genug. Die iranischen Massen stürmen gegen die Schah-Diktatur, die ohne Unterlass in die Demonstrationen hineinfeuern lässt. Das Regime droht, gebärdet und windet sich. Es setzt eine Militärregierung ein, die vom Volk hinweggefegt wird. Nichts fürchten sie so sehr, wie die revoltierenden Massen, die der einzige Garant für einen wirklich unabhängigen Iran sind. Die Diktatur macht Zugeständnisse, um der Bewegung die Spitze zu nehmen, um sich zu retten. Sie wird sogar unter dem 'Sozialdemokraten' Bakhtiar so weit gehen, zu versprechen, die SAVAK aufzulösen, der Korruption ein Ende zu bereiten und den Iran 'unabhängiger' zu machen. Ja richtig! Das Regime macht das alles, "um nicht in der 'Dritten Welt isoliert zu werden...", wie sich die Maoisten verwischt auszudrücken pflegen, um nicht in noch "grösseren Widerspruch zum Volk zu kommen..." - um, so müssen wir anfügen, morgen auf den Gebeinen der Ermordeten wieder seine unumschränkte Blutherrschaft aufzurichten und um dem Imperialismus den Einfluss zu erhalten!

Aber, als gäbe es das alles nicht, schreibt der KBÖ, dass das Schah-Regime (!) "den Imperialismus schwächt ... die Basis der Herrschaft der Reaktionäre auf der Welt untergräbt ... die Revolution ... begünstigt." ('Klassenkampf', Nr. 30/78) Jetzt kramen die KBÖ-'Ideologen' ihr letztes 'Argument' aus: man müsse zwischen Staaten- und Parteibeziehungen unterscheiden. Das vermöge O. Z. aus Salzburg nicht. Das sei sein zweiter Fehler. Wenn die schon von Fehlern reden....

Auch wir machen einen Unterschied. Die Versuche der Bolschewiki nach 1917, diplomatische Beziehungen zu den imperialistischen Mächten aufzunehmen, Wirt-

schaftsabkommen zu schliessen oder, wie im Rapollo-Vertrag, ein Tauschgeschäft mit der deutschen Waffenindustrie durchzuführen, sind vollkommen richtig gewesen. Der Arbeiterstaat, als eine wichtige Bastion der Weltrevolution, muss das Recht haben, durch Bündnisse und Verträge politisch, wirtschaftlich und militärisch seine Existenz zu sichern. Vor dem internationalen Proletariat muss das aber klar als solches bezeichnet werden. Unter Lenin und Trotzki wurden die deutschen oder französischen Imperialisten nicht weniger imperialistisch, weil diplomatische Beziehungen zu ihnen aufgenommen worden waren. Der Kampf der dortigen Kommunistischen Parteien erhielt weiter die bestmögliche Unterstützung aus der Sowjetunion. Das oberste Organ für die KPdSU waren die Weltkongresse der Kommunistischen Internationale! Erst unter Stalin bedeutete etwa der deutsch-sowjetische Pakt von 1939 deutsch, d.h. nationalsozialistisch, -sowjetische Freundschaft, die "mit Blut zementiert" ist. Der griechische Befreiungskampf nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zugunsten der Abmachungen mit dem englischen Imperialismus bewusst im Stich gelassen, und die chinesische Bürokratie erklärt ihre politische Übereinstimmung mit dem Schah-Regime, während vor Chinas Grenzen, im Persischen Golf, die Befreiungsbewegungen in Dhofar und Oman von der iranischen Militärmaschinerie niedergewalzt worden.

O. Z. "verwechselt Beziehungen zwischen Staaten und Parteibeziehungen...", schreibt der 'Klassenkampf'. Der Irrtum scheint uns im Gegenteil beim KBÖ zu liegen, der konterrevolutionäre Politik mit revolutionärer 'verwechselt'!

****

Arnost Kolman gestorben

Vor wenigen Tagen starb in Schweden Arnost Kolman, als wahrscheinlich einer der letzten Menschen, die aktiv an der Oktoberrevolution teilnahmen. Die sogenannte 'Öffentlichkeit' nahm diesen Tod nicht zur Kenntnis. Ihre bürgerliche Seite ist zu sehr damit beschäftigt, darüber zu berichten, welches Unglück dem Schah soeben zugestoßen ist und ihr reformistisches Gegenstück kann mit Kolman auch nicht allzuviel anfangen.

*1976 schrieb der damals 84 Jahre alte Kolman einen Offenen Brief an Breshnew ("Warum ich in der Sowjetunion nicht mehr leben kann"), in dem er eine politische Begründung seines Austrittes aus der KPdSU abgibt. Neben **diesem** haben wir noch ein Interview mit ihm zur Verfügung, um seinen politischen Standort einschätzen zu können (die beiden Dokumente sind vor einiger Zeit bei Rowohlt erschienen - "Menschenrechte - ein Jahrbuch zu Osteuropa").*

Die beiden Dokumente liefern trotz ihrer Kürze ein relativ umfassendes Bild der politischen Persönlichkeit Kolmans. Am Beginn seines Offenen Briefes gibt er selbst einen kurzen Überblick über sein Leben.

*"Ich wurde in Prag geboren, nach Rußland geriet ich im Ersten Weltkrieg als Kriegsgefangener. Unter Kerenski verbrachte ich ein halbes Jahr wegen Antikriegspropaganda in Einzelhaft und wurde durch die Oktoberrevolution befreit. In der Roten Armee kämpfte ich an vier Fronten für die Sowjetmacht. In den zwanziger Jahren arbeitete ich illegal in Deutschland, war Mitglied des Zentralkomitees der KPD, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, aber nach einem halben Jahr Einzelhaft ausgetauscht. Ich bekleidete verantwortliche ideologische Stellungen in der **Komintern,** im Zentralkomitee der KPdSU, im Moskauer Parteikomitee, in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, wurde zum Mitglied des Moskauer Parteikomitees, der Moskauer Kontrollkommission und des Moskauer Parteigebietskomitees gewählt. Ich kannte W.I. Lenin persönlich, arbeitete mit N.K. Krupskaja und mit N.S. Chrustschow und anderen. Während des letzten Krieges arbeitete ich in der politischen Armeeführung, die sich mit der Zersetzung der gegnerischen Streitkräfte befaßte. Gerade in dieser Zeit wurde **in Hitlers** Konzentrationslager meine Schwester verbrannt, und von Stalin wurde mein Bruder ermordet - einer der Gründer des Tschechoslowakischen Kommunistischen Jugendverbandes. Von 1945 an leitete ich drei Jahre lang die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Prag. Im Jahre 1948 wurde ich in Prag verhaftet, nach Moskau überstellt, wo ich ohne Gerichtsurteil dreieinhalb Jahre in der Ljubljanka saß, die ersten drei Jahre davon in Einzelhaft. In dieser Zeit wurden meine Frau und meine minderjährige **Tochter** nach Uljanowsk verschickt, wo sie unter schrecklichen Bedingungen lebten. Nach der Rehabilitierung begann ich von neuem in der Tschechoslowakei als Direktor des Philosophie-Instituts der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zu arbeiten. **Seit 1963** lebe ich als Pensionär in Moskau."*

Wie Kolman selbst schreibt, war der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR jener Punkt, wo er "endgültig jegliche Illusion" über den Charakter des Regimes in der UdSSR verlor. Kolman ist damit einer jener Oppositionellen gewesen, die unter dem Eindruck des 'Prager Frühlings' (den er ja aus nächster Nähe erlebte), genauer gesagt, dessen Ende, zur offenen Formulierung ihrer Kritik an den Bürokratien schritten. Und wie bei vielen Vertretern dieser - wenn man so will - politischen Richtung, finden wir auch bei seinen politischen Aussagen eine weitgehend richtige Darstellung (und Ablehnung) der politischen und sozialen Realität des sogenannten 'realen Sozialismus', die allerdings auch bei ihm bezüglich der Alternative, der politischen Perspektive, in die Richtung eines 'sanften Reformismus' (eben des 'Euro-Kommunismus', der allerdings so sanft nicht ist) geht.

"Und von was für einem Sozialismus kann in der Sowjetunion überhaupt die Rede sein, wenn an Stelle der früheren Ausbeuterklassen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer privilegierte Kasten der Partei- und Sowjetbürokratie entstanden sind, die in Wohlstand schwelgen, vom Volk isoliert sind, über dem Volk stehen..."

Kolman lehnte es ab, die Sowjetunion als 'kapitalistisch', bzw. 'imperialistisch' zu bezeichnen, er berücksichtigt sowohl in seinem Offenen Brief, als auch in dem Interview alle Aspekte der politischen und sozialen Unterdrückung in der UdSSR. Er benannte die Unterdrückung der Nationalitäten ebenso, wie das Fehlen und die Unterdrückung jeglicher freien politischen Diskussion.

"...die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Interessen des Staates", das Fehlen des Streikrechtes usw., all diese Faktoren, die die tägliche Realität des 'realen Sozialismus' kennzeichnen, prangert Kolman an und er verdient spätestens nun, wenn wir von ihm in der Vergangenheitsform sprechen müssen, unsere Achtung.

*Aber wenn wir über Kolman sprechen, sprechen wir gleichzeitig über eine politische Richtung, die nicht in der Tradition des Trotzkismus steht, dessen Spuren und Zeugnisse in der Sowjetunion und all den anderen 'sozialistischen Staaten' so 'erfolgreich' ausgelöscht wurden. Dieser Bruch in der revolutionären Kontinuität - die Geschichte der Menschheit kennt keine andere politische Richtung, deren Vertreter und Inhalte dermaßen brutal und rücksichtslos verfolgt, getötet, verzerrt und ausgelöscht wurden, wie den Bolschewismus, der in Trotzki seinen legitimen Erben **hatte** -, der nicht nur in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten fürchterliche Auswirkungen auf alle jene, die nach einer neuen Ordnung, einem neuen Menschsein drängen. Dies schlägt sich in den Aussagen und Dokumenten jener Opposition nieder, die vor allem durch den 'Prager Frühling' geformt wurde. Kolman blieb sein ganzes Leben den "Idealen des Sozialismus" treu, aber dennoch war der 'Euro-Kommunismus' für ihn die große Hoffnung und dennoch plädierte er für eine Vereinigung von Sozialdemokraten und 'Euro-Kommunisten', in der für ihn die Hoffnung der Menschheit auf eine neue Zukunft, eine reale Chance erblicken durfte.*

Neben all den offensichtlichen Ungereimtheiten in den Aussagen Kolmans (so beschuldigt er die Sowjetbürokratie der Zusammenarbeit mit dem "internationalen Terrorismus", wo doch die Wahrheit genau das Gegenteil ist), ist genau dies der Kernpunkt der Illusionen und Irrtümer Kolmans. Der 'Euro-Kommunismus' wird allein unter dem Blickwinkel der 'Demokratie' und der - ohnehin vagen und oberflächlichen - Kritik am Stalinismus gesehen. Nicht die Bindung der Arbeiterklasse an den bourgeoisen Staat, nicht die 'Ruhe und Ordnung'-Funktion der 'Euro-Kommunisten', kurz - nicht die konterrevolutionäre Politik dieser Parteien ist der Maßstab für Kolman gewesen.

*Es geht nicht darum, Kolman die ehrliche Überzeugung und den Willen, einen Ausweg aus dem Irrsinn des 'realen Sozialismus' zu finden, abzusprechen. Es **geht einfach nur darum aufzuzeigen,** wie durch die Schwäche, mehr noch, durch das Fehlen des bolschewistischen Faktors, durch die furchtbaren Wunden, die Stalinismus, Sozialdemokratie und Faschismus der Menschheit geschlagen haben, der Wille zur gesellschaftlichen Veränderung in die Geleise der ... Sozialdemokratie führen kann.*

„Die ganze Broschüre hätte unter Anklage gestellt gehört"

Besondere Mühe haben sich Gericht und Staatsanwaltschaft nicht gegeben, den vom Staatsanwalt angestrengten Berufungsprozess gegen uns nicht als abgekartetes Spiel erscheinen zu lassen. Nachdem wir am 22. 5. 1978 in erster Instanz vom Vorwurf, durch Veröffentlichung zweier Artikel in der Sondernummer 2 der "permanente revolution" die Erschiessung Bubacks gutgeheissen und damit gegen den Maulkorbparagraphen 282 verstossen zu haben, freigesprochen wurden, wurde - in wahrhaftem Eilzugstempo - die Berufungsverhandlung auf den 31. August 1978, gerade noch in den Sommerferien, festgesetzt. Dafür hat es fast drei Monate gedauert, bis das Urteil, das uns nun endlich auch schriftlich vorliegt, unserem Rechtsanwalt zugestellt wurde.

Wie sich schon bei der mündlichen Verhandlung und Urteilsverkündung gezeigt hatte, war das Gericht unter Vorsitz von Dr. Csokay bereit, uns unter allen Umständen und entgegen jeder Logik und bürgerlichen Rechtsauffassung zu verurteilen. Um klarzumachen worum es geht, ist es notwendig, einige Monate zurückzublenden. Die Wurzel für den Prozess gegen uns liegt in unserem politischen Auftreten im Herbst des Jahres 1977. Die Terrorhysterie, angestachelt durch die Schleyer-Entführung und die Ereignisse in Mogadischou, hatte rund um die Palmers-Affäre auch nach Österreich übergegriffen. Die Welle der Einschüchterung sollte auch in Österreich die Linke mundtot machen. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und die Staatspolizei als Dauergast auf der Uni liessen BRD-Verhältnisse auch bei uns zur Realität werden. In dieser Situation waren wir nicht bereit zurückzuweichen oder Schwüre auf die Verfassung abzugeben. Trotz aller politischer Kritik an der RAF und ähnlichen Gruppen waren wir nicht bereit, die Losung der sofortigen Freiheit für alle politischen Gefangenen - denn um solche handelt es sich bei den Genossen der RAF zweifellos - aufzugeben. Als wir nach den Morden im Gefängnis Stuttgart-Stammheim an Baader, Raspe und Ensslin spontan mit einem Flugblatt reagierten, indem wir die Morde als solche auch denunzierten und damit das klar aussprachen, was die liberale Presse in Ländern wie Griechenland, Frankreich, Italien und Schweden offen diskutierte, wartete der Staatsapparat nur auf eine GELEGENHEIT UNS EINZUSCHÜCHTERN und kriminalisieren zu können. Der Vorwand wurde in der Sondernummer 2 gefunden. Darin stellten wir eine Reihe teilweise älterer, aber nichtsdestoweniger wichtiger Artikel und Erklärungen zum Thema individueller Terror und politischer Unterdrükkung zusammen. Zum Inhalt gehörten neben klassischen Texten von Trotzki und Rosa Luxemburg eine Dokumentation zu Karl-Heinz Roth, eine Auseinandersetzung mit den Gedanken Ulrike Meinhofs und kürzere aktuelle Artikel. Aufgehängt wurde die Anklage an zwei kurzen Artikeln zum Fall Buback. Der erste stellt eine Erklärung der RAF dar, die wir aus der "Frankfurter Rundschau" übernahmen, und mit der wir ein offensichtlich authentisches Dokument der RAF veröffentlichten. Der zweite Artikel, "Buback ist tot", war eine Erklärung des Spartacusbundes, der wir uns voll inhaltlich anschlossen.

Die Ausgangslage war, an bürgerlichen Rechtsnormen gemessen, für uns keineswegs ungünstig. Das Erstgericht konnte sich unserer Argumentation, die auch im Artikel "Buback ist tot" zum Ausdruck kommt, nicht verschliessen. Wenn wir die Genossen der RAF gegen die Vernichtungstaktik des bürgerlichen Staates verteidigen und ihre Freilassung fordern, so schliesst das keineswegs ein, dass wir ihre politischen Methoden, sprich Akte des individuellen Terrors - wie die Erschiessung von Generalbundesanwalt Buback, teilen oder für richtig finden. Im Gegenteil - wir wollen die Genossen davon überzeugen, dass ihr Weg falsch ist und dass sie sich dem Weg des Parteiaufbaues anschliessen sollen. In diesem Sinne ist auch der Artikel "Buback ist tot" aufgebaut.

Daneben, und das war angesichts der "Wiederentdeckung" des Pazifismus verschiedener Gruppen und Organisationen damals politisch äusserst notwendig (diese Hinwendung zu pazifistischen Positionen stellte natürlich nur die Ideologisierung ihres Zurückweichens vor der staatlichen Unterdrückungsmaschine dar) betonten wir, dass sich die Differenzen zwischen der RAF und uns nicht damit erklären lassen, dass diese offensichtlich für die Gewalt wären, wir jedoch diese ablehnen würden. Die sozialistische Revolution war und wird eine gewaltsame sein, noch nie in der Geschichte hat eine Klasse ihre Macht freiwillig an eine andere abgegeben und - allen 'Demokraten' ins Stammbuch geschrieben - auch die bürgerliche Gesellschaft ist auf blutige und undemokratische Weise entstanden.

Das Gericht stand vor einer kaum lösbaren Aufgabe: Es musste bewiesen werden, dass wir das Attentat auf Buback gutgeheissen und zur Nachahmung weiterempfohlen hätten. Erleichtert wurde sein Geschäft sicher durch den Text des Paragraphen 282. Dieser fordert als Bedingung für eine Verurteilung, dass eine strafbare Tat in "einer Art und Weise" dargestellt wird, "die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden" zu "empören". Mit dem "allgemeinen Rechtsempfinden" hat die bürgerliche Klassenjustiz jederzeit ein Mittel in der Hand, die Arbeiterbewegung zu kriminalisieren und jede oppositionelle Stimme zu unterdrükken. Es versteht sich wohl von selbst, dass hingegen die bürgerliche Presse unverhohlen jedes Verbrechen und sei es noch so scheusslich, beklatschen kann, das im Interesse der Kapitalistenklasse begangen wurde, ohne dass sich ein Richter finden würde, der das "allgemeine Rechtsempfinden" verletzt sehen würde. Egal ob es sich nun um die Genugtuung über den Militärputsch in Chile handelte, die Rechtfertigung der Vernichtungspolitik der israelischen Regierung an den Palästinensern oder 'nur' um das Gekeife diverser Kommentatoren, man solle doch endlich 'überschüssige' Arbeitskräfte auf die Strasse werfen. (Wir wissen, Menschen auf die Strasse zu setzen, gilt im Kapitalismus nicht als kriminelle Tat.)

Trotz alledem löste der Passus des "allgemeinen Rechtsempfinden" das Problem für das Gericht kaum. Mit dem schriftlichen Urteil in der Hand sind wir auch in der Lage, den Zynismus, mit der das Urteil begründet wurde - der verantwortliche Genosse wurde zu 9.000 öS verurteilt - zu belegen. Die Beweisführung ist ebenso durchsichtig wie plump und lässt sich mit wenigen Sätzen darstellen. Erstens wird einmal behauptet, in der Sondernummer 2 werde "terroristisches Gedankengut" verbreitet. Es wird weder präzisiert, was darunter eigentlich zu verstehen sei, noch wird mit einer Silbe eine Beweisführung für diese "These" versucht. Die Behauptung wird einfach mit verschiedenen Formulierungen wiederholt. So kann man dann auf Seite 8 des Urteils lesen: "Damit ist für die Beurteilung des inkriminierten Sachverhaltes von der Feststellung auszugehen, dass die Absicht des Angeklagten bei der Veröffentlichung dieser aus der Zeitschrift 'spartacus' übernommenen Artikel nicht bloss auf Information gerichtet war, sondern vor allem auf die Verbreitung und Förderung der darin ganz eindeutig ausgedrückten ideologischen Gedanken der Bekämpfung der Einrichtungen des 'bürgerlichen Rechtsstaates' mit den gewalttätigen Mitteln der deutschen Terroristengruppen." Mit dieser Behauptung wird die Beweisführung auch schon wieder abgeschlossen. Denn wenn die Sondernummer 2 "terroristisches Gedankengut" verbreitet, ist auch klar, dass - in der Logik dieser Ideologie stehend - direkt oder indirekt das Attentat auf Buback gutgeheissen wird. Was interessierte es das Gericht auch schon, dass in der Urteilsbegründung kein einziger Satz zitiert werden kann, der sich direkt auf den Fall Buback bezieht! Im Gegenteil, das Urteil sagt selbst aus, dass die zitierten Artikel nur "allgemeine Sentenzen zu dem Terroranschlag" beinhalten. (Seite 5). Aber was soll's, es geht halt nicht um einen konkreten Satz, sondern um die "allgemeine Gesinnung" und die ist eben laut Urteil "terroristisch". "Daran (an der "Gutheissung", Anm. 'pr') vermögen auch die in diesem Zusammenhang mehrmals

zum Ausdruck gebrachten Einschränkungen der Zustimmung nichts zu ändern, da diese keineswegs auf gesinnungsmässige Gründe gestützt, sondern mit einer nach Ansicht der Verfasser verfehlten politischen Strategie begründet werden." (Seite 9) Zugegebenermassen etwas peinlich wirkt der Versuch, die These der Ideologieverbreitung durch die mangelnde Aktualität (!) der Veröffentlichung der Erklärung der RAF zu untermauern." Überdies wird die blosse Absicht zur Information über Stellungnahmen der für den Mordanschlag verantwortlichen Gruppen schon dadurch widerlegt, dass die Veröffentlichung im Oktober 1977 jede Aktualität der am 7.4.1977 verübten Mordtat an Siegfried Bubackvermissen lässt." (Seite 7)
In einer Zeit, in der bürgerliche Schmierfinke mit ihren erlogenen Hintergrundstorys bis in die 60er Jahre zurückgingen, und die Ereignisse um Buback, Schleyer, Stammheim und Mogadischou Tagesgespräch waren, vermisst das Gericht die Aktualität...
Dazu ist wohl kein Kommentar notwendig.

Allerdings sind sich die Verfasser des Urteils zumindest bis zur Seite 3 bewusst, dass ihre Argumentation doch einige Lükken haben dürfte, und rasch werden die letzten Zweifel ausgeräumt: "Jeden Zweifel an der Zielsetzung der Verfasser des Artikels 'Buback ist tot' beseitigt die Erklärung für die Kritik an der politischen Strategie: Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Attentäter nicht deshalb kritisiert werden, weil sie Gewalt angewendet haben, sondern weil sie ihre Gewalt stellvertretend für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen anwenden. Diese Aussage ist nur dahin zu verstehen, dass der Gewaltakt für sich betrachtet rühmlich war und lediglich deshalb zum Kritisieren sei, weil nicht die ausgebeuteten Massen ihn ausgeführt haben. Der inkriminierte Artikel 'Buback ist tot' bringt damit eindeutig eine bejahende Kommentierung des Mordes an dem Generalbundesanwalt zum Ausdruck." (Seite 9/10). Die Verfasser bringen in diesem Abschnitt das Kunststück fertig, mit einem Gedanken der direkt gegen die Strategie des individuellen Terrors gerichtet ist, unsere angebliche Gutheissung zu beweisen. In diesem Satz steht nicht mehr oder weniger, als dass erstens die Differenz zwischen uns und der RAF nicht in der Frage der Gewaltanwendung an sich besteht, jeder Kampf der Massen um ihre historischen oder Tagesforderungen muss notgedrungen gewaltsame Formen annehmen, zweitens dass wir die Stellvertreterpolitik klar ablehnen, es kann nicht darum gehen, anstelle der Massen den Kampf zu führen. Der Sturz des Kapitalismus kann eben nicht durch individuelle Akte herbeigeführt werden, sondern nur durch das kollektive Handeln der Arbeiterklasse. Während es unser Ziel ist, durch die Aktivitäten der Massen (Streiks, Betriebsbesetzungen, Kontrolle und Übernahme der Produktion, Zerschlagung des bürgerlichen Staates) die kapitalistische Herrschaft zu zerschlagen, setzen die RAF und ähnliche Gruppen auf Akte des individuellen Terrors.
Es ist daher ausgesprochen absurd, gerade aus diesem Zitat auf eine Gutheissung des Anschlages auf Buback schliessen zu wollen. Bezeichnenderweise ist das Urteil auch gezwungen, zu der zitierten Passage aus der Sondernummer 2 eine Gebrauchsanweisung hinzuzufügen. "Diese Aussage ist nur dahin zu verstehen..."

Der absolute Höhepunkt an Demagogie stellt jedoch die Aussage dar, wir würden die RAF lediglich (!) deshalb kritisieren, weil sie anstelle der Massen handeln möchte. Obwohl gerade zu diesem Punkt der angeklagte Genosse ausführlich auf Befragung des Gerichtes Stellung nahm, wollte man nicht verstehen, dass zwischen dem, wer wann und gegen wen Gewalt anwendet, ein qualitativer Unterschied bestehen kann und dass man mit der Aussage, man sei nicht gegen Gewaltanwendung, an sich keinesfalls jede Art gutheisst. Der qualitative Unterschied zwischen den Akten einer isolierten Gruppe und der Gewalt der Massen zeigt uns heute jeden Tag die Entwicklung im Iran. Wenn heute die ausgebeuteten und unterdrückten Massen im Iran die Folterknechte der SAVAK aufspüren und hinrichten, so ist das genau die Gewalt, die wir meinen und die wir bejahen. Der 'kleine Unterschied' zwischen den Kämpfen der Massen, die eine Gesellschaft erschüttern und den Attentaten einer isolierten Gruppe, können doch wohl nur zwanghaft als graduell und nicht wesentlich hingestellt werden. Genau diesen Weg beschreitet die Argumentation des Urteils. Natürlich kann man meinen, egal ob die RAF Bubackerschoss oder die iranischen Massen ihre Folterknechte zur Rechenschaft ziehen, in beiden Fällen wird gegen Repräsentanten des Unterdrückungssystems Gewalt angewendet. Jedoch brachten unsere sämtlichen Stellungnahmen, auch der Artikel "Buback ist tot", zum Ausdruck, dass zwischen der Gewalt der Massen und der Gewalt einer isolierten Gruppe ein wesentlicher Unterschied besteht. Wenn wir nun schrieben, dass wir sie nicht kritisieren, weil sie Gewalt angewendet haben, sondern weil sie diese Gewalt stellvertretend für die unterdrückten Massen angewendet haben, so ist damit genau dieser Unterschied angesprochen. Die Gewalt der Russischen Revolution und die Gewalt der RAF unterscheiden sich nicht auf der Ebene, dass geschossen wurde, sondern dadurch, dass Erstere die Welt erschütterte und das Tor zur Epoche der sozialistischen Revolution aufstiess, während die Attentate der RAF eine letztlich folgenlose Erschiessung von Repräsentanten der kapitalistischen Gesellschaft bleibt. Die Tatsache, dass im Urteilsspruch zwischen den Handlungen einer isolierten Gruppe und dem Aufstand und Kampf der Massen jeder Unterschied geleugnet wird, und unsere Kritik diesbezüglich an der Strategie des individuellen Terrors als "Einschränkungen" und Differenzen in "einzelnen Methoden" dargestellt wird, zeigt, dass das Gericht gezwungen war, unter allen Umständen die These vom "terroristischen Gedankengut" aufrechtzuerhalten, und die diesbezüglichen Ausführungen des angeklagten Genossen nicht zur Kenntnis nahm. Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Linie der Urteilsbegründung darin besteht, völlig von der tatsächlichen Anklage wegzuargumentieren (Gutheissung ja oder nein), um sich auf die Ebene der "terroristischen Gesinnung" zu begeben, und nach oberflächlichster Argumentationsweise Rückschlüsse auf unsere angebliche Gutheissung zieht. Damit gibt das Gericht indirekt zu, dass wir eigentlich wegen unserer allgemeinen politischen Einstellung (die verzerrt dargestellt wird) verurteilt wurden, Buback war nur ein Aufhänger. Tatsächlich kritisierte der Vorsitzende Dr. Csokay auch die Anklageschrift dahingehend, dass sie einzelne Passagen aus der Broschüre herausgriff, wörtlich: "Die gesamte Broschüre hätte unter Anklage gestellt gehört." Diese Aussage widerspiegelt zum einen das Unvermögen des Gerichts, mit den in der Anklage zitierten Passagen auch das Urteil begründen zu können, zum anderen, dass es eben darum ging, eine möglichst nebulose Ebene

Die nachfolgende Resolution wurde uns von der Gruppe um die Zeitung 'Auseinandersetzung' und von der SOAK zugeschickt. Wir glauben, daß die Repression gegen H.N. die aktive Solidarität aller linken Kräfte erfordert.

Solidarität mit H.N.!

Die sozialistische Jugendzeitung für das Waldviertel, "Auseinandersetzung", ist nun schon eindreiviertel Jahre alt, und ebenso alt sind auch die Repressalien gegen sie. Der bisher krasseste Fall politischer Repression trug sich Ende letzten Jahres zu: H.N., Lehrling und Auseinandersetzungs-Mitglied, veröffentlichte im Herbst-Heft (Nr.7) einen Artikel, der sich kritisch mit Mißständen an seinem Arbeitsplatz (Berger--Elektro-Technik, Waidhofen/Thaya) beschäftigte. Unter anderem ging es dabei um einseitige Lehrlingsausbildung, Heranziehung von Lehrlingen zu berufsfremden Arbeiten (z.B. Obstpflücken im Garten des Chefs), ungesetzliche Lohnverrechnung u.d.m.

Berger, der Unternehmer, reagierte darauf mit der Kündigung von H.N.! Als Vorwand dienten ihm für diese mündliche (laut Gesetz muß dies schriftlich geschehen) Auflösung des Lehrverhältnisses disziplinäre Schwierigkeiten H.N.s im Berufsschulinternat. Die schriftliche Begründung wurde erst drei Wochen später, auf Verlangen, ausgehändigt. Darin argumentiert Berger den Rausschmiß mit §15/3/c (Mißerfolg in der Berufschule, was überhaupt nicht anwendbar ist, da H.N. in keinem einzigen Fach negativ stand) und mit §15/3/d (Veröffentlichung von Geschäfts- bzw. Betriebsgeheimnissen!)

Es stellt sich hier die Frage: Ist das Kritisieren von illegalen Unternehmermethoden ein Verraten von Geschäftsgeheimnissen?

Eine Frage, die weit über diesen konkreten Fall hinaus von Bedeutung ist. Gelingt es nämlich Berger, diese Rechtsauffassung durchzusetzen, so bedeutet das praktisch die Möglichkeit, jede Kritik im Betrieb zu unterbinden. Neuerlichen und weitergehenden Repressionsmaßnahmen von Unternehmerseite gegen kritische Elemente wären Tür und Tor geöffnet, und der Raum für fortschrittliche Politik wäre wieder ein Stück kleiner!

Wir verurteilen aufs Schärfste die illegalen Methoden Bergers, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, Methoden, die wir juridisch und politisch bekämpfen werden!

FORTSETZUNG VON SEITE 28

ENGLAND...

es den Unternehmern und der Regierung möglich gewesen wäre, die Forderungen der Arbeiterschaft einfach unberücksichtigt zu lassen. Die Regierung Callaghan ist gezwungen, die Sprengung der 5%-Klausel hilflos zu tolerieren. So hat sie z.B. den Transportunternehmern die offizielle Erlaubnis gegeben in ihren Verhandlungsangeboten über die 5% hinauszugehen. Eisenbahner, Dockarbeiter, Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke, Lehrer, Krankenschwestern etc. sind in ihren Forderungen ebenfalls weit über die 5% hinausgegangen.

Fliegende Streikposten der LKW-Fahrer sorgten für eine grösstmögliche Einhaltung der Streiks. Die bürgerlichen Massenmedien schlachteten genüsslich jeden Zwischenfall, der sich zwischen diesen Streikposten und einzelnen Streikbrechern ereignete, aus, um eine Spaltung der britischen Arbeiterklasse in Streikende und 'Arbeitswillige' vorzutäuschen. Tatsächlich hat es aber während der Regierung Callaghan noch nie eine solche breite Bewegung in der Arbeiterschaft gegeben.

Allerdings dürfte es innerhalb der Bevölkerung zu Ansätzen einer gewissen Polarisierung gekommen sein. Mehrere Zeitungen berichteten übereinstimmend von 'Anti-Streik'-Demonstrationen, von 'Hausfrauen'-Komitees. Die Arbeiterzeitung (Zentralorgan d. SPÖ) erwähnt sogar, dass Parolen wie "Tod den illegalen Streikposten" verbreitet wurden. Auch die Kirche sprach sich gegen die Streiks aus. So verurteilte u.a. der Erzbischof von

Die Hetze des Klassenfeindes

STREIK

Chaos in England

Der Tod steht auf Streikposten
Callaghan und die Geduld der Briten

Von unserem Korrespondenten ROLAND HILL

Schokolade für Streikposten

Die Streiks in Großbritannien besitzen doch auch ihre heiteren Seiten. Arbeiterinnen der Schokoladefabrik von Rowntree Mackintosh in Halifax unweit von Manchester, vom Streik nicht angetan, boten den Streikposten vor den Toren ihres Unternehmens Bruchschokolade an. Dankbar stopften sich die Männer — ein Vergnügen ist es nicht, bei dieser Kälte Posten zu stehen — die Süßigkeiten in den Mund. Bald darauf verschwanden sie. Die pfiffigen Frauen hatten ihnen Abführschokolade verabreicht. H. G. A.

Ueber England wacht die Gewerkschaftsmacht
Streikposten – Tyrannen unseres Jahrhunderts

Von unserem Korrespondenten ROLAND HILL

Canterbury die "gnadenlosen" Streikaktionen.

In den letzten Tagen zeichnet sich jedoch ein Abebben der Streikbewegung ab. Es wird von den bisher passiv gebliebenen Bergwerksarbeitern als auch von der Verhandlungs- und Abwiegelungsbereitschaft der Labour-Regierung abhängen, ob die Bewegung einen neuen Aufschwung nehmen wird.

Die Gewerkschaften, die mit der Labour Party organisatorisch eng verflochten sind (der Eintritt in die Gewerkschaft ist gleichbedeutend mit dem Eintritt in die Labour Party !), haben von vornherein versucht, der Bewegung die Spitze zu nehmen. In den englischen Städten Hull, Ipswich und Bristol haben die Funktionäre der Transportarbeitergewerkschaft zu einer Wiederaufnahme der Arbeit im "nationalen Interesse" aufgerufen. Immer grössere Teile der LKW-Fahrer haben sich mit dem erzielten Kompromiss zufrieden gegeben. Auch die Eisenbahner haben erklärt, keine Warnstreiks mehr durchzuführen. Die TUC-Funktionäre wollen den 'sozialen Frieden' wieder herstellen.

Denn Wahlen stehen bevor! Und die Labour Regierung, die ihre Bedeutung und Wichtigkeit für das englische Kapital stets mit ihren guten Beziehungen zur Arbeiterklasse begründet hat, ist durch diese schwer angeschlagen worden. Der Gewerkschaftsverband TUC und die Labour-Regierung haben unterdessen Verhandlungen und Beratungen untereinander aufgenommen. Zweifellos werden die Gewerkschaftsspitzen versuchen, die Labour-Regierung für die Arbeiterklasse wieder vertrauenswürdiger zu machen. Das wird freilich keine leichte Aufgabe sein, haben sich doch auch 'Linke' der Labour Party, wie Tony Benn, gegen die Streikbewegung eindeutig ausgesprochen.

Die Konservativen haben die Niederlage der Labour-Regierung sofort verwertet und durch ihren ehemaligen Premierminister Heath verkünden lassen, dass alle drei Parteien - Sozialisten, Konservative und Liberale - zusammenarbeiten sollten, weil es sich herausgestellt hat, dass keine Partei über gute Beziehungen zu den Gewerkschaften verfügt. Sie haben in diesem Sinn der Labour Party eine "Politik der nationalen Einheit" vorgeschlagen. Zweifellos wäre dies für die Bourgeoisie augenblicklich die beste Lösung. Könnte sie doch mit der gewerkschaftsfeindlichen konservativen Partei und mit der gewerkschaftsverflochtenen Labour Party jeweils verschiedene Methoden mit dem gleichen Zweck - die Arbeiterklasse auszupressen - anwenden.

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger; Patzmanitengasse 14/65, 1o2o Wien.

Irland: „... schlimmer als Tiere!"

Wir erhielten den Brief eines irischen Genossen, der seit etwa 2 Jahren im Belfaster Gefängnis Long Kesh eingesperrt ist.
Von der bürgerlichen Presse nahezu totgeschwiegen, findet in Long Kesh ein Kampf für den Status des "Kriegsgefangenen" statt, der für manchen Gefangenen bereits einen Punkt erreicht hat, wo bleibende gesundheitliche Schäden eingetreten sind. Für einige kann die Fortführung des Kampfes den Tod bedeuten. Kampf, das bedeutete zunächst einfach: Die Weigerung, Gefängniskleidung zu tragen. Die Konsequenzen: Nur mit einer Decke bekleidet müssen Gefangene die Wintermonate in absichtlich nicht geheizten Zellen verbringen, werden Gefangene teilweise völlig nackt zum Rapport beim Gefängnisdirektor geprügelt. "Verurteilte IRA-Leute in Belfast leben schlimmer als Tiere" schrieb die Frankfurter Rundschau am 3.8.78 und bezog sich auf den Bericht des Erzbischofs von Armagh (Nord-Irland), der Long Kesh besucht hatte und sich dabei "entsetzte". Erschreckend und deprimierend zugleich, daß erst das "Entsetzen eines Erzbischofs" und nicht die zahlreichen Appelle der Verwandten, nicht die pausenlosen Demonstrationen politischer Organisationen und nicht die Proteste der Gefangenenhilfskomitees autorisierter Anlaß für die Berichterstattung über die menschenzerstörende Internierungspolitik der englischen Regierung war.

"Lieber ...
Es ist früh am Morgen. Die Wärter haben gerade zu Beginn von weiteren drei Tagen Zellen-Arrest (eine Form von Haftverschärfung. Anm.d.Übers.) meine Matratze und Decken geholt. Das bedeutet 3 Tage ohne Bett, Decken, ohne Kontakt mit anderen Leuten, kein Einkaufen, keine Zeitungen, ...
Eigentlich ist das ja ein Witz, da ich ja seit 14 Monaten unter ständigem Zellen-Arrest stehe...
In Wirklichkeit sieht es so aus, daß meine Genossen und ich die ganze Zeit nichts besaßen außer einer Decke, damit wir nicht völlig nackt waren. Ich kenne Stimmen von Männern, deren Gesichter ich nie gesehen habe. Wir wissen nicht mehr, was es heißt, außerhalb dieser Löcher zu leben oder was es heißt, Sonne und Wind auf dem Gesicht zu spüren. Warum dieser Entzug aller Empfindungen und diese Unmenschlichkeit? Weil die britische Regierung sich entschloß, einen Kampf zu kriminalisieren, der seit 800 Jahren andauert... Die Ausweitung unseres Gefängniskampfes vor 5 Monaten war ein Versuch, den Leuten zu zeigen, wie es um uns im H-Block bestellt ist und um den politischen Status zu fordern. Seitdem ist die Isolierung weitergegangen und hat ein unvorstellbares Ausmaß erreicht. Den einen Brief, den wir monatlich erhalten dürfen, erhalten wir nie; und wenn wir ihn mal erhalten sollten, so fehlt der Hauptteil. ... Ich bin froh, daß ich einige Blätter Toilettenpapier gesammelt habe, auf denen ich schreiben kann, ... glaube mir, das ist ein Luxus. Ich bin in etwas untergebracht, das man nur als Höhle bezeichnen kann. Decke, Boden, Wände und Tür sind mit Essensresten besudelt; schwarz, braun, grau, alles dunkel und schmierig. Eine Armee an Insekten, Maden und Fliegen aller Arten und Farben. Große und kleine; welche, die sehr geräuschig sind und wie blaue Flaschen aussehen und andere, die leise sind und wie Blitze herumhüpfen. Es gibt so viele, daß ich sie nicht mehr töte...
Ich glaube (wenn ich von mir rede, meine ich natürlich alle, denn ich bin einer von etwa 300 Leuten hier), daß meine Sinne hier über die normale Belastbarkeit hinaus beansprucht werden. Wenn der Krach hier so laut wird, daß man immer wütender und gereizter wird, dann schalte ich total aus, oder aber ich werde empfindungslos dagegen. Im Gegensatz dazu kann die Stille noch "lauter" werden - wenn Du das verstehst - und das Herz bis zum Schmerz quälen, sodaß man ganz aggressiv oder vor Angst ganz starr wird.
Der Geruch von Urin, Exkrementen, ungewaschenen Körpern und Essensresten verschlägt Dir manchmal den Atem...
Sie versuchen uns zu brechen, damit wir gefügig werden. Ich habe den Verwalter und die Wärter zu einem meiner Freunde, den ich nicht einmal kenne, kommen hören und sie sagten ihm, daß der Vater, ein Bruder oder enger Verwandter gestorben sei; und ich hörte sie dann wieder kommen und die Nachricht bringen, daß die Teilnahme am Begräbnis nicht gewährt wird, da er sich nicht entsprechend verhielt. Ich sah die Körper zweier Freunde (durch einen Türschlitz), die am Boden lagen und von 7 oder 8 Wärtern mit Knüppeln geschlagen und getreten wurden. Ich hörte meine Freunde vor Angst schreien. So überraschte es mich nicht, als ich erfuhr, daß einer eine zeitlang ins Hospital mußte... Verstehtst Du, das sind Freunde, die ich nur im Gefängnis und nur durch den Kampf kennengelernt habe. Mit denen ich mich von Zelle zu Zelle verständigt habe, nachts, wenn die Wärter verschwunden sind. Wir hatten gemeinsame Träume und Visionen und teilten Traurigkeit und Freude miteinander... Ich erinnere mich der Nacht, als ich durch die Wucht eines Wasserstrahls auf meinen Körper geweckt wurde und ich dann nackt in meiner Zelle stand. Decken und Matraze knöcheltief im Wasser. Es gab sonst nichts, was noch naß werden konnte... Ich stand einige Zeit und hörte an den Rufen meiner Genossen, daß ihnen dasselbe passierte... Dann fing ich an zu singen; nicht als Ausdruck von Mut. Ich glaube, der Gesang, das waren meine Nerven und mein Geist, die sich gegen die Brutalität und Verrücktheit dieses Systems auflehnten und um Hilfe schrieen... Während Du dies liest, geht unser Kampf weiter. Zeig' dies hier irgendjemand. Bitte ihn, den Nachbarn zu erzählen, was hier los ist. Was mit uns geschieht. Sag' den Leuten in Deinem Land, daß Eure Regierung diese Sachen in Eurem Namen unterstützt. Euer Schweigen trägt dazu bei; und fordere die Leute auf, etwas zu machen, dagegen zu protestieren, darüber zu sprechen und zu schreiben. Ich habe nicht genügend Platz, um Dir die Hälfte der Dinge zu berichten, die hier geschehen... Heute ist der 25., und zwei Genossen aus dem anderen Flügel wurden gerade zusammengeschlagen und in die "Bestrafungszellen" gebracht, einer hatte ein ziemlich zerschlagenes Auge. Der Kampf geht weiter."

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV INTERNATIONALE

permanente revolution

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



Die englische Arbeiterklasse kämpft

Die Streikwelle seit Anfang Jänner erinnert viele bürgerliche Kommentatoren in ihrem Ausmass und in ihrer Wirkung an den grossen Generalstreik von 1926, der die Grundfesten des britischen Kapitalismus erschütterte.

Am 8. Jänner traten ca. 4o.ooo LKW-Fahrer in den Streik. Einige Tage später schlossen sich ihnen die Lokomotivführer an. Am 11. Jänner war die Zahl der streikenden LKW-Fahrer auf 175.ooo angestiegen. Die Eisenbahner führten mehrere (insgesamt 4) 24-stündige Warnstreiks durch. Mehr als 1oo.ooo Industriearbeiter reihten sich in die Streikbewegung ein. Am 22. Jänner legten 1,5 Millionen Kommunalarbeiter und Beschäftigte des staatlichen Gesundheitsdienstes die Arbeit nieder.

Der Hintergrund für diese gewaltige Explosion der Arbeitskämpfe ist die rigorose Sparpolitik der Labour (SP)-Regierung unter Premierminister Callaghan. Seitdem die Labour Party ab 1974 wieder die Regierung stellt - als Folge des Kampfes der Bergwerksarbeiter gegen die konservative Regierung Heath - ist sie bemüht, die wirtschaftliche Krise des englischen Kapitalismus durch radikale Einschränkungen auf dem Rücken der Arbeiter einzudämmen.

Begleitet wurden diese Massnahmen von einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise. 1975 war die Produktion gegenüber 1973 um 8% gesunken. Die Inflation stieg auf 2o% an. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich innerhalb eines Jahres um 33%. Die Labour Party spielte auf zwei Klavieren die gleiche Melodie. Die Regierung, als auch der von der Labour Party dominierte Gewerkschaftsverband TUC waren sich darüber einig, dass, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage, die Arbeiterschaft nur mässige Lohnansprüche zu stellen hätte. Auf dem Gewerkschaftskongress von 1975 beschloss die TUC eine Beschränkung der Lohnforderungen auf 6 Pfund. Mehrere Monate später setzte sie auf einer ausserordentlichen Konferenz im Juni '76 eine neuerliche Beschränkung der Lohnforderungen auf 4,5% fest.

Die Arbeiterklasse reagierte auf diese Angriffe auf ihren Lebensstandard zuerst durch Passivität und nahm eine abwartende Haltung ein. Das Jahr 1976 hatte die geringste Streikziffer seit 1953 (!) aufzuweisen.

Als sich aber immer deutlicher abzeichnete, dass die Labour-Regierung - durch ihre ersten Erfolge zusätzlich ermutigt - entschlossen war, diesen Weg ohne Abstriche weiterzugehen, nahm die Abwehr und auch die Kampfbereitschaft der englischen Arbeiter ständig zu. Die 1977 erlassene Verordnung der Callaghan-Regierung, die Lohnerhöhungen an eine 5%-Grenze zu fixieren, liess der arbeitenden Bevölkerung nur noch die Wahl, endgültig in die Knie zu gehen oder den Kampf gegen die Sparpolitik aufzunehmen. Die 5%-Grenze bedeutete einen weiteren schweren Angriff auf ihren Lebensstandard. Die Inflation betrug nach offiziellen Angaben Ende 1978 8,3%. Dieser Reallohnverlust von mindestens 3,3% hätte die Verelendung breiter Schichten der Arbeiterschaft gebracht. Denn die soziale Lage der britischen Arbeiterklasse hatte sich unter der Labour-Regierung ständig verschlechtert.

In einer kürzlich erschienenen Studie wurde festgestellt, dass der Wochenlohn eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern im Dezember 1974 noch 78,6o Pfund ausmachte und demgegenüber im Jahre 1978 bei in der Zwischenzeit stets steigender Geldentwertung nur mehr 7o,9o Pfund betrug. Dazu muss man noch die nicht miteinbezogene Lohnsteuer berücksichtigen, die innerhalb von zwanzig Jahren von 5% auf ganze 2o% des Gesamtlohns gestiegen ist. Nach 5 Jahren Labour-Regierung (1974-1978) ist der Lebensstandard der Arbeiterklasse um mehr als 1o% gefallen, während sich die Arbeitslosigkeit von 75o.ooo im Jahr 1974 auf 1,5 Millionen des Jahres 1978 verdoppelt hat. Die Bourgeoisie kann mit dieser Rechnung zufrieden sein! Die bürgerliche Wochenzeitung "The Economist" drückt es stellvertretend für sie aus, dass "man eine Kombination der Lohnpolitik Callaghans und den Vorschlägen (der konservativen Parteivorsitzenden - Anm. d. "pr") Thatcher's zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Macht braucht."

Die britische Arbeiterschaft hat jedoch das 5%-Diktat nicht hingenommen. Die Ford-Arbeiter, die als eine der ersten von dieser Bestimmung betroffen waren, eröffneten den Kampf. 23 Betriebe der Ford-Gruppe wurden durch ihre Belegschaften stillgelegt. 57.ooo Arbeiter kämpften sieben Wochen lang für eine 25%-ige Lohnerhöhung und für die Einführung der 35-Stundenwoche. Das Ergebnis dieses Kampfes war eine 17%-ige Lohnerhöhung und vor allem die faktische Ausserkraftsetzung der 5%-Klausel. Es ist bezeichnend für die Callaghan-Regierung, dass sie daraufhin die Ford-Werke auf eine schwarze Liste setzen wollte - in der entscheidenden Abstimmung im Unterhaus aber gegenüber den Konservativen den kürzeren zog.

Die streikenden LKW-Fahrer, die gesamte Streikbewegung schloss an den Kampf der Ford-Arbeiter an. Die LKW-Fahrer forderten eine Erhöhung des Ecklohns auf 65 Pfund für eine 35-Stundenwoche. Der Verband der Transportunternehmer (RHA) bot demgegenüber 6o Pfund für die 40-Stundenwoche an. Die Unternehmerfront jedoch war nicht geschlossen. Die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) wies bezüglich dieses Angebots darauf hin, dass bereits 12o Unternehmer dem Kompromiss von 65 Pfund für die 4o-Stundenwoche "zugestimmt" hatten.

Die Streikbewegung war zu stark, als dass

FORTSETZUNG AUF SEITE 26